Das Ostpreußenblatt

Organ der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Jahrgang 21 / Folge 32 — 2 Hamburg 13, Parkallee 84 / 8. August 1970 — 3 J 5524 C

Wachsende Sorge um Europa

Präsident Dr. Czaja und weitere Vertriebenenpolitiker wurden im US-Senat herzlich begrüßt

Hamburg — Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Herbert Czaja, Vizepräsident Dr. Hupka sowie Generalsekretär Schwarzer haben sich 10 Tage in den USA aufgehalten.

Nach ihrer Rückkehr hat Präsident Dr. Czaja mit dem Chefredakteur des Ostpreußenblattes ein Gespräch über seine Eindrücke in den Vereinigten Staaten geführt.

OB: *„Herr Dr. Czaja, Sie sind jetzt von einer Reise in die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Dürfen wir fragen, wo Sie in den USA gewesen sind und welche Aufnahme hat der Präsident des BdV bei seinem Besuch gefunden?"*

Dr. Czaja: „Wir haben mit den zuständigen leitenden Beamten des State Department für Europa-, Osteuropa- und Deutschlandfragen, mit Beratern des Weißen Hauses, mit mehreren Kongreßmännern, mehreren Senatoren und früheren namhaften Vertretern der USA in Deutschland, mit leitenden Vertretern der Gewerkschaften und vieler gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere mit Vertretern der Kirchen, die mit internationalen Fragen befaßt sind, mit Journalisten, mit den deutschen Vertretungen in Washington und New York und mit engagierten Verfechtern der amerikanisch-deutschen Zusammenarbeit eingehende Informationsgespräche geführt und intensiven Meinungsaustausch über die ostpolitischen Fragen, über die Mitverantwortung der USA für ganz Deutschland, über den Schutz unseres Selbstbestimmungsrechtes und der Menschen- und Gruppenrechte aller Deutschen gepflogen.

Offene Gespräche

Wir fanden überall aufmerksame Gesprächspartner, die Gespräche wurden auch sehr detailiert über die rechtlichen und Vertragsbindungen, vor allem aber über die politischen Folgen für die Heimatvertriebenen, für Deutschland, für Osteuropa, für ganz Europa und für die Rolle der USA in Europa geführt. Einige Senatoren und Kongreßmänner sowie ihre Mitarbeiter wünschten einen ständigen Informationsaustausch. Sämtliche Gespräche fanden in einem freundschaftlichen und offenen Ton statt.

Als besonders herzlich, wenn vielleicht auch in der üblichen Art vollzogen, empfanden wir unsere Aufnahme im Senat. Eingeführt durch einen Senator, wurden wir vom amtierenden Präsidenten begrüßt. Alle anwesenden Senatoren beider Parteien erhoben sich und spendeten uns herzlichen Beifall; der Präsident unterbrach dann kurz die Sitzung, die meisten Senatoren umringten uns und wechselten nicht nur Grußworte mit uns, sondern auch einige, die wir noch nicht einzeln gesprochen hatten, informierten sich kurz über unser Anliegen. Es folgte ein intensiver Meinungsaustausch mit einzelnen Ostspezialisten aus den Reihen der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Senats."

Weiter im Blickfeld

OB: *„Hatten Sie den Eindruck, daß das Interesse der USA an Europa und insbesondere an der Bundesrepublik erlahmt ist?"*

Dr. Czaja: „Die öffentliche Meinung wandte ihre Aufmerksamkeit fast völlig den Problemen in Vietnam, Kambodscha und Thailand, ferner den Spannungen im Nahen Osten und den schweren inneren Auseinandersetzungen zu. Natürlich haben die außenpolitischen Fachleute Europa dabei nicht aus dem Blickfeld verloren und die amtlich damit befaßten Stellen können ihre stete Verantwortung für ihre wichtigsten Bündnispartner nicht beiseite schieben. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung war während unseres Aufenthaltes aber auch deshalb nicht so auf die deutschen und europäischen Fragen konzentriert, weil man vorerst der Auffassung gefolgt war, daß in Moskau und Warschau seitens der Bundesrepublik rein exploratorische Gespräche geführt würden; z. B. war das sogenannte Bahr-Papier nur ganz wenigen Fachleuten bekannt; ebenso die ‚Formeln', von denen in Warschau die Rede war. **Erst in den letzten Tagen fiel uns eine wach werdende Sorge um Europa auf. Einer der Senatoren drückte uns eine Rede in die Hand, in der er eben das Abgehen von der bisherigen Ostpolitik in Europa als schwere Gefahr für die USA und als Ursache der Erschütterung und Resignation für die nicht zur freien Welt gehörenden Deutschen und für die Osteuropäer bezeichnet hatte.**

Allgemein beklagte man den — angesichts der weltweiten Inanspruchnahme der USA — zu geringen Beitrag der Deutschen und der anderen freien Europäer zur Sicherheit und Verteidigung Europas und den unzureichenden Beitrag für die mit der Anwesenheit der USA-Truppen in Europa zusammenhängenden Zahlungs-, Währungs- und Finanzprobleme. Man hörte auch bittere Worte über manches unverständliche Urteil in Europa über die Begleitumstände, unter denen die USA ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen."



Bundestagspräsident von Hassel in Stuttgart: „Der Status quo darf nicht festgeschrieben werden." Foto dpa

Die originären Rechte

OB: *„Wie, glauben Sie, stehen die USA zu den mit der Bundesrepublik abgeschlossenen Verträgen?"*

Dr. Czaja: „Alle mit Deutschlandfragen Befaßten betonten die Verpflichtung der USA und der Alliierten für g a n z Deutschland, insbesondere aber ihre originären Rechte und Pflichten für Berlin.

Dabei wurde fast öfter auf die Potsdamer Protokolle als auf den Deutschlandvertrag abgehoben. Wir haben natürlich die klare Verpflichtung des Artikels 7 des Deutschlandvertrages bezüglich der gemeinsamen Ziele der Politik für ganz Deutschland und bezüglich der Aufschiebung jeder Grenzregelung ebenso deutlich betont, wie den Hinweis, daß rein verbale Vorbehalte ohne klare Vorbehalte in der Sache nichts nützen und die Anerkennung umschreibende vieldeutige Formeln äußerst gefährlich sind, betont.

Dabei fanden wir teils erhöhte Aufmerksamkeit, teils Zustimmung. Wir haben auch einzelne deutsche amtliche Vertreter, Freunde Deutschlands und Journalisten gebeten, noch mehr dafür zu tun, daß die Bedeutung auch des Deutschlandvertrages in der Öffentlichkeit mehr präsent werde."

Keine Vorentscheidungen

OB: *„Haben Sie den Eindruck, daß die politische Führung der USA die Ostpolitik der Bundesrepublik uneingeschränkt unterstützt?"*

Dr. Czaja: „Es gibt in den USA einen breiten Fächer der Meinungen auch dazu, was man dort die ‚neue Ostpolitik' nennt. Ich hatte nicht den Eindruck, daß schon präzise Entscheidungen zu ihrer Beurteilung gefällt worden waren. Ich meine eine feste Haltung von Kreisen um das Weiße Haus und bei Teilen des Senats und des Kongresses in unseren Anliegen vermuten zu dürfen. Die Verantwortung für Berlin gilt als originär und man hält an den Verpflichtungen für ganz Deutschland fest. Die Unterstützung gilt lediglich dem Versuch zu vorwärts führenden Gesprächen, nicht aber gefährlichen Vorentscheidungen. Unsere Eindrücke stammten aus der Zeit kurz vor dem Besuch unseres Außenministers. Entscheidend für die Haltung wird auch der Ausgang der Wahlen in den USA sein."

OB: *„Ein Gewaltverzicht etwa auf der Grundlage des Bahr-Papiers würde eine Festschreibung des Status quo in Europa und damit die Festigung des Hegemonialanspruches der Sowjetunion auch gegenüber den anderen Ostblockstaaten bedeuten. Hatten Sie den Eindruck, daß diese Tatsache auch in den USA in diesem Sinne gesehen wird?"*

Dr. Czaja: „Wir haben immer diesen Blickpunkt betont. Einzelne Senatoren sprachen sich in ähnlichem Sinne aus. Der ganze Umfang der Frage schien aber wenig präsent zu sein, da man von den soweit gediehenen Vorgesprächen in ihrer ganzen Tragweite und von den beabsichtigten Formulierungen noch zu wenig wußte.

Bei amtlichen Stellen wurde uns gegenüber deutlich betont, daß die USA die Okkupation und Annexion beispielsweise der baltischen Staaten nicht anerkannt habe und nicht anerkenne. In den amtlichen Stellen verfolgte man sehr aufmerksam unsere Hinweise auf die Machtverschiebungen in Europa und die vielfachen Interventionsansprüche des Ostblocks."

Wendung im Stillen

OB: *„Sie haben in diesen Tagen die Bundesregierung vor einer ‚Festschreibung der Grenzen Deutschlands' gewarnt. Konnten Sie auch in den USA die damit auf uns zukommenden Gefahren aufzeigen und welchen Eindruck hinterließen ihre Argumente?"*

Dr. Czaja: „Wir haben überall darauf hingewiesen, daß eine entscheidende rechtliche und politische Wendung im Stillen vollzogen würde, wenn dort, wo bisher in allen amtlichen Dokumenten und Interpretationen des Westens von Linien und Demarkationslinien die Rede war, in einem internationalen Vertrag an deren Stelle Grenzen träten.

An diesen völkerrechtlichen Fragen waren selbstverständlich amtliche Stellen mehr interessiert; einzelne Gesprächspartner haben dies sehr präzis festgehalten."

Das Gleichgewicht

OB: *„Glauben Sie, daß der amerikanischen Politik an einer Übereinkunft mit Moskau gelegen ist, wenn hierdurch eine erhebliche Gewichtsverschiebung zugunsten der Sowjetunion erfolgt?"*

Dr. Czaja: „Ich glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten eine erhebliche Machtverschiebung in Europa wollen, unterstützen oder dulden können. Andererseits möchten sie sicherlich einzelne der vielen auf ihrer Verantwortung lastenden Probleme in tragbarer Weise gelöst sehen. Damit legen sie auch auf die Schultern der Deutschen eine besondere Verantwortung."

Zwischenbilanz

H. W. — Noch sind wir über den wirklichen Stand der Verhandlungen in Moskau auf Vermutungen angewiesen und eben auf das, was von offizieller Seite hierzu bekanntgegeben wird. Außenminister Scheel hat am Ende der ersten Verhandlungswoche bemerkt, man sei bei allen Schwierigkeiten und bei allen unterschiedlichen Meinungen über manches auf einem gute Wege. Bahr-Papier und Gromyko-Entwurf sind der bundesdeutschen Öffentlichkeit bekannt. Wer diese Verhandlungsgrundlage analysierte, mußte feststellen, daß es den Sowjets darauf ankommt, nicht nur das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, sondern auch die Absprachen, die Stalin mit Hitler etwa über die baltischen Staaten und den östlichen Teil Polens getroffen haben, sanktioniert zu erhalten.

Bahr-Papier und Gromyko-Entwurf haben offengelegt, was die Sowjets wollen. Sie haben aber auch erkennen lassen, was die Sowjets nicht wollen. Walter Scheel wird nun zu beweisen haben, welche entscheidenden Änderungen zum Bahr-Papier er zu erwirken vermochte und wie er das Recht auf eine friedliche Wiedervereinigung in einem Vertrag mit den Sowjets sicherzustellen vermag. Sollten die Sowjets aber die Aufnahme dieses Rechts auf Selbstbestimmung und damit auf staatliche Wiedervereinigung nicht im Vertrag verankert sehen wollen, sondern lediglich bereit sein, etwa einen einseitigen Brief des Bundeskanzlers entgegenzunehmen, so muß das bereits sehr bedenklich stimmen, denn ein solcher Brief würde mit Sicherheit nicht als Bestandteil des Abkommens gewertet werden.

Und was Berlin angeht, so werden sich die Sowjets an der bundesdeutschen Erwartung nach einer Verbesserung der Lage in der geteilten Stadt mit der Anmerkung vorbeilavieren, hierbei handele es sich um eine Sache, die eben nur die vier Siegermächte angeht. In den Botschaftergesprächen aber, die in Berlin geführt wurden, gaben die Sowjets nicht zu erkennen, daß ihnen an einer Wende zugunsten der Berliner Bevölkerung gelegen ist.

Folgt man den kargen Informationen, die aus Moskau kommen, so will man nicht mehr von einem „Gewaltverzicht", sondern nur noch von einem „Vertrag" sprechen. Wir haben das Gewaltverzichtdrängen der Sowjets immer nur so ausgelegt, daß über diesen „Aufhänger" das ganze Problem der deutsch-sowjetischen Beziehungen angepackt und die Anerkennung der Teilung Deutschlands und die Anerkennung des sowjetischen Besitzstandes erreicht werden sollte. Abgesehen davon, daß die Bundesrepublik bei anderem und früherem Anlaß auf jede Anwendung von Gewalt verzichtet hat, vermag die Weltmacht Sowjetunion auch schwerlich die Gewalt zu fürchten, die ihr von dem Potential der Bundesrepublik angetan werden könnte. Die Sowjets wissen sehr genau, daß der Bundesrepublik nur im Verbund mit den NATO-Partnern ein Gewicht zukommt.

Gelingt es Walter Scheel nicht, in Moskau ein Abkommen zustande zu bringen, daß mit dem Bahr-Papier nichts mehr zu tun hat und in dem das nationale Hauptproblem des deutschen Volkes — die Wiedervereinigung — nicht ausdrücklich festgestellt ist, dann wird man schwerlich von einem Erfolg der Bonner Außenpolitik sprechen können. Ein solches Ergebnis müßte entsprechende innerpolitische Rückwirkungen haben, denn nicht nur im Parlament, sondern auch in der bundesdeutschen Bevölkerung würde sich keine Mehrheit finden, die die Sanktionierung der deutschen Teilung und den Verzicht auf deutsches Gebiet gutheißen und gar noch als ein Musterbeispiel bundesdeutscher Diplomatie preisen würde.

Während die Deutschen angespannt nach Moskau blicken, verliert ein „Nebenschauplatz" ein wenig an Interesse. Obwohl gerade Warschau dieses Interesse verdient. Der Optimismus, der nach den jüngsten Polengesprächen in Bonn artikuliert wurde, dürfte sich mehr auf die Atmosphäre, in der Staatssekretär a. D. Duckwitz seine Verhandlungen führte, weniger auf die Grundprinzipien beziehen. Die polnische Regierung, mit der ein Vertrag anstehen soll, dürfte weiter auf einer uneingeschränkten und unmißverständlichen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens bestehen und hier scheint es nur noch darum zu gehen: „Wie sage ich es meinem Kinde."

Die Polen ebenso wie die Russen aber sollten, wenn ihnen an einem echten Ausgleich mit dem deutschen Volk und an einer ersprießlichen Zusammenarbeit vor allem auf wirtschaftlichem Gebiete gelegen ist, ebenfalls daran interessiert sein, eine Lösung zu finden, die auch in den breiten Massen der bundesdeutschen Bevölkerung getragen und bejaht werden kann. Lösungen, die von Warschau und Moskau dem bundesdeutschen Partner aufgezwungen und von der Bundesregierung deshalb akzeptiert würden, weil sie sich unter einen Erfolgszwang gestellt sieht, müßten in der Bundesrepublik zwangsläufig zu Ernüchterung und Enttäuschung und könnten zu einer Zäsur von großer Tragweite führen.

Kurz notiert

Neues Amt für Windelen?

Nachdem der langjährige Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe und ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister Josef Hermann Dufhues auf seine Wiederwahl bei dem bevorstehenden Parteitag im Herbst verzichtet hat, gilt es als sicher, daß der ehemalige Bundesvertriebenenminister Heinrich Windelen MdB die Nachfolge von Dufhues antreten wird.

Befremden der Bischöfe

Beim deutschen Episkopat haben die Behauptungen des Bonner Regierungssprechers Conrad Ahlers, daß Papst Paul VI. die Ostpolitik Brandts unterstütze, großes Mißfallen hervorgerufen. Eine hohe kirchliche Persönlichkeit in Bonn erklärte, es lägen keinerlei Beweise dafür vor, daß der Papst sich in diesem Sinne geäußert habe. Bundeskanzler Willy Brandt sei in seiner Darstellung über sein Gespräch mit dem Papst viel zurückhaltender gewesen und habe mit keinem Wort erwähnt, daß der Papst oder vatikanische Persönlichkeiten die von der Bundesregierung geplanten Schritte im Osten billige oder unterstütze. Im Episkopat ist der Eindruck entstanden, als ob die Regierung aus dem Besuch Brandts im Vatikan Kapital in der Auseinandersetzung mit ihren innenpolitischen Gegnern schlagen wolle. Die propagandistischen Begleiterscheinungen der Brandt-Reise nach Rom werden, wie von unerrichteter Seite verlautet, nach der Sommerpause noch ein parlamentarisches Nachspiel haben.

Wer soll das bezahlen?

Die Bundesregierung scheint entschlossen zu sein, die Ost-Berliner Forderungen auf vollständige Begleichung der seit Kriegsende angeblich aufgelaufenen westdeutschen „Postschulden" in Höhe von fast einer Milliarde DM ohne genaue Prüfung zu erfüllen. Wie aus dem Bundesverkehrsministerium bekannt wurde, glauben Minister Leber und seine Experten, daß nach der Vereinbarung zwischen Bonn und Ost-Berlin über jährliche „Ausgleichszahlungen" an die sowjetzonale Post in Höhe von 30 Millionen DM gar nichts anderes übrig bleibe, als auch die Forderung von 1948 bis 1966 zu akzeptieren. Durch die vor einigen Monaten erzielte Vereinbarung sei dem Grunde nach eine Verpflichtung der Bundesrepublik zum Ausgleich eingegangen worden. Nachdem Bonn bereits 90 Millionen DM „Postschulden" für die Jahre 1967 bis 1969 an den SED-Staat beglichen hat, steht jetzt noch eine Restrechnung von 969 Millionen Mark aus. Zusammen mit dem Bonner Beitrag für 1970 ergibt sich eine Ost-Berliner Gesamtforderung von 999 Millionen Mark.

Völkerrechtler obsiegten

In Bonn wird damit gerechnet, daß im Frühherbst die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei über die Normalisierung der Beziehungen und über ein Gewaltverzichtsabkommen aufgenommen werden. Die Forderungen Prags sind in dem zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjetunion am 6. Mai 1970 unterzeichneten „Beistands- und Freundschaftsvertrag" enthalten, nämlich die Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Man erwartet eine harte innenpolitische Auseinandersetzung, weil die Sudetendeutschen durch ihre Organisationen bereits mehrfach mit Erklärungen zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht gewillt sind, die durch eine Ex-tunc-Erklärung entstehenden Nachteile für ihre Rechtspositionen hinzunehmen.

In diesem Zusammenhang wird auch auf ein kürzlich ergangenes Urteil des Oberlandesgerichtes Köln gegen den Deutschlandfunk und den Publizisten Peter von Zahn hingewiesen. Dieser hatte in einer Sendung des Deutschlandfunks die Professoren Dr. Veiter, Dr. Armbruster und Dr. Münch angegriffen, weil sie erklärt hatten, das Münchner Abkommen sei rechtsgültig nach Völkerrecht zustande gekommen. Das Oberlandesgericht hat das Urteil der ersten Instanz, mit dem die Professoren obsiegten, bestätigt und den von dieser zugesprochenen Entschädigungsbetrag in Höhe von 3000 DM auf 5000 DM erhöht. Damit wurde durch Gerichtsurteil die Rechtsgültigkeit des Münchner Abkommens festgestellt.

Signale besserer europäischer Zukunft

BdV gedachte der Verkündung der Charta der Heimatvertriebenen vor zwanzig Jahren

Stuttgart-Bad Cannstatt — „Dies ist ein Dokument des Maßes und der Würde, fern von politischem Tagesgeschrei, hinausgehoben über jeden bloßen Materialismus: ernst, sachlich und klar." An diese Charakterisierung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen durch den großen deutschen Publizisten Ernst Friedlaender erinnerte Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel in seiner Ansprache anläßlich des Gedenkens der Wiederkehr der Verkündung der Charta in Stuttgart-Bad Cannstatt.

Wer vor zwanzig Jahren, am 5. August 1950, diesem historischen Akt beigewohnt hat, erinnert sich der zugleich brisanten und disziplinierten Stimmung des Vertriebenenpublikums im Cannstatter Kursaal, wo dieses erste gemeinsame Manifest der Vertriebenen feierlich verkündet wurde. Die maßlose Demütigung durch die Okkupanten war ihnen noch brennend im Bewußtsein. Die Nöte nackter Daseinsfürsorge beherrschten die Stunde des Tages. Rechtliche Gleichstellung, angemessener Lastenausgleich, lauteten die Forderungen. Trotz dieser existentiellen Bedrängnis machten sich die Vertriebenen schon damals Gedanken über die Sinngebung des Vertreibungsgeschehens, über die eigene Zukunft, über eine bessere Zukunft ihres Landes und Volkes und über die Zukunft Europas. Es galt, das Unfaßbare zu fassen und zum Guten zu wenden!

Moralischer Respekt

Mit dem Verzicht auf Rache und Vergeltung, mit der Verpflichtung zum Wiederaufbau und zur Verwirklichung der Einheit Europas bekannten sie sich in der Charta zu den Grundsätzen wahrer Menschlichkeit, zur mitmenschlichen Solidarität und zu großräumigen Lösungen strittiger nationaler Fragen. Diese Passagen des Manifestes vor allem sind es, die ihnen moralischen Respekt verschafften, die allerdings auch fast ausschließlich, losgelöst vom übrigen Inhalt des Dokumentes zitiert zu werden pflegen. Insbesondere den sogenannten Pragmatikern und Realisten scheinen sie besonders geeignet, mitsamt der inzwischen weitgehend vollzogenen Eingliederung das Vertriebenenproblem im ganzen als erledigt zu erklären. Man lügt sich nur zu gerne aus der Verpflichtung gegenüber dieser von den Kriegsfolgen besonders hart betroffenen Schicht der Bevölkerung heraus, indem man übersieht und verschweigt, daß die Vertriebenen in ihrem „Grundgesetz" nicht nur Pflichten übernommen, sondern auch Rechte, das Recht auf die Heimat und in einer späteren Ergänzung das Recht auf Selbstbestimmung für alle Völker, für alle Deutschen und das Recht auf Wiederherstellung der Einheit Deutschlands im größeren europäischen Rahmen gefordert haben.

Fundierte Stellungnahme

Dieses Programm, dem die Vertriebenen konsequent treugeblieben sind, und das sie durch ungezählte andere, fundierte Stellungnahmen erhärtet haben, gibt der Charta, wie von Hassel betonte, auch heute und gerade heute, da entscheidend um Verständigung und Gewaltverzicht, um die Sicherung des Friedens in Europa gerungen wird, brennenden aktuellen Wert. Der Bundestagspräsident vermied in Anpassung an den feierlichen Charakter der Veranstaltung polemische Auseinandersetzung mit den Tagesereignissen. Er stellte jedoch sehr bestimmt und sachlich fest, daß der Wille zur Verständigung nicht dazu dienen dürfe, den Status quo der Gewalt und des Unrechtes festzuschreiben. Man dürfe uns nicht dazu zwingen, ein für allemal die staatliche Wiedervereinigung aller Deutschen mit allein friedlichen Mitteln abzuschreiben und strittige Fragen zu präjudizieren. Vielmehr müßte dem Recht auf die Heimat und auf Selbstbestimmung die Chance friedlicher Verwirklichung gelassen werden.

Mit diesen Erklärungen stellte sich von Hassel, selber Vertriebener und vordem Bundesminister für Vertriebene, uneingeschränkt auf den Boden der Stuttgarter Charta. Die Ausführungen des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Czaja MdB, der gleichfalls das überzeitlich Gültige, Zukunftsträchtige und tagespolitisch Richtungweisende dieses Dokumentes hervorhob, schlossen sich zwanglos an. Auch er enthielt sich pointierter Polemik, nachdrücklich stellte er jedoch die Notwendigkeit sachlicher Stellungnahme zur derzeitigen Deutschland- und Ostpolitik heraus. Der Bund der Vertriebenen, so sagte er, habe zwar die Hoffnung noch nicht aufgegeben, „mit Hilfe aller Verantwortlichen verhängnisvolle Abmachungen abzuwenden oder aber die Ablehnung ungeklärter Vertragsbedingungen und Vertragsformulierungen bei der Ratifizierung eines sogenannten Gewaltverzichtsabkommens zu erreichen". Er kündigte jedoch unter starkem Beifall an, daß wegen vorliegender Akte der Staatsgewalt, die das Recht auf die Heimat und auf Selbstbestimmung nicht beachten und gewaltsame Annexion anerkennen würden und im Falle eines Verstoßes gegen das Grundgesetz das Bundesverfassungsgericht angerufen werden müsse und daß im Falle einer Ratifizierung mit legalen Mitteln eine Revision unzulässiger Verträge anzustreben sei.

Präsident Czaja ließ es jedoch nicht bei kritischen Anmerkungen bewenden. Er bekräftigte auch bei dieser Gelegenheit das „Ja" der Vertriebenen zu europäischen Losungen, zur Verwirklichung zeitgemäßer Formen des Heimatrechts, das ein anerkanntes und garantiertes Volksgruppenrecht voraussetzte, die Bereitschaft notfalls auch zu wirtschaftlichen Opfern, wenn sie einem dauerhaften und gerechten Ausgleich dienen.

Die Stuttgarter Gedenkfeier, an der Abordnungen aller Landsmannschaften und Landesverbände und Vertreter der Bundes- und Landesregierung sowie befreundeter Verbände teilnahmen, fand lebhaftes öffentliches Interesse. Sie wurde von mehreren Rundfunkanstalten und auch vom Deutschlandfunk übertragen und von den Fernsehanstalten und der gesamten Presse nachrichtlich berücksichtigt und gewürdigt. Das hat den einen oder anderen Kommentator, dem die Fähigkeit abgeht, allgemein-verbindliche Grundsätze zum Maßstab praktischen Verhaltens zu nehmen, nicht gehindert, im gewohnten Gleis aktuelle Bezugnahmen der Stuttgarter Reden zu bekriteln. Mit Sicherheit wird auch die Ostblockpropaganda, die den ausgesprochenen Revanchisten dienstbar ist, fortfahren, die Vertriebenen, die erneut auf Revanche verzichtet haben, getreu der Haltet-den-Dieb-Parole als Revanchisten zu diffamieren. Die Vertriebenen werden jedoch nicht aufhören, mit den Verfassern der Charta Völker und Menschen, die guten Willens sind, dazu aufzurufen, „Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Unglück, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird."

Clemens J. Neumann

Die Absicherung der Ostpolitik

Polnische Presse berichtet über Skepsis der Westmächte

Warschau (hvp) — Das polnische Gewerkschaftsorgan „Glos Pracy" gab der Meinung Ausdruck, daß nicht nur London unter der neuen konservativen Regierung des Premierministers Heath, sondern auch Washington und sogar Paris der Ostpolitik Bonns doch skeptisch gegenüberstünden. Was die britische Einstellung anbelange, so sei Premier Heath allerdings vornehmlich auf eine Verbesserung des Verhältnisses zu Frankreich bedacht und deshalb geneigt, die mit der Bundesrepublik zusammenhängenden politischen Fragen „etwas auf das Nebengleis zu schieben". Washington aber habe niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es in Bonn lieber eine christdemokratische Regierung denn die sozialdemokratisch-liberale Koalition am Ruder sehen würde. In Paris hege „die gesamte Regierungsmannschaft" seit langem „gewisse Vorbehalte gegenüber den diplomatischen Schritten Brandts in Osteuropa", jedoch sei es der Bundesregierung gelungen, die Unterstützung des Staatspräsidenten Pompidou für ihre Ostpolitik zu gewinnen.

Dafür habe sie aber anscheinend „gewisse Zugeständnisse" machen müssen, welche die Frage der künftigen Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beträfen. Hier habe Pompidou erreicht, daß Frankreich erneut „die Vorrangstellung im Gemeinsamen Markt gewinnt", also wieder jene Rolle spielen könne wie zur Zeit der Präsidentschaft de Gaulles. „Glos Pracy" deutete damit an, daß die Unterstützung der Ostpolitik Bonns durch Paris vornehmlich insofern aus französischem Eigeninteresse heraus erfolgt, indem auf diese Weise Bonn weiterhin ermuntert werden soll, sein hauptsächliches Augenmerk östlichen Problemen zuzuwenden.

Die Warschauer Abendzeitung „Kurier Polski" bemerkte zu den Besprechungen des Bundesaußenministers in London und Washington, die Bundesregierung habe ihre Ostpolitik in den beiden westlichen Hauptstädten absichern wollen. Zwar billigten die beiden Westmächte die Ostpolitik Bonns, doch habe Außenminister Scheel mit allem Nachdruck erklärt, die Bundesregierung wolle die Rechte und Verpflichtungen der Westmächte, die aus dem Kriege herrührten, keineswegs in Frage stellen. Dies aber sei zum Ausdruck gebracht worden, weil die Vermutung nicht von der Hand zu weisen sei, die beiden Mächte hegten doch die Befürchtung, Fortschritte in der Ostpolitik Bonns könnten „zur Einschränkung ihrer Rolle auf dem europäischen Kontinent führen".

Gegen Diffamierung der Vertriebenen

Die von der SED ausgegebene Losung einer bundesdeutschen „Aktionseinheit gegen ein Rechtskartell" der CDU/CSU und der Vertriebenenverbände im Interesse der Unterwerfung unter die machtpolitischen Ziele des Ostblockes seien bisher allzu deutlich gewesen, als daß ihnen hätte Erfolg beschieden sein können, schreibt der „Rheinische Merkur". Neuerdings zeichne sich jedoch in den notorisch regierungsfreundlichen Zeitungen zunehmend die Tendenz ab, der Parole der Obrigkeit von drüben zu folgen. Als Beispiel dafür führt die angesehene Wochenzeitung einen Artikel eines gewissen Volkmar Hoffmann an, der in dem Gewerkschaftsblatt „Welt der Arbeit" und in der extrem-linken „Frankfurter Rundschau" „unter peinlichem Beifall der DKP sowohl wie der SPD eine Kampagne gegen die Politik der Vertriebenenverbände entfacht und der Regierung empfohlen hat, den Flüchtlingsverbänden und Landsmannschaften wegen deren kritischer Haltung zur Deutschland- und Ostpolitik jegliche finanzielle Unterstützung zu entziehen".

Sich von der Vergangenheit lösen

Außenpolitik darf nicht zur Parteisache werden

Der in Schweden lebende sudetendeutsche Sozialdemokrat Karl Kern schreibt zur Ostpolitik Willy Brandts:

„Man kann sehr wohl feststellen, daß die Ostpolitik der früheren bundesdeutschen Regierungen keine Erfolge gezeitigt haben, und man sagt dabei nicht einmal die Unwahrheit. Aber man darf dabei vor der Tatsache nicht die Augen verschließen, daß das starre Verlangen des Ostens nach Zementierung des fürchterlichen Status quo (einschließlich des Mordens an der Mauer und der Freiheits- und Heimatberaubung von Millionen Menschen), keinesfalls aber die Haltung der demokratischen Bundesrepublik Deutschland die Vereisung der Beziehungen zwischen Ost und West verschuldet hat. Kein demokratisches Volk gestattet sich den Luxus, seine Außenpolitik zu einer Parteisache werden zu lassen. Die Bürger der Bundesrepublik fänden es sicherlich nicht schwierig, zu einer gemeinsamen Ostpolitik zu kommen, wenn sie die schlichte Wahrheit entdeckten, daß es eine erfolgreiche „neue Ostpolitik" für sie nicht geben kann, solange sich Moskau weigert, in seiner Westpolitik Frieden durch Recht und Freiheit anzustreben.

Es handelt sich gewiß nicht darum, daß die Bundesrepublik den Hitlerkrieg nun nachträglich zu gewinnen versuchen soll. Wohl aber besteht kein Anlaß, die vom Osten übernommenen und noch immer gebrauchten Methoden barbarischer Machtpolitik vertraglich anzuerkennen. Die sittliche Pflicht zu dieser Weigerung kann durch nichts ausgelöscht werden. Und deshalb darf auch das Verlangen der Vertriebenen nach Recht und Gerechtigkeit und nach Einlösen des ihnen gegebenen Wortes nicht als Nationalismus oder reaktionäre Gesinnung verlästert werden.

Man soll sich von der Vergangenheit lösen, ruft man den Kritikern zu. Mit Verlaub: das darf nicht dazu führen, daß man die Zukunft preisgibt! Zu den Kritikern gehören auch gute Sozialdemokraten. Die größte Ursache, sich im Namen des Friedens von der Vergangenheit zu lösen, haben nicht die demokratischen Parteien, sondern Moskau und seine Satelliten."



Wie andere es sehen

Nun sag, wie hast du's mit Berlin?

Zeichnung aus „Die Welt"


Das Ostpreußenblatt

Herausgeber:
Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Chefredakteur:
Hugo Wellems
Verantwortlich für den politischen Teil

Stellv. Chefredakteur:
Ruth Maria Wagner
Kultur, Unterhaltung, Frauenseite

Geschichte, Landeskunde und Aktuelles:
Hans-Ulrich Stamm

Soziales, Jugend, Heimatkreise, Gruppen:
Horst Zander

Bonner Redaktion:
Clemens J. Neumann

Anzeigen:
Heinz Passarge

Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen.
Bezugspreis monatlich 2,40 DM.
Postscheckkonto für den Vertrieb: Postscheckamt Hamburg 84 26.
Verlag, Redaktion, Anzeigenabteilung: 2 Hamburg 13, Parkallee 86.
Telefon 45 25 41 / 42.
Bankkonto: Hamburgische Landesbank, Girozentrale Konto-Nr. 192 344.
Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Für Rücksendung wird Porto erbeten.
Postscheckkonto für Anzeigen: 907 00 Postscheckamt Hamburg.
Druck: Gerhard Rautenberg, 295 Leer, Norderstraße 29/31, Ruf Leer 04 91/42 88
Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 17

Unser KOMMENTAR

Auf die kalte Tour

O. S. — Niemand wird es den Heimatvertriebenen verübeln können, wenn sie ob bestimmter Zeichen, die sich in letzter Zeit mehren, besonders mißtrauisch sind. Das begann schon bei Antritt der neuen Bundesregierung, als das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte als Ministerium aufgelöst und das aufgelöste Ministerium als eine eigene Abteilung (auch das gibt es!) in das Bundesministerium des Innern eingegliedert wurde. Da der „Apparat" des Ministeriums im wesentlichen erhalten und praktisch nur die Spitze, nämlich der Minister eingespart wurde, dürften es für die neue Bundesregierung politische und optische Gründe gewesen sein, die sie veranlaßten, nicht mehr mit einem eigenen Vertriebenenminister aufzuwarten. Wenngleich auch der Bundesinnenminister Genscher mehrfach betont und gezeigt hat, daß er sich der Interessen der Heimatvertriebenen annimmt, so bleibt dennoch die Tatsache im Raum, daß trotz der noch anstehenden umfangreichen Sachkomplexe auf dem Vertriebenensektor diese nicht mehr mit einem eigenen Minister im Kabinett vertreten sind. Das war eine erste politische Entscheidung, die von der Regierung Brandt/Scheel gefällt wurde.

Wo der Bund mit einem solchen Beispiel voranging, wollte natürlich Niedersachsens neues Kabinett nicht nachhinken. Nachdem jüngst schon in Hannover der Vertriebenenausschuß des Landtages aufgelöst worden war und die Zuständigkeit für die Vertriebenen aus der Bezeichnung des Ministeriums gestrichen wurde, hat sich der niedersächsische Minister Hellmann (SPD), der für die Bundesrats- und Vertriebenenangelegenheiten zuständig ist, nun einen neuen — aber zweifelsohne gefährlichen — Gag einfallen lassen. Herbert Hellmann will, so ließ er aus Hannover verlauten, künftighin keine Vertriebenenveranstaltungen mehr mit Steuergeldern unterstützen, die sich, wie es heißt, möglicherweise „polemisch-unsachlich" und „emotional angeheizt" mit der Ost- und Deutschlandpolitik der derzeitigen Bundesregierung auseinandersetzen. Man kann nur annehmen, daß die Liquidierung des Landtagsausschusses und die nun angekündigte Mittelsperre in einem Zusammenhang stehen und darauf zurückzuführen sind, daß eben die neue Landesregierung in Hannover glaubt, mit entsprechenden Schritten auf Landesebene ein besseres Entrée in den Ostblockstaaten zu haben.

Herr Hellmann, der zwar erklärte, er wolle auch in Zukunft Veranstaltungen der Vertriebenenverbände, die der Kulturpflege dienen, unterstützen, dürfte der Meinung sein, daß alle Äußerungen, die sich nicht mit den ostpolitischen Vorstellungen der derzeitigen Regierungskoalition decken, eben eine „polemisch unsachliche Kritik" darstellen und als „emotinell angeheizte Propaganda" einzustufen sind. Wir können uns jedoch des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Drohung mit einer Sperre der Mittel eine Einengung der politischen Meinungsfreiheit bedeutet, gegen die rechtzeitig Protest erhoben werden muß. Der Bund der Vertriebenen und seine Landesverbände ebenso wie die Landsmannschaften werden sich jedoch durch derartige Beeinflussungsversuche nicht beeindrucken lassen, sondern auch in Zukunft mit Nachdruck den Standpunkt der Heimatvertriebenen vertreten, daß eine künftige Friedensordnung in Europa nicht auf der Anerkennung der kommunistischen Gewaltakte, sondern nur auf der Grundlage des Rechts erfolgen kann.

Ob aber derartige Äußerungen des Ministers Hellmann als glücklich zu bezeichnen sind — diese Frage mag sich die Partei, der der Herr Minister angehört, selbst beantworten. Es ist bekannt, daß in Bonn die SPD eine offene Feldschlacht mit den Vertriebenen schwerlich suchen wird, denn ihr ostpolitisches Konzept wird von einer nicht unerheblichen Zahl von Abgeordneten mit Zurückhaltung beobachtet und auch in den Reihen des Koalitionspartners — der FDP — gibt es Abgeordnete, die die derzeitige Ostpolitik ablehnen. Ortsverbände der SPD agieren gegen den Sprecher der Schlesier, Dr. Hupka MdB, und in Niedersachsen bekennt sich u. a. der Vertriebenenpolitiker Willi Homeier (FDP) zur neugegründeten National-Liberalen Aktion. Eine offene Auseinandersetzung mit all diesen Kräften würde einen Zerfallsprozeß herbeiführen oder beschleunigen können.

Nicht zuletzt aber müßte man auch in den Kreisen der SPD wissen, daß die Glaubwürdigkeit dieser Bundesregierung in den Kreisen der Heimatvertriebenen erschüttert ist. Das ist gerade bei den Landtagswahlen am 14. Juni sichtbar geworden, wo die Sozialdemokraten in den Ballungsräumen der Vertriebenen die größten Stimmenverluste hinnehmen mußten.

Im Herbst stehen Landtagswahlen in den Ländern Hessen und Bayern an. In diesen beiden Bundesländern gibt es ebenfalls einen erheblichen Wähleranteil, der aus Kreisen der Heimatvertriebenen kommt. Ankündigungen, wie sie der niedersächsische Minister Hellmann jetzt in einem Interview gemacht hat, sind schwerlich geeignet, dem Vertrauen zwischen SPD und Heimatvertriebenen zu dienen. Wenn Herr Hellmann sagt, daß er künftig Vertriebenenveranstaltungen „sehr genau beobachten" werde, so darf er versichert sein, daß die Heimatvertriebenen in Zukunft auch sehr genau die Maßnahmen seines Ministeriums beobachten werden. Sie werden prüfen, ob Herr Hellmann mit finanziellem Druck ein politisches Wohlverhalten erzwingen will.



Moskau: Bei aller Verbindlichkeit sind die Sowjets hart in der Substanz — Foto dpa

Politik aus erster Hand

Bonn: „Hoppla, jetzt kommen wir!"

Unser Interview über den „Gromyko-Entwurf" mit Dr. Werner Marx MdB

„Kürzlich hat ein Nachrichtenmagazin Baron Guttenberg und Sie als ‚außenpolitische Ultras der Opposition' bezeichnet, weil Sie ein Dokument veröffentlichten, das in der Presse als Gromyko-Papier bezeichnet wurde. Was sind die Gründe für die Veröffentlichung dieses Dokuments?"

„Diese vom ‚Spiegel' verwendete Formulierung spricht für sich selbst: Das Schimpfwort ‚rechte Ultras' ist von Albert Norden, dem Propagandachef in Ost-Berlin, erfunden worden. Man hat es oft genug angewandt, so daß es offenbar ohne Quellenangabe von Zeitschriften, die Seriosität beanspruchen, wiedergegeben wird. Nicht umsonst nennt man Norden den ‚Zonengoebbels'.

Baron zu Guttenberg und ich selbst haben das vom sowjetischen Außenminister Gromyko am 6. März d. J. in die Verhandlungen eingeführte Papier deshalb veröffentlicht, weil die Bundesregierung so tat, als ob die Ergebnisse der Diskussionen mit Gromyko, die man im ‚Bahr-Papier' vorfindet, ein bedeutender diplomatischer Erfolg seien. Unsere Veröffentlichung war der Regierung peinlich. Dadurch wurde das Einschwenken ihres Unterhändlers auf die Hauptlinie der sowjetischen Politik enthüllt. Der offizielle Sprecher der Bundesregierung hat zunächst die Existenz dieses Dokuments verleugnet. Es ist aber ganz klar, daß es existiert, und zwar im Zusammenhang, nicht als Montage, nicht als Rückübersetzung, sondern als Entwurf, der alle sowjetischen Vorstellungen von Anfang März 1970 hinsichtlich eines sogenannten Gewaltverzichts enthält."

„Zu welchen Feststellungen sind Sie bei einem Vergleich zwischen dem Bahr-Papier und dem Gromyko-Entwurf gekommen? Was würden Sie als einen Erfolg der Verhandlungen werten, die Herr Bahr in Moskau geführt hat?"

„‚Gromyko-Entwurf' und ‚Bahr-Papier' sind weithin identisch. Der Gedankengang und die Auswahl der Begriffe sind fast in jedem Satz übereinstimmend. Offenbar haben die Sowjets in einigen Punkten während der Verhandlungen sogar noch Verschärfungen durchgesetzt; denn manche Formulierung im ‚Bahr-Papier' ist für die deutsche Seite noch ungünstiger als im ‚Gromyko-Papier'.

Auch der fingerfertigsten Propaganda wird es nicht gelingen, die Bahr-Verhandlungen zu einem Erfolg hinaufzustilisieren."

„Bedeuten die sowjetischen Erwartungen, daß der Gesamtbesitzstand der Sowjet-Union, also auch die Inbesitznahme der baltischen Staaten, die Vereinbarungen zwischen Hitler und Stalin über Ostpolen von der Bundesrepublik uneingeschränkt als rechtens anerkannt werden?"

„Es ist ein wesentliches Ziel der sowjetischen Deutschlandpolitik, durch unsere Unterschrift eine Bestätigung jenes Besitzstandes zu erhalten, den die Sowjetunion am Ende des Krieges und nach dem Kriege sich unter Bruch vieler Vereinbarungen und internationaler Abkommen direkt angeeignet hat. Die demokratische deutsche Regierung soll also heute offen und vor aller Welt jenes Geheimabkommen zwischen Ribbentrop und Molotow bestätigen, das sogar die Nazis 1939 sich scheuten, der Öffentlichkeit mitzuteilen. Damals haben Hitler und Stalin Europa im geheimen Zusatzabkommen zum Moskauer Pakt vom 23. August 1939 in ‚Einflußzonen' und ‚Interessengebiete' aufgeteilt.

Die Unterwerfung der tapferen baltischen Völker, der Esten, Letten und Litauer, soll nun von uns unterschrieben werden. Wir sollen unsere Finger in anderer Leute Grenzstreitigkeiten stecken, z. B. in die makedonische Frage. Wir sollen die sowjetisch-rumänische und sowjetisch-polnische Grenze, auch sie wurden zwischen Hitler und Stalin fast genauso vereinbart wie sie heute verlaufen, garantieren. Wir werden aber auch die Hoffnung der südost- und osteuropäischen Völker, sich im Laufe der Jahre etwas mehr von der sowjetischen Vorherrschaft distanzieren zu können, durch unsere indirekte Bestätigung der Breschnjew-Doktrin, d. h. der unbedingten Vorherrschaft der Sowjetunion, erschüttern."

„Das Wiener Blatt ‚Die Presse' sagte zu den deutsch-sowjetischen Verhandlungen, daß es ‚für Moskau nicht mehr viel zu verhandeln gibt'. Egon Bahr dagegen deutete kurz vor der Reise des Bundesaußenministers an, daß noch ein entsprechender Spielraum für Verhandlungen vorhanden sei. Glauben Sie, daß an der Substanz wesentliche Änderungen möglich sind, oder aber daß es sich hierbei nur um eine gewisse Kosmetik handelt?"

„Welchen Verhandlungsspielraum Scheel hat, wird man nicht mit aller Genauigkeit umschreiben können. Ich fürchte, daß er in der Substanz sehr eingeengt ist. Das ‚Bahr-Papier' ist eben doch, trotz aller gegenteiligen Beschwörungen der Regierung und trotz vieler das Parlament täuschender Behauptungen, nicht nur die Grundlage der Verhandlungen, sondern enthält jene Festlegungen, auf die Bahr sich mit Gromyko geeinigt hatte und die von der sowjetischen Seite akzeptiert sind."

„Botschafter Allardt hat in einem Interview mit einer westdeutschen Zeitung die Möglichkeit angedeutet, daß es auch zu einem Scheitern der Verhandlungen kommen könnte. Glauben Sie, daß die Bundesregierung unter allen Umständen bereit ist, den sowjetischen Vorstellungen zu entsprechen?"

„Ich hoffe, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, ‚unter allen Umständen' den sowjetischen Vorstellungen zu entsprechen. Leider hat sich bisher gezeigt, daß ihre Kenntnisse und Fähigkeiten offenbar nicht ausreichen, um mit den Repräsentanten der sowjetischen Politik in einer Weise zu verhandeln, daß dabei die Interessen unseres Landes gewahrt bleiben."

„Glauben Sie, daß ein Vertrag, der auf der Grundlage des Bahr-Papiers gefertigt würde, im Bundestag eine Mehrheit findet und glauben Sie, daß ein Gewaltverzichtsabkommen dieses Inhalts mit dem Grundgesetz vereinbar ist?"

„Für einen solchen Vertrag wird es weder im Bundestag noch im Bundesrat eine Mehrheit geben."

„Teilen Sie die Auffassung, daß der Gewaltverzichtsvertrag mindestens die Vorbereitung einer Friedensverhandlung ist und sind Sie der Meinung, daß hier der Artikel 79 des Grundgesetzes Anwendung finden muß, d. h. eine 2/3-Mehrheit erforderlich ist?"

„Insoweit ein solcher Vertrag einem Friedensvertrag ähnlich ist oder friedensvertragliche Regelungen vorwegnimmt, muß der Artikel 79 des Grundgesetzes angewandt werden, d. h. es ist dann eine 2/3Mehrheit notwendig."

„Eine bekannte Tageszeitung schrieb dieser Tage, Außenminister Scheel müsse in Moskau in dem Korsett einer falsch angelegten Politik verhandeln. Teilen Sie diese Auffassung?"

„Leider gehört Scheel zu jenen Leuten, die — gleich einem Modezeichner — das Korsett dieser Ostpolitik aufgezeichnet haben. Er muß in der Konsequenz seiner eigenen Politik jetzt verhandeln. Daß diese mit den Vorstellungen Willy Brandts übereinstimmt, hat er oft genug betont."

„Das Bundeskabinett hat für die Verhandlungen in Moskau einen Vorbehaltsbeschluß hinsichtlich Berlin gefaßt. Halten Sie diesen Vorbehalt für ausreichend?"

„Es wird sich in den Moskauer Verhandlungen zeigen, ob die Sowjets bereit sind, ein Junktim zwischen den Vier-Mächte-Verhandlungen um Berlin und einen deutsch-sowjetischen Vertrag hinzunehmen. Auch hier ist diese Art von hektischer und Zeitnot erzeugender Ostpolitik falsch angelegt. Die CDU/CSU hat wiederholt erklärt, daß das sowjetische Verhalten in den Berlin-Verhandlungen ‚ein Prüfstein' für den sowjetischen Willen nach wirklicher Entspannung in Europa sei. Wir haben oft genug gefordert, die Berlin-Verhandlungen vorwegzunehmen und dann erst, wenn jene gut gelaufen sind, die anderen Probleme Zug um Zug mit nüchternem Kalkül anzupacken. Diese Bundesregierung benahm sich wie Hans Albers auf der Bühne: ‚Hoppla, jetzt kommen wir!' Sie glaubt das Genie zu besitzen, alles zur gleichen Zeit im Aufgalopp erledigen zu können. Jetzt erlebt sie, daß Außenpolitik im Kraftfeld verschiedener und widerstreitender Meinungen und Machtverhältnisse entwickelt wird."

„Wie steht es um eine deutsche Option in bezug auf die friedliche Wiedervereinigung. Wäre eine solche Option nach Abschluß des Gewaltverzichtsvertrages überhaupt noch möglich?

Bundeskanzler Brandt beabsichtigt, bei Unterzeichnung des Gewaltverzichtsvertrages in Moskau eine Erklärung hinsichtlich der deutschen Wiedervereinigung abzugeben. Wäre eine solche einseitige Erklärung, selbst wenn sie von den Sowjets entgegengenommen würde, völkerrechtlich wirksam?"

„Die Formel ‚deutsche Option' enthüllt auch den verbalen Rückzug der Bundesregierung in der deutschen Frage. Nach Unterzeichnung der entsprechenden Passage im ‚Bahr-Papier' ohne eindeutige Bestätigung des deutschen Rechts auf Wiedervereinigung wird auf dem Umweg über die Anerkennung aller Grenzen und der territorialen Integrität und auch unter Einbeziehung des ominösen Punktes 5, in dem Brandt in Kassel dem SED-Regime volle Souveränität innerhalb seiner Grenzen zugesichert hat, es kaum mehr Aussicht auf eine demokratische und rechtsstaatliche Lösung des deutschen Problems geben.

Dieser Vertrag vertieft und bestätigt die Teilung Deutschlands. Wer das geteilte Deutschland nach demokratischen Vorstellungen wieder zusammenfügen will, wird sich dem Vorwurf der ‚Aggressionspolitik', des ‚Nationalismus', des ‚Revanchismus' und des ‚besessenen Kampfes gegen die friedliche Koexistenz' aussetzen."

Mit Reparationen hat sich Moskau schon bedient

Alliierte Vereinbarungen von Potsdam gültig: Nachträgliche Forderungen zu befürchten

Spekulationen über neue sowjetische Reparationsforderungen haben die westdeutsche Bevölkerung das Fürchten gelehrt. Nicht einmal Bundesfinanzminister Möller war von dieser Furcht frei, als er kürzlich meinte, die Aussöhnung mit Osteuropa würde die Bundeskasse erneut strapazieren. Wie steht es in Wirklichkeit mit dem Recht der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Staaten auf deutsche Reparationszahlungen, sobald eines Tages ein friedensvertragsähnlicher Zustand herbeigeführt ist? Muß die Bundesrepublik den endgültigen Abschluß des Zweiten Weltkrieges fürchten, weil sie dann mit neuen Reparationsforderungen konfrontiert wird?

Die Antwort läßt sich ohne Mühe aus dem Potsdamer Abkommen des Jahres 1945 ablesen. Damals wurde nach vielem Hin und Her beschlossen, daß sich die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges aus ihrem jeweiligen Besatzungsgebiet mit Reparationen „bedienen" sollten. So heißt es in Punkt 1 des Potsdamer Abkommens: „Die Reparationsansprüche der UdSSR sollen durch Entnahmen aus der von der UdSSR besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene deutsche Auslandsguthaben befriedigt werden." Für die Reparationsansprüche der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und später Frankreichs war ein ähnliches Vorgehen in den westlichen Besatzungszonen vereinbart. Zusätzlich sollte die Sowjetunion aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands erhalten: „15 Prozent derjenigen verwendungsfähigen und vollständigen industriellen Ausrüstungen, vor allem der metallurgischen, chemischen und maschinenerzeugenden Industrien, soweit sie für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig sind." Das war die Zeit der Demontagen, der Abtransporte von Eisenbahnschienen, Werksanlagen und Rohstoffen. Dazu hieß es: „Der Abtransport von industriellen Investitionsgütern soll innerhalb von zwei Jahren nach dem Datum dieses Schriftstücks abgeschlossen sein."

1947 ist also der sowjetische Anspruch auf „Entnahmen" aus den westlichen Besatzungszonen erloschen, und dies nach dem Potsdamer Abkommen, an dem die Kommunisten in Osteuropa als der Grundlage der Deutschland-Politik eisern festhalten. Stalin und sein Außenminister Molotow waren nicht immer so bescheiden. Ursprünglich hatten sie am Schluß des Zweiten Weltkrieges im Einvernehmen mit dem amerikanischen Reparationsbeauftragten Edwin W. Pauley 56 Prozent aller Reparationen aus Großdeutschland verlangt, während die Vereinigten Staaten und Großbritannien je 22 Prozent erhalten sollten. Pauley resümierte: „Die Staaten, welche die Hauptlast des Krieges getragen, schwerste Verluste erlitten und den Sieg über den Feind vorbereitet haben, sollen Anspruch auf den größten Teil der Reparationen erhalten." Allerdings konnte Pauley noch nicht wissen, daß Deutschland um die Gebiete jenseits von Oder und Neiße verkleinert würde, die den Polen zugesprochen wurden, während die Sowjetunion sich an polnischem Territorium gütlich tat. Stalin unterließ bei den Vorgesprächen des Potsdamer Abkommens denn auch nichts, um die Polen herauszustreichen. So erklärte er seinen Kriegsalliierten am 23. Juli 1945 in Potsdam, daß die deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße „frei von Deutschen" seien und daß nur die Polen in der Lage wären, dieses Land zu besiedeln und wirtschaftlich zu erschließen. Damals lebten noch 9 Millionen Deutsche in den fraglichen deutschen Ostprovinzen. Der politische Berater der amerikanischen Delegation in Potsdam, Mosley, erklärte aber damals schon, daß ein um die Ostgebiete verkleinertes Deutschland auch nur eine geringere Reparationslast tragen könne. Schließlich machte der amerikanische Außenminister Byrnes den Vorschlag, bei der Festsetzung der Reparationszahlungen statt nach dem ganzen Deutschland nach Besatzungszonen vorzugehen, in anderen Fragen wie der Währung, dem Transport Deutschland weiter als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Der sowjetische Außenminister Molotow machte Gegenvorschläge, er war auch bereit, die Reparationsforderungen seiner Regierung herabzusetzen, schließlich aber stimmte er zu. Nur mühsam hatte sich Molotow von dem Gedanken trennen können, daß die Sowjetunion auch an der Ruhr Reparationsforderungen erheben könnte.

Heftige Kontroversen zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Siegermacht gab es auch hinsichtlich der polnischen Westgrenzen. „Ich bin Polen freundschaftlich gesinnt", sagte der damalige amerikanische Präsident Truman in der fünften Vollsitzung in Potsdam am 21. Juli, „und es ist möglich, daß ich mich mit den Vorschlägen der sowjetischen Regierung hinsichtlich seiner Westgrenze einverstanden erkläre. Doch will ich es nicht jetzt tun, weil ich dafür einen anderen Ort wünsche, nämlich die Friedenskonferenz." Diese Friedenskonferenz ist bis zum heutigen Tage nicht zusammengetreten.

Stalin behauptete schließlich, die sowjetische Armee, die zugleich nach Westen kämpfen und im Innern Partisanen unschädlich machen müsse, sei wegen des völligen Fehlens von deutscher Bevölkerung in diesen Gebieten auf polnische Kooperation angewiesen. Deshalb müßten diese Gebiete in polnische Auftragsverwaltung gegeben werden. In Wirklichkeit, so Stalin, seien es polnische Gebiete, weil es in ihnen keine deutsche Bevölkerung mehr gebe. Churchill meinte daraufhin, neun Millionen Deutsche seien nicht gerade eine Kleinigkeit. Aber gegen die Bereitschaft des amerikanischen Verbündeten, sich mit den Sowjets zu arrangieren, konnte auch er sich nicht durchsetzen. So begannen die Zwistigkeiten unter den Alliierten des Zweiten Weltkrieges noch bevor die Beute ausgeteilt war.

Wilhelm Lange



Gromyko: „Sie sind doch nicht der Grzimek!"

np-Zeichnung

Warschau meldet „auslaufende Höfe"

100000 ha Bauernland wurden „dem Staat übertragen"

Warschau (hvp) — In Warschau fand eine Tagung von Vertretern der sogen. „Bauernzirkel" statt, auf der vor allem darüber Klage geführt wurde, daß die Landflucht der Jugendlichen andauert und infolgedessen immer mehr „auslaufende" Höfe von ihren jetzigen, z. T. bereits hochbetagten Besitzern gegen Gewährung einer kleinen Altersrente dem polnischen Staat übertragen werden. Es wurde bekanntgegeben, daß allein in den beiden Jahren 1968 und 1969 auf diese Weise nicht weniger als 100 000 Hektar Bauernland vom „Staatlichen Bodenfonds" übernommen wurden, weil „nicht einmal der bisherige Produktionsstand mehr gewährleistet war". Es habe sich um Höfe gehandelt, deren Eigentümer bzw. Besitzer „keine Nachfolger" hätten. Die Entwicklung, so wurde angekündigt, werde sich leider fortsetzen, so daß den „Bauernzirkeln" die Aufgabe zuwachse, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die „auslaufenden" Höfe weiterhin „gut und dauerhaft bewirtschaftet" würden.

Außerdem wurde mitgeteilt, daß sich in diesem Jahre eine wesentlich geringere Getreideernte ergeben werde als im Vorjahre, woraufhin sich der Importbedarf an Getreide stark erhöhe. Besonders betroffen würden die Erträge bei Roggen. Hier sei eine Verminderung der Anbaufläche erfolgt, und außerdem sei mit einer beträchtlichen Verminderung der Hektar-Erträge zu rechnen. Infolge der Trockenheit im Vorjahre sei auch — wegen Futtermangel — der Viehbestand zurückgegangen, so daß in diesem Jahre 1970 das Aufkommen an Fleisch um nicht weniger als 40 000 Tonnen geringer sein werde als im Vorjahre. Um den Getreideanbau zu fördern, sollten alle Höfe, welche die Anbaufläche um 20 v. H. vergrößern, besondere „Prämien" erhalten. Besonders wurde die mangelhafte Nutzung des Grünlandes gerügt und dazu festgestellt, daß diese Erscheinung vor allem im südlichen Ostpreußen besonders krasse Formen angenommen habe.

Im Rahmen der Tagung ergriff der Vorsitzende der „Vereinigten Volkspartei" (Bauernpartei), Wycech, das Wort, um zu erklären, es müßten „alle gesellschaftlichen Kräfte" angespannt werden, „um den Viehbestand wiederaufzubauen". Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Bauernzirkel, Gesing, appellierte an die „staatsbürgerliche Gesinnung und patriotische Haltung" der polnischen Bauern, die „25 Jahre nach Rückkehr der alten Piastenländer an Oder und Neiße zum polnischen Mutterlande" besonders in diesen „Westgebieten Polens" alles tun müßten, um die Agrarproduktion zu steigern.

Japan will vier Inselgruppen

Sozialisten mit Gebietsforderungen an Moskau

Auch die in Opposition zur liberaldemokratischen Regierung stehenden japanischen Sozialisten haben die Forderung Tokios auf Rückgabe der „Japanischen Nordgebiete" — es handelt sich um vier Inselgruppen der Süd-Kurilen, die 1945 von der Sowjetunion okkupiert wurden — erneut nachhaltig unterstütz. Eine Delegation der Sozialisten, die unter der gation der Sozialisten, die unter der Leitung Leitung des Parteivorsitzenden Narita in Moskau eintraf, betonte in einem Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, Japan habe einen historischen Anspruch auf die Inseln, zumal diese Territorien ausschließlich auf friedlichem Wege in japanischen Besitz gelangt seien, nicht etwa infolge einer Eroberung. Diese Nordgebiete müßten also an Japan zurückgegeben werden. Gromyko erklärte dazu, diese Frage sei für die Sowjetregierung „völlig abgeschlossen". „Durch internationale Abkommen wie z. B. durch das Potsdamer Abkommen" sei die Frage der Süd-Kurilen „endgültig geregelt" worden.

Die Delegation japanischer Sozialisten erörterte in Moskau außerdem Fragen der japanisch-sowjetischen Beziehungen auf wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Gebiet. Gromyko brachte die Bereitschaft der Sowjetregierung zum Ausdruck, über diese Fragen weiterhin mit Tokio zu verhandeln, besonders auch über die Möglichkeiten des zivilen Luftverkehrs. In der Frage der japanischen Nordgebiete bzw. der Süd-Kurilen sind sich, wie durch das Verhalten der sozialistischen Delegation unterstrichen wurde, alle japanischen Parteien einig. Die Kommunistische Partei Japans (KPJ) nimmt hier sogar noch einen „härteren" Standpunkt ein als die Liberaldemokraten und die Sozialisten.

Ostpolitik auf Adenauers Spuren?

Altbundeskanzler bestand auf Wiedervereinigung

Die Verhandlungen Scheels in Moskau seien eine folgerichtige Weiterentwicklung des ersten Schrittes, den Bundeskanzler Adenauer mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion von 15 Jahren unternommen habe, stellt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, in einem von der SPD verbreiteten Artikel fest. Der gleiche Tenor wird auch von der sonstigen der Regierung nahestehenden Presse, so beispielsweise in einem Leitartikel der „Zeit" vom 31. Juli vertreten, die für den „Vollzug des Notwendigen, die Anerkennung der sogenannten Realitäten", „das Abschreiben der alten Illusionen" — Wiedervereinigung durch freie Wahlen, Revision der Oder-Neiße-Grenze — eintritt. Im Gegensatz dazu stellt der „Deutsche Ostdienst" unter Bezugnahme auf die Verhandlungen von Scheel in Moskau in seiner neuen Folge fest, daß die derzeitige Ostpolitik der Bundesregierung lediglich formell den Spruen Adenauers in Moskau folge, daß sie jedoch materiell den entgegengesetzten Weg gehe: Adenauer habe der Aufnahme der Beziehungen nur unter der Bedingung zugestimmt, daß dieser Schritt „zur Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands" — so wörtlich im damaligen Kommunique — betragen solle. Adenauer habe darüber hinaus absprachegemäß in einem Brief an Bulganin Vorbehalte hinsichtlich einer Regelung der Oder-Neiße-Frage im Friedensvertrag und des Vertretungsrechtes für alle Deutschen gemacht. Das Bahr-Papier, das die Grundlage auch für die Verhandlungen von Scheel bilde, laufe jedoch auf die Anerkennung des Status quo hinaus.

„Zonenrand" abgeschafft?

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Leo Wagner (Günzburg) will in einer mündlichen Anfrage von der Bundesregierung folgendes wissen: „Trifft es zu, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen einen Bericht über die Zonenrandförderung deshalb zurückstellte, weil die Bundesregierung den Begriff „Zonenrand" nicht mehr verwenden will, und womit und mit welcher Begründung gedenkt die Bundesregierung diesen Begriff zu ersetzen?"

Spiegel der landsmannschaftlichen Presse

Nächster Akt: Tribute?

Bisher erzählten uns die Bonner Machthaber, daß man für den Frieden Opfer bringen müsse und daß diese Opfer eben in dem Verzicht auf uralte deutsche Gebiete — Ostpreußen, Pommern, Westpreußen, Danzig, Schlesien und ein Teil der Lausitz —, in dem Verzicht auf Wiedervereinigung und in der Annullierung eines völkerrechtlich gültigen Vertrages bestehen, den England und Frankreich durchgesetzt haben, weil sie das in Versailles und St. Germain diktierte Unrecht wieder gutmachen wollten. Nun erklärte der Bundesfinanzminister höchstpersönlich, es sei durchaus möglich (wenn nicht wahrscheinlich), daß wir uns den Bahr-Frieden etwas kosten lassen müssen — in bar. Und er fügte hinzu, er für seine Person sei gern bereit, es sich einige Mark kosten zu lassen. Nun haben die vom Herrn Bundespräsidenten geforderten und geförderten Friedensforschungs-Institute bisher noch nicht ausgerechnet, was der Frieden in bar kostet, wieviel da auf jeden einzelnen entfällt und nach welchem Maß da überhaupt gemessen wird.

Geht es um Zeit wie bei den Tributen vergangener Jahrhunderte, etwa jenen, die man so lange Zeit an die Türkei zahlen mußte? Zehn Jahre Frieden soundsoviel tausend Taler, heute also soundsoviel Milliarden DM?

Geht es um die Qualität der Gewaltmaßnahmen? Etwa: uns zugedachte hundert sowjetische Ohrfeigen im Jahr werden auf 50 reduziert, wenn wir dafür soundsoviel Milliarden zahlen?

Volksbote

München, 1. August 1970

Selbstgefährdung Bonns

Die Stärke des Verhandlungskonzepts von Scheel liegt vielleicht in der Einfachheit der Grundeinsicht: Sie allein ermöglicht es der Bundesregierung, ostpolitisch mit dem Strom zu schwimmen. Je mehr Scheel von der Klarheit der Grundeinsicht abweicht (weil Verhandlungen schwierig sind, weil innenpolitische Rücksichten genommen, weil Konsequenzen nicht gezogen werden), um so schwächer wird seine Position.

Daß die Idee einer beiderseitigen totalen Abrüstung, so wie die Dinge liegen, vorläufig reine Utopie ist, dürfte inzwischen jedermann klar geworden sein. Mit Gewißheit sind papierene Abkommen, heißen sie nun Gewaltverzichtsverträge oder Nichtangriffspakte, keine ernsthaften Sicherheitsgarantien. Ihre möglicherweise entspannende Wirkung wird im psychologischen Bereich liegen, nicht aber in einer Erhöhung der Sicherheit.

So gewiß die Verhandlungen mit Moskau und Warschau schwierig bleiben und vom Scheitern bedroht sind: Sie lassen sich mit dem Dialog zwischen Bonn und Ost-Berlin nicht vergleichen, was die Fülle an überlieferten historischen und politischen Klischees, an Emotionen und Illusionen betrifft.

Da das Völkerrecht auf weiten Strecken eine Dirne der Politik ist und also jedem Gebrauch offen, sind die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" noch weiter erschwert. Bonner Selbsttäuschungen, gefüttert mit dehnbaren, auslegungsfähigen Definitionen liegen auf der Hand.

Adenauers Stärke war die Einfachheit seines Konzepts. Brandt wird sie nur in der Anerkennung finden, die wir Vertriebenen verhindern müssen. Damit bleibt die deutsche Frage die Kernfrage Europas und diese zusammen mit der Mitteleuropafrage das eigentliche Problem der Einigung Europas.

Was überhaupt an Änderungen im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten heute möglich ist (und das wird wenig genug sein), ergibt sich allein aus einer konsequenten Bonner Politik im Sinne aller ehrliebenden Deutschen, deren politische Führung der Verband der Vertriebenen eines Tages zu übernehmen bereit sein wird.

Der Schlesier

Recklinghausen, 30. Juli 1970

Verhandlungen mit dem Osten

Auch wir begrüßen den deutsch-polnischen Dialog, hierbei darf aber nichts vorweg entschieden werden, wozu die Bundesrepublik Deutschland kein Mandat des ganzen deutschen Volkes besitzt und was die Anerkennung von Annexion und Vertreibung bedeuten würde.

Deshalb muß schärfster Protest erhoben werden, wenn nur noch von Deutschland in seinen „tatsächlichen Grenzen von 1970" gesprochen wird. Es wäre eine Selbsttäuschung, durch solche Opfer menschliche Erleichterungen zu gewinnen oder etwa die Teilung schmerzloser zu machen. Die Erfüllung einseitiger Forderungen kann nicht Grundlage einer Verständigung sein.

Bis zur Stunde ist man bei der Meinungsbildung über den Stand der deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtverhandlungen auf Vermutungen und spärliche Hinweise angewiesen — beide Seiten hatten strikte Vertraulichkeit vereinbart. Doch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, am 2. Tag beschlossen, läßt den Schluß zu, als wären die Russen bereit, noch einmal umfassend zu verhandeln. In den vergangenen Wochen sah es oft so aus, als hätte Walter Scheel nur noch seine Unterschrift unter das gefährliche Bahr-Gromyko-Papier zu setzen. Jetzt hat er eine Chance, zu verhandeln. Dabei wird das Berlin-Problem und seine Lösung aus deutscher Sicht der Prüfstein für den Wert des Gewaltverzichtvertrages sein.

Der Westpreuße

Münster, 1. August 1970

Das Ostpreußenblatt

Wenn Scheel in Moskau verhandelt

Wollen die Sowjets wirkliche Entspannung oder nur Anerkennung der „Realitäten"?

Im Juni 1939, wenige Wochen bevor Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt unterschrieb, wurde zwischen dem sowjetischen Diplomaten Astachow und dem deutschen Legationsrat Schnurre über Einzelheiten dieses Abkommens beraten. Bei dieser Gelegenheit, so weiß ein Nachrichtenmagazin in einer ausführlichen Abhandlung, die sich mit der Deutschlandpolitik der Sowjetunion beschäftigt, zu berichten, argumentierte der Sowjetdiplomat: „Immer, wenn unsere beiden Völker Freunde waren, ging es beiden Völkern schlecht."

Dieses Argument wird 30 Jahre später nicht nur von deutschen Kommunisten, sondern nicht selten auch in nationalen Kreisen vertreten, die hierbei auf geschichtliche Ereignisse, wie z. B. auf jene Konvention von Tauroggen hinweisen, mit der sich der preußische General Yorck und der russische Befehlshaber Diebitsch zu gemeinsamem Handeln gegen Napoleon verbündeten. Es wird weiter auf das Jahr 1917 hingewiesen, da die kaiserlich-deutsche Regierung — angeblich auf einen Rat Ludendorffs hin — sich entschlossen hatte, Lenin und andere kommunistische Führer aus der Schweiz durch Deutschland reisen zu lassen, damit in Rußland das zaristische System geschwächt und die deutsche Front entlastet würde. Lenin hat dann, wie bekannt, wesentlich zur Auslösung der Revolution beigetragen, in deren Folge es 1918 zu dem Frieden von Brest-Litowsk kam.

Interessenlage entscheidet

Dieser Friede von Brest-Litowsk ist ebenso wie der Pakt, der zwischen Hitler und Stalin im Jahre 1939 geschlossen wurde, von der sowjetischen Interessenlage bestimmt gewesen und wenn heute der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland in Moskau verhandelt, darf man davon ausgehen, daß die Sowjets eine Lösung anstreben, die eben ihren Interessen entspricht.

Es ist bekannt, daß die Sowjetunion mit einer gewissen Besorgnis auf ihren östlichen Nachbarn blickt und Kenner der Verhältnisse zu Peking analysieren die Lage so, daß in einer nahen Zukunft eine militärische Auseinandersetzung zwischen den Chinesen und den Sowjets nicht auszuschließen ist. Das mag einer der Gründe sein, daß sich der sowjetische Außenminister Gromyko 40 Stunden Zeit genommen hat, um mit dem Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers, Egon Bahr, das Terrain zu sondieren und dabei seine Vorstellungen hinsichtlich einer Bereinigung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses zu entwickeln. Wer die in jüngster Zeit veröffentlichten Texte des Gromyko-Entwurfes mit dem Bahr-Papier vergleicht, also mit jenen Texten, die in den Verhandlungen zwischen Gromyko und Bahr ausgehandelt wurden, wird nicht umhin können, festzustellen, daß hier vorwiegend die sowjetische Konzeption übernommen wurde und Abweichungen noch nicht einmal zu unseren Gunsten vermerkt werden können. Sicherlich ist es verfrüht, heute bereits etwas über das Ergebnis dieser Verhandlungen zu sagen, aber wenn der Regierungssprecher von Wechmar das Gesprächsthema als „sachlich und den Schwierigkeiten angemessen" bezeichnet und wenn man aus Moskau hört, daß Walter Scheel selten so ernst und nervös gewirkt habe als in diesen Tagen, dann dürfte das ein Zeichen dafür sein, daß es bei diesem offenen Schlagabtausch recht hart zugeht.

Harte Partner

Welch harte Verhandlungspartner die Sowjets zu sein vermögen, hat bereits 15 Jahre früher Konrad Adenauer erfahren, als er mit einer ersten westdeutschen Regierungsdelegation in Moskau verhandelte. Damals begann die Krise bereits am dritten Tage und, so heißt es, Adenauer hatte bereits Weisung gegeben, sein Flugzeug wieder startklar zu machen, als die Sowjets in diesem Pokerspiel einlenkten und es dann zu der bekannten Vereinbarung kam, bei der im wesentlichen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit der Freilassung von 10 000 Kriegsgefangenen kompensiert wurde. Es heißt, daß auch schon vor Adenauers Eintreffen die Sowjets im Prinzip die Freilassung der Kriegsgefangenen vorgesehen hatten, aber dennoch wurde es eine sehr harte Verhandlung, bei der die sowjetischen Unterhändler soviel herauszuholen versuchten, als eben nur möglich war.

Die Männer, die damals auf beiden Seiten verhandelten, stehen heute nicht mehr im politischen Geschäft. Adenauer und Brentano sind tot. Chruschtschew lebt als Staatspensionär in Moskau. Ein Mann aber aus dem dritten Glied der damaligen Delegationen, Gromyko, der sozusagen damals nur zum Expertenstab gehörte, sitzt heute am Verhandlungstisch als der Vertreter der Sowjetregierung und als ein Mann, der in den letzten Jahrzehnten auf der politischen Weltbühne immer wieder in Erscheinung treten und Erfahrungen sammeln konnte. In diesen Erfahrungen auf außenpolitischem Gebiet ist er zweifelsohne seinem deutschen Gesprächspartner Scheel gegenüber überlegen, selbst dann, wenn dieser, wie man annehmen darf, inzwischen die deutsch-sowjetischen Beziehungen sehr genau studiert hat.

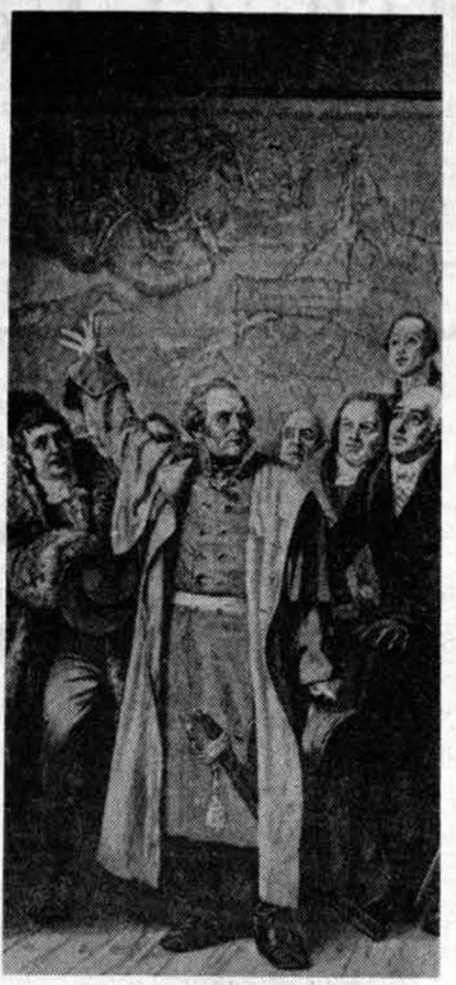
Jedermann in der Bundesrepublik — ganz gleich, auf welchem politischen Standort er sich befindet — wird für diese Verhandlungen ein Ergebnis wünschen, dem die Deutschen ungeschmälert zustimmen können. Aber es besteht die Gefahr, daß Walter Scheel im Korsett einer falsch angelegten Ostpolitik verhandeln muß, und daß durch die Absprachen zwischen Gromyko und Bahr der Verhandlungsspielraum mehr als eng geworden ist. Westliche Beobachter vertraten so z. B. bereits die Meinung, die Bundesregierung habe in ihrer Ostpolitik bei einer an sich sehr zu begrüßenden Zielsetzung mehr vertrauensseligen Eifer als nüchtern rechnendes taktisches Geschick an den Tag gelegt. Wenn, so folgern diese Kreise, den Sowjets wegen ihrer Differenzen mit Peking und aus mancherlei anderen Gründen sehr an einer dauerhaften Stabilisierung ihrer Grenzen in Europa gelegen sei, müsse die Politik der Bundesregierung diese Tatsache in ihre Berechnung einbeziehen. Moskau habe zweifelsohne die Absicht, die Lage an seiner Westgrenze und in Europa zu stabilisieren, weil, wenn das nicht der Fall wäre, bei einer Auseinandersetzung mit Peking die Russen erstmals in ihrer Geschichte mit einem Zwei-Fronten-Problem konfrontiert sein würden.

Wenn die Sowjets tatsächlich einen solch großen Wert auf einen Gewaltverzichtsvertrag legen, dann war es vermutlich nicht die geschickteste Politik, das deutsche Interesse am Abschluß eines solchen Vertrages so oft und so laut zu betonen, um so weniger, als in den der deutschen Nation besonders am Herzen liegenden Fragen wie Wiedervereinigung, Erleichterung der menschlichen Beziehungen usw. vorerst ohnehin keinerlei greifbare Ergebnisse zu erwarten sind. Bekanntlich mindert überbetontes Interesse eines Verhandlungspartners stets die Kompromißbereitschaft seines Kontrahenten und es ist schwer verständlich, weshalb man in Bonn diese uralte Weißheit nicht ausreichend berücksichtigt hat.

Sicherlich ist die Regierung Brandt davon überzeugt, mit einem deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag berechtigten nationalen Zielen zu dienen und glaubt vielleicht auch, diesen vorarbeiten zu können. Wer jedoch das Bahr-Papier genau studiert hat, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß hier die sowjetischen Interessen weit stärker gewahrt sind als etwa eine Berücksichtigung der deutschen Belange. Erschwerend kommt hier noch hinzu, daß die beiden Vertragspartner nicht die gleiche Sprache sprechen und die Sowjets unter bestimmten Formulierungen etwas ganz anderes verstehen, als es bei uns gedeutet wird.

Zweifelsohne haben die Sowjets ein Interesse an einer Besserung der Beziehungen zur Bundesrepublik. Sie erwarten handfeste Vorteile durch eine Intensivierung der Beziehungen auf wirtschaftlichem, technischem und finanziellem Gebiet. Auf diesen Gebieten ist jedenfalls das finanz- und industriestarke Westdeutschland der Umworbene und hier lag wohl einer der wenigen Angriffspunkte, in denen die politisch schwache Bundesrepublik sich ein Geben von ihren übermächtigen Gegner hätte politisch honorieren lassen können. So jedenfalls argumentiert man im westlichen Ausland.

Schon vor Eintreffen Scheels in Moskau — d. h. in den Wochen, in denen in der Bundesrepublik eine lebhafte Diskussion über das Bahr-Papier entbrannt war, mehrten sich die wirklich oder vorgeblich erstaunten und verärgerten östlichen Stimmen darüber, daß jenes Papier, über welches Gromyko und Egon Bahr mehr als 40 Stunden verhandelt hatten, nun keine verbindlich ausgehandelte Vertragsgrundlage sein soll und ebenfalls ein nicht unbedeutender Spielraum für Verhandlungen bestehen soll. Östliche Politiker und Publizisten versteiften sich darauf, daß Egon Bahr der offizielle Unterhändler des Bundeskanzlers gewesen sei, der auch ständig mit Kanzler Brandt in Kontakt gestanden und Bonn konsultiert habe. Die Sowjets hätten also angenommen, daß die Formulierungen nicht auszuhandeln gewesen wären, wenn das Einverständnis Bonns gefehlt habe. In diesen Kreisen erklärt man, Bonn habe über seinen eigenen Operationsspielraum sich im klaren sein müssen. Statt dessen müsse man nun den Eindruck gewinnen, daß mit Rücksicht auf die starke Opposition in Parlament und Volk nunmehr versucht werden solle, Abänderungen vorzunehmen, die, wenn überhaupt, von den Sowjets schwerlich in der Substanz geduldet, dafür vielleicht als eine Art Kosmetik gestattet werden.



Als die Russen mit General Yorck (unser Bild) die Konvention von Tauroggen (1813) schlossen, suchten sie ein Zweckbündnis gegen Napoleon.
Foto Ullstein

Wenn dem so wäre, müßte gefragt werden, wieso Egon Bahr dazu kam, jenes Papier zur Grundlage werden zu lassen, auf der heute Scheel in Moskau verhandeln muß. Ein Sowjetdiplomat hat mit unverhüllter Deutlichkeit der sowjetischen Auffassung Ausdruck gegeben, als er kürzlich erklärte: „Der unverrückbare Standpunkt der UdSSR hinsichtlich der deutschen Probleme ist seit langem bekannt. Hat Bonn wirklich erwartet, daß wir ihn aufgeben würden? Bahr hat uns allerdings davon überzeugt, wie starke psychologische Widerstände in Westdeutschland noch immer die Erkenntnis aufhalten, daß Hitler die Katastrophe des letzten Weltkrieges verschuldet hat und daß das deutsche Volk seine Rechnung bezahlen muß. Herr Bahr hat uns selbstverständlich von unseren Zielsetzungen nie abbringen können. Sein großer Erfolg besteht darin, daß er den Zeitplan unserer Deutschlandpolitik beträchtlich gestreckt hat."

Während das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland deren Staatsmänner und Politiker auf Wiedervereinigung verpflichtet, gehen die Sowjets davon aus, daß in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zwei deutsche Staaten entstanden sind und sie wollen eine Wiedervereinigung ebenso ausgeschlossen wissen wie die von der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Nationen angestrebte europäische Zusammenarbeit. In der FDP, der Partei, der Außenminister Scheel angehört, sind in den letzten Tagen vor der Reise ihres Parteivorsitzenden Stimmen laut geworden, die darauf dringen, daß die im Bahr-Papier festgestellte Unverletzlichkeit der Grenzen den politischen Zusammenschluß Westeuropas unter keinen Umständen behindern darf. Diese Kreise sehen in der Sicherstellung einer „europäischen Option" den eigentlichen Kardinalpunkt der Verhandlungen Scheels in Moskau, weil nur dadurch der Eindruck ausgelöscht werden könnte, daß die Sowjetunion in dem Vertrag mit Bonn ein auf die Dauer gegen den Westen allgemein gerichtetes Instrument sieht. Wenn dagegen führende SPD-Kreise die Ansicht vertreten, daß es Moskau nichts anginge, wenn Bonn zu irgendeinem späteren Zeitpunkt einer europäischen politischen Union beitreten sollte, so dürfte hierbei der von Brandt geäußerte Gedanke eine Rolle spielen, daß der politische Zusammenschluß Europas ohnehin nur ein „Problem für spätere Generationen" sei. Die in der Opposition stehende CDU/CSU vertritt dagegen die Auffassung, daß eine Entspannung in Europa eher möglich wird, wenn Westeuropa als geschlossene politische Einheit der Sowjetunion gegenübersteht. Solange dies nicht der Fall ist, spekuliert Moskau auf den Abzug der Amerikaner aus Europa und damit auf ein politisch zersplittertes Westeuropa, dessen Einzelstaaten sich u. U. gegeneinander ausspielen lassen.

Heikler Punkt

Zweifelsohne ist die Furcht der SPD, die Frage der „europäischen Option" in Moskau überhaupt anzuschneiden, im Zusammenhang damit zu sehen, daß die Sowjetregierung vor den Verhandlungen Scheels in Moskau noch nicht zu erkennen gegeben hat, wie sie auf einen solchen deutschen Vorstoß reagieren würde. Daraus wird in Bonn geschlossen, daß mit einem Einspruch Moskaus gegen eine „europäische Option" gerechnet werden muß. Wenn aber ein solcher Einspruch erfolgen würde, so könnte er einen Vertragsabschluß gefährden, wenn nicht gar unmöglich machen.

Ein weiterer heikler Punkt in den nunmehrigen Verhandlungen dürfte die Frage Berlin und die Bindung West-Berlins an die Bundesrepublik sein. Auch hier — so wollen Kenner der sowjetischen Einstellung wissen — dürften sich die Geister scheiden und es könnte sich hier eine ebensolche schwierige Situation ergeben, wie sie schon 1955, als Adenauer in Moskau verhandelte, aufgetreten ist. Es geht, wie bekannt, bei der Aufrechterhaltung des Vier-Mächte-Status für Berlin auch um sehr konkrete Interessen der drei Westmächte und falls die Sowjetregierung in dieser Frage kein Entgegenkommen zeigt, könnte bei der Behandlung dieses Punktes eine Krise der Konferenz ausgelöst werden.

Die hinter uns liegende Woche brachte nur Vermutungen. Schließlich haben Gromyko und Scheel absolute Vertraulichkeit vereinbart und die Beobachter waren nur in der Lage, aus Gesten und Andeutungen in etwa Stimmung und Verlauf des Gesprächs zu ergründen. Zweifelsohne ist es an der Zeit, das deutsch-sowjetische Verhältnis zu bereinigen. Es wird darauf ankommen, ob die Sowjets bereit sind, eine Verständigung auf der Grundlage des Rechts und des friedlichen Ausgleichs anzustreben oder aber, ob es ihnen daran gelegen ist, in einem als Vertrag getarnten Diktat das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges anerkannt zu sehen.

Wie immer auch die Verhandlungen im Spiridonow-Palast ausgehen mögen, das Ergebnis wird für die Beziehungen nicht nur zwischen den beiden beteiligten Völkern von entscheidender Bedeutung sein.



In den Verhandlungen mit Außenminister Scheel (rechts im Bild), erwarten die Sowjets die Anerkennung der nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa geschaffenen Lage: von der Inbesitznahme der baltischen Staaten, des östlichen Teils Polens bis zur Besiegelung der Teilung Deutschlands und einen besonderen Status für West-Berlin.
Foto ap

Wesentliche Hilfe für Vertriebene

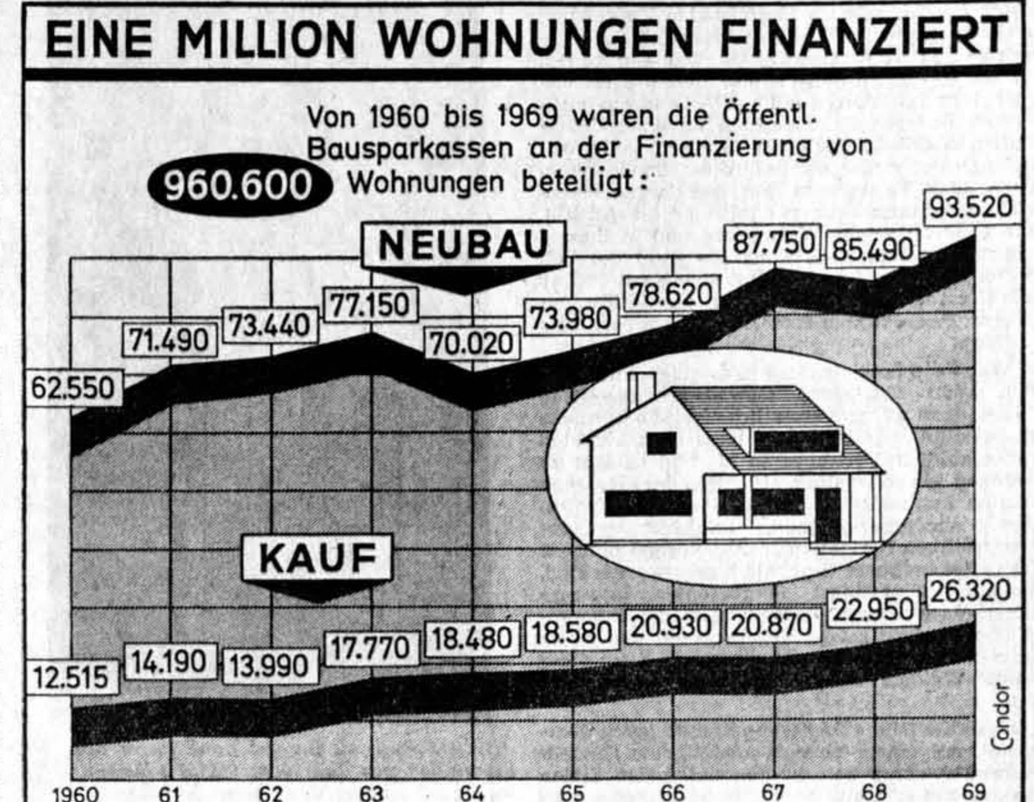
20. Jahresbericht der Lastenausgleichsbank / Von unserem Bonner LAG-Mitarbeiter

Die Lastenausgleichsbank, die am 12. Mai ihr zwanzigjähriges Bestehen feiern konnte, legte nun ihren 20. Jahresbericht vor. An die Spitze ihres Berichts stellte sie die Feststellung, daß das Geschäftsjahr 1969 durch Änderung des Lastenausgleichsbankgesetzes dem Institut die Möglichkeit brachte, auch Geschäfte für Nichtgeschädigte zu tätigen. Die Ausweitung des Tätigkeitsbereiches ist eine Anerkennung für bisherige beachtliche Leistungen.

Die Lastenausgleichsbank stellte aufgrund ihrer Beobachtungen fest, daß sich die aus Mitteln des Ausgleichfonds und im Rahmen der Kreditprogramme der Bank geförderten Unternehmen im Klima des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegszeit dank der Energie, Anpassungsfähigkeit und bemerkenswerten Aufbauleistung ihrer Inhaber allgemein gut entwickelt haben. Dazu war die Bereitstellung mittel- und langfristiger zinsgünstiger Kredite bei mäßigen Sicherheitsforderung Voraussetzung. Noch immer mangelt es aber vielen dieser Unternehmen an ausreichendem Eigenkapital. Deshalb ist auch ihre Finanzierungsfähigkeit für Neuinvestitionen noch sehr beschränkt. Neben der begrenzten Zinsbelastbarkeit stehen auch Absicherungsschwierigkeiten der Aufnahme bankühlicher Kredite entgegen.

Der anhaltende Arbeitskräftemangel, die rasch fortschreitende technische Entwicklung in der verarbeitenden Industrie und die tiefgreifenden Veränderungen in der Nachfragestruktur für die Dienstleistungen des Handwerks und Handels erfordern allgemein, insbesondere jedoch bei den noch nicht gefestigten Geschädigtenunternehmen, die Durchführung umfangreicher Rationalisierungs-, Erneuerungs- und Umstellungs-Investitionen; von ihnen ist die Weiterentwicklung und letztlich der Bestand dieser Betriebe abhängig. Sie sind daher auch jetzt noch auf die Kredithilfen der Bank angewiesen, um am allgemeinen Wirtschaftswachstum künftig weiter teilnehmen zu können. Die Fortführung der bewährten Kredit- und Bürgschaftsprogramme für Geschädigte erscheint deshalb für eine gewissen Zeitraum noch geboten, damit dem bisher erreichten sichtbaren Erfolg dieser Förderungsmaßnahmen auch Dauer verliehen wird.

Im Rahmen ihres eigenen Kreditgeschäfts (Investitionskredite, Betriebsmittelkredite usw.) hat die Bank bis Ende 1969 insgesamt 58 000 Darlehen mit 2,2 Milliarden DM gewährt oder verbürgt. Innerhalb der Geschäfte für das Bundesausgleichsamt zahlte sie insgesamt rund 1,5 Millionen Darlehen im Btrag von rund 9,2 Milliarden DM aus, die von den Ausgleichsbehörden bewilligt und von der Lastenausgleichsbank zentral verwaltet werden. Am Kapitalmarkt hat die Bank mittels Anleihen, Kassenobligationen und Schuldscheindarlehen rund 5,5 Milliarden D-Mark aufgenommen und vorwiegend dem Bundesausgleichsamt zur Vorfinanzierung des Lastenausgleichs zur Verfügung gestellt.



Obwohl der Wohnungsbau der öffentlichen Hand wegen der überhöhten Preise im Bausektor erheblich nachgelassen hat, sind die Aufträge von privater Seite nicht zurückgegangen. Es ist im Gegenteil sogar eine leichte Zunahme von privaten Bauten und vor allem von Eigenheimen zu verzeichnen. Jede fünfte Wohnung, die 1969 fertiggestellt wurde, haben die Öffentlichen und Landesbausparkassen der Bundesrepublik mitfinanziert. Zu den 93 520 Neubauten (darunter mehr als 50 Prozent Eigenheime) kommen 26 320 Käufe mit Hilfe der öffentlichen Bausparkassen, so daß 1969 insgesamt fast 120 000 Familien dem Mieter-Dasein Lebewohl sagen konnten. In den sechziger Jahren insgesamt wirkten die „Bausparkassen der Sparkassen" an der Finanzierung von fast einer Million Wohnungen mit. Nach wie vor erfreut sich das Eigenheim größter Beliebtheit, doch mehr und mehr Raum nimmt auch die Eigentumswohnung in der Statistik ein. 1969 war bereits jedes achte mitfinanzierte Objekt eine Eigentumswohnung. Die Bauspar-Begeisterung der Bundesbürger hält unvermindert an; allein im 1. Halbjahr 1970 wurden mehr als eine Viertelmillion neuer Verträge abgeschlossen. Schaubild Condor

Wichtig! Bitte ausschneiden und aufheben

Keine Rentenminderung durch Kriegsereignisse



Ulrich Hagen Schmidt: Nachweis auch bei Unterlagen-Verlust

Während der Zeit vom 5. Februar 1940 bis zum 8. September 1946 war der Versicherte zum Kriegsdienst eingezogen und anschließend in englischer Kriegsgefangenschaft. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft nahm er wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung auf und entrichtete vom 1. November 1946 bis zum 31. Dezember 1956 (Stichtag für die Berechnung der pauschalen Ausfallzeit) für insgesamt 119 Monate Pflichtbeiträge. Vom Eintritt in die Versicherung bis zum 31. Dezember 1956 sind für ihn nunmehr insgesamt 359 Monate an Beiträgen und Ersatzzeiten nachgewiesen. Da sich die pauschale Ausfallzeit zum Ziel macht, alle nicht durch Beiträge, Ersatzzeiten oder nachgewiesene Ausfallzeiten belegten Zeiten abzugelten, tritt an die Stelle des ersten nachgewiesenen Beitrags die Vollendung des 16. Lebensjahres, falls vor diesem Zeitpunkt nicht bereits ein Beitrag entrichtet ist. In dem vorliegenden Falle ist der Versicherte am 7. Juli 1907 geboren; für die Berechnung der pauschalen Ausfallzeit ist daher der 7. Juli 1923 maßgeblich.

Die Berechnungen ergeben, daß von diesem Zeitpunkt an bis zum 31. Dezember 1956 das Versicherungsverhältnis eine Lücke von 43 Monaten ausweist. Hierin sind die durch die Kürzung eingetretenen 29 Fehlmonate enthalten.

Die Berechnung der pauschalen Ausfallzeit ergibt, daß dem Versicherten zu den übrigen Beitrags- und Ersatzzeiten insgesamt 39 Monate pauschale Ausfallzeiten anzurechnen sind. Hieraus ist erkenntlich, daß die Kürzung kein Verlust an Versicherungszeiten erbringt!

Nicht unter die Kürzungsbestimmungen fallen Beitragszeiten freiwillig Versicherter. Die VuVO sagt hierzu, daß bei freiwillig Versicherten, die nach den früheren gesetzlichen Vorschriften zur Erhaltung der Anwartschaft (gilt nur bis zum 31. Dezember 1956) eine bestimmte Anzahl von Beiträgen zu entrichten hatten, zu vermuten ist, daß auch solche Beiträge entrichtet worden sind.

Diese vom Gesetzgeber ausgesprochene Vermutung beruht auf der Erfahrung, daß ein freiwillig Versicherter auch nur die erforderlichen Beiträge zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft entrichtet hat. So mußten z. B. in der Arbeiterrentenversicherung (Invalidenversicherung) bis zum 31. Dezember 1937 für jedes Kalenderjahr 10 Wochenbeiträge, vom 1. Januar 1938 an je 26 Wochenbeiträge entrichtet werden.

Sind jedoch von einem freiwillig Versicherten mehr als nur die durch Gesetz geforderten Mindestbeiträge entrichtet worden, kann die Vermutung durch den Beweis des Gegenteils widerlegt werden. Der Beweis kann jedoch nur durch die Vorlage von Aufrechnungsbescheinigungen erbracht werden.

Tabellen bringen Entscheidung

Die durch die Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze im Jahr 1957 neugeordnete Berechnung der Renten brachte einschneidende Änderungen mit dem Ziel, die Rentenleistung nach dem persönlichen Beitragsaufkommen (und damit nach dem jeweils erzielten Entgelt) zu gestalten und diese Beitragsleistung und Entgelte in das Verhältnis zu allen versicherten Personen zu stellen.

Vielfach ist die Rede von der sogenannten „Rentenformel", die sich zusammensetzt aus

1. der allgemeinen Bemessungsgrundlage
2. der persönlichen Bemessungsgrundlage
3. der Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre
4. dem Steigerungssatz der einzelnen Rentenart.

Während die Punkte 1., 3. und 4. auch bei der Feststellung der Rente in den Fällen des Verlustes von Versicherungsunterlagen übernommen werden können, hängt die Entscheidung über die Höhe der persönlichen Bemessungsgrundlage (und somit auch über die Höhe der zukünftigen Rente) wesentlich von einer richtigen Einstufung in die entsprechenden Leistungsgruppen der zur VuVO geschaffenen Tabellen ab.

Diese Tabellen kommen in all den Fällen zur Anwendung, in denen die ursprüngliche Beitragsleistung auf Grund nicht vorhandener Aufrechnungsbescheinigungen nicht nachgewiesen werden kann.

Wird fortgesetzt

Neuer Geschäftsführer des Bauernverbandes der Vertriebenen

Am 1. Juni hat Ministerialrat a. D. Siegfried Palmer die Geschäftsführung des Bauernverbandes der Vertriebenen in Bonn übernommen. Palmer hatte bis zur Erreichung der Altersgrenze in der Vertriebenenabteilung des Bundesinnenministeriums Fragen der landwirtschaftlichen Eingliederung bearbeitet. Er gilt als ein überragender Fachmann auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Unser Mitarbeiter Walter Haack im Bundeshaus steht in diesen Fragen in einem engen Kontakt mit dem Verband.

Der bisherige Geschäftsführer dieses Verbandes, Landsmann Freiherr von Schrötter, ist nach einem aktiven Einsatz für seine Bauern und die aus der Landwirtschaft stammenden Geschädigten, die er seit Kriegsende betreute, aus dem aktiven Verbandsleben ausgeschieden.

Recht im Alltag

Arbeits- und Sozialrecht

Entstehen durch die Tätigkeit des Betriebsrats Kosten, so trägt diese nach § 39 Betriebsverfassungsgesetz der Arbeitgeber. Unter diese Vorschrift fallen nach einem Urteil des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf/Köln jedoch nicht solche Kosten, die ein Arbeitnehmer aufwendet, um außerhalb seiner normalen Arbeitszeit zu Betriebsratssitzungen zu fahren. Eine Ersatzpflicht des Arbeitgebers könne nur insoweit gegeben sein, als dem Betriebsratsmitglied durch seine Tätigkeit keine Vor- und Nachteile entstehen dürfen. (LArbG Düsseldorf/Köln — 12 Sa 391/68) **N. P.**

Auch wer telefonisch einen Arbeitsvertrag abschließt, ist daran gebunden, wenn über Gehalt, Urlaub, Arbeitszeit und Beschäftigungsart Einigung erzielt wurde. Dies entschied das Landesarbeitsgericht Frankfurt gegen eine Sekretärin, die nach telefonischem Vertragsabschluß ihre Arbeit nicht angetreten hatte. Sie wurde zum Ersatz der Kosten verurteilt, die der Firma durch die Anstellung einer teuren Aushilfssekretärin für die Übergangszeit entstanden waren. (LArbG Frankfurt — 6 SA 48/69) **N. P.**

Gelegenheitsgeschenke sind Zuwendungen, bei denen der Gedanke im Vordergrund steht, dem Arbeitnehmer eine persönliche Aufmerksamkeit zu erweisen oder ihn zu ehren. Es kommt im wesentlichen darauf an, daß die Zuwendungen aus einem besonderen persönlichen Anlaß gegeben werden. Bei der Abgrenzung solcher steuerfreien Gelegenheitsgeschenke vom steuerpflichtigen Arbeitslohn ist eine allzu enge Auslegung nicht angebracht. Sachzuwendungen werden mehr und mehr durch Barzuwendungen verdrängt, weil der Arbeitgeber es dem Arbeitnehmer überlassen will, sich die Dinge zu beschaffen, die ihm eine besondere Freude bereiten. Der Bundesfinanzhof hat Geldzuwendungen bis zu 200,— DM, die den Arbeitnehmern aus Anlaß ihrer Silberhochzeit gewährt worden waren, noch als Gelegenheitsgeschenke angesehen (Urteil vom 11. 5. 1966). Zu den steuerfreien Gelegenheitsgeschenken können auch Zuwendungen an einen Arbeitnehmer rechnen, die ihm nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit beim Eintritt in den Ruhestand gewährt werden (Bundesfinanzhof, Urteil vom 2. 10. 1968 — VI R 79/68). **A. S.**

Kraftfahrzeugrecht

Beim Aussteigen aus einem Postbus riß sich ein vierjähriges Kind von der Hand der Tante los, um zu seinem Vater auf der anderen Straßenseite zu laufen. Dabei geriet es unter ein Auto, das im Abstand von einem Meter und mit einer Geschwindigkeit von 40 km/st am Bus vorbeifuhr. Das Kind wurde erheblich verletzt. Während die Vorinstanzen dem Kind wegen grob verkehrswidrigen Verhaltens nur die Hälfte des Schadens als Ersatz zubilligten, verurteilte der Bundesgerichtshof die Versicherung des Fahrers zum vollen Schadensersatz. Gegenüber der Verantwortung des Fahrers sei die Unaufmerksamkeit des Kindes so gering gewesen, daß sie praktisch nicht ins Gewicht falle. Außerdem sei es gerade Sinn der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Haftpflichtversicherung für Kraftfahrer die Ersatzansprüche von Verkehrsopfern und besonders von verletzten Kindern sicherzustellen. (BGH — VI ZR 15/68) **N. P.**

Wer beim Verlassen seines Kraftfahrzeugs den zweiten Zündschlüssel im unverschlossenen Handschuhfach liegen läßt, handelt selbst dann grob fahrlässig, wenn das parkende Fahrzeug abgeschlossen ist. Nach einem Urteil des Oberlandesgerichts München darf man bei der großen Zahl von Kraftfahrzeugdiebstählen erwarten, daß die Autofahrer ihren Zweitschlüssel stets bei sich tragen oder zu Hause aufbewahren. (OLG Nürnberg — 4 U 34/64)

Wichtig für den Rentenantrag

Haben Sie daran gedacht ...

... daß Ihre Rentenunterlagen unbedingt in Ordnung gebracht werden müssen, bevor ein Rentenantrag gestellt wird?

Noch können Sie, eventuell über die Heimatortskarteien, Zeugen ermitteln. In einigen Jahren leben diese vielleicht nicht mehr und Sie können frühere Beschäftigungszeiten nicht mehr nachweisen. Am besten noch heute an das zuständige Versicherungsamt wegen Wiederherstellung verlorener Versicherungsunterlagen schreiben.

Die hier genannten Dienststellen können wegen Beschaffung von Personalunterlagen der ehemaligen deutschen Wehrmacht angeschrieben werden:

Bundesarchiv-Zentralnachweisstelle, 5106 Kornelimünster, Kreis Aachen. a) Zusammenführung, Registrierung und Lagerung der im Gebiet der Bundesrepublik anfallenden Personalunterlagen aller Angehörigen des ehemaligen deutschen Heeres und der Luftwaffe und deren Gefolgschaftsmitglieder. b) Aufbewahrung der von den Alliierten zurückgegebenen Personalunterlagen des ehemaligen Heeres und der Luftwaffe.

Deutsche Dienststelle, 1 Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 167—209. a) Aufbewahrung des Erkennungsmarkenverzeichnisses der Angehörigen aller drei Wehrmachtsteile der ehemaligen deutschen Wehrmacht einschließlich Gefolgschaftsmitglieder. b) Aufbewahrung der Personalunterlagen der Angehörigen der ehemaligen Kriegsmarine.

Wehrmachtsversorgungsstelle des Landes Nordrhein/Westfalen, 4 Düsseldorf. Aufbewahrung der Personalunterlagen des 100 000-Mann-Heeres (Reichswehr).

Krankenbuchlager, 1 Berlin-Schöneberg, General-Pape-Straße. Aufbewahrung von Krankenblättern der ehemaligen Wehrmacht.

Berliner Hauptarchiv, 1 Berlin-Dahlem, Archivstraße 12—14. Aufbewahrung von Tauregistern usw. der deutschen Ostgebiete, aus denen Dienstgrad und ehemaliger Truppenteil zu ersehen sind.

Heimkehrerlager 3403 Friedland bei Göttingen. Ausstellung von Zweitschriften verlorener Entlassungsscheine D 2 aus ehemaliger Kriegsgefangenschaft.

Bayr. Hauptstaatsarchiv, 8 München 19, Leonrodstraße 57, Lagerung von Personalunterlagen der Angehörigen der ehemaligen Königl. Bayr. Armee.

Bundesministerium der Verteidigung, 53 Bonn, Ermekeilstraße 27. Personalunterlagen der ehemaligen deutschen Wehrmacht der im Bundeswehrdienst stehenden Offiziere des Heeres und der Luftwaffe. **W. H.**

Ein Sträußchen Thymian

Erzählung von Herta Brückner

An diesem sonnendurchglühten Tag dufteten die Linden besonders stark. Frau Buchholz erinnert sich, daß sie damals genau so geduftet hatten, damals an ihrem Hochzeitstag. Die Kinder hatten ihr eine Schale mit blühendem Feldthymian gebracht. Sinnend steht Mutter vor dem hübschen Gesteck, das sie auf die handgewebte Decke mit dem gelben Zwiebelmuster gestellt hat. Das ist noch eine Decke aus ihrer Mutter Aussteuer, und darauf liegt das alte ostpreußische Gesangbuch. Die Deckel sind mit Elfenbein eingelegt, die Ränder goldgefaßt, und von dem hellen Grund hebt sich ein schmales goldenes Kreuz ab.

„Mutti, du wolltest uns doch mal die Geschichte erzählen — du weißt schon!"

Frau Buchholz sieht ihre Älteste lächelnd an: „Ja, ich glaube, jetzt könntet ihr die Geschichte verstehen. Und ihr habt ja auch ein Recht darauf."

*

Abends sitzen sie auf dem Balkon. Es ist ganz still rundum, nur in den Linden ist manchmal noch ein Vogellaut zu hören. Und Mutter erzählt . . .

. . . Ich sehe noch alles so deutlich vor mir: unser Hof zu Hause, die von wildem Wein umrankte Veranda, der Vorgarten, die Jasminhecke, die großen Ställe, die lange Scheune mit dem Storchennest. In der Scheune haben wir als Kinder oft Verstecken gespielt, in dem großen Garten konnte man so richtig herumtollen. Unten am Teich stand ein alter Weidenbusch mit einer kleinen Bank darunter. Da saß Großmutter gern, wenn sie die ersten Entchen mit der Glucke an das Wasser gebracht hatte. Manchmal holte sie sich aus den Blumenbeeten ein bißchen Lavendel. Am liebsten aber ein Sträußchen Thymian, das sie in eine Vase stellte, neben das alte Gesangbuch auf der Kommode.

Auf der Gartenbank saßen wir manchen Abend und horchten hinein in die Stille; vom Dorf her klang manchmal eine Ziehharmonika.

*

In den Sommerferien hatten wir eigentlich immer Gäste. Ein entfernter Verwandter besuchte uns mit seiner Familie, wir nahmen seinen Jungen in die Gemeinschaft von Geschwistern und Spielgefährten auf. Reinhart war kein Spielverderber; er war ein wunderbarer Kamerad. Er wußte immer Rat, wenn bei unseren Spielen irgend ein Mißgeschick passierte. Alles wurde wieder ins Lot gebracht, ohne daß wir die Eltern groß behelligten. Reinhart war besonnen und gelassen; die Eltern wußten uns in guter Hut.

Als ich beinahe Erwachsen war, schrieb er aus seiner Heimatstadt: Im Sommer wolle er wieder kommen, diesmal ohne Eltern. Er kam. Wir waren unzertrennlich, soweit Reinhart mit Vater und den Leuten nicht draußen bei der Arbeit war. In diesen Ferien besuchte uns auch einer meiner Vettern aus Berlin. Er war ein wenig jünger als Reinhart, hatte aber ein fast weltmännisches Auftreten, das mir mächtig imponierte. Ich stellte Vergleiche an, bei denen Reinhart nicht gut abschnitt.

Walter hänselte Reinhart manchmal, nannte ihn Oberkutscher und Mistakademiker, und Reinhart stand dann da, als ob er nicht bis drei zählen könne. Daß es seine Anständigkeit war, die ihn nicht in derselben Weise antworten ließ, ging mir damals nicht auf. Als mir Reinhart dann eines Abends sagte: „Du bist wohl verliebt in den Lackaffen", war ich gekränkt und drehte ihm den Rücken.

Das Zerwürfnis wurde von den anderen kaum bemerkt. Nur Großmutter fragte mich einmal: „Hellachen, was ist denn dem Reinhart in die Krone gefahren?"

Ich zuckte nur die Achseln. Auch Mutter schien etwas zu ahnen, denn sie sah mich lächelnd über die Schulter an und sagte: „Geh, mein Kind, bring dem Vater und Reinhart mal das Kleinmittag aufs Feld!"

*

So verging die kostbare Ferienzeit. An einem der letzten Tage sollten ein paar Sack Weizen zur Mühle gebracht werden. Walter erbot sich, zu fahren.

Es war ein herrlicher Sommermorgen. Zu beiden Seiten des Weges wogten die reifenden Kornfelder, Klatschmohn leuchtete rot, und der Himmel war strahlend blau. Ich hatte ein helles Kleid an und war vergnügt und ausgelassen. Walter war aber auch ein Tausendsassa. Er machte manchen Spaß, erzählte tolle Erlebnisse. Wenn er auch ein bißchen angab — wir lachten doch viel und waren bester Laune.

In der Mühle lieferten wir unsere Weizensäcke ab und fuhren langsam durch den schönen Morgen wieder zurück. Walter hielt die Zügel lässig und saß auf dem Bock wie ein König auf dem Thron. Als wir an unserem kleinen Bahnhof die Geleise passiert hatten, gingen die Schranken hinter uns herunter und gleich darauf brauste ein D-Zug vorüber.

In diesem Augenblick scheuten unsere jungen Braunen und fielen in wilden Galopp. Der Weg war ziemlich aufgefahren, und der leichte Wagen schleuderte hin und her. Statt die Zügel fester zu ziehen, ließ Walter sie plötzlich fallen und sprang aus dem Wagen; da an der Wegseite dichter, hoher Klee stand, fiel er wahrscheinlich nicht einmal hart. Ich versuchte in meinem Schrecken, die Zügel zu greifen; wir waren in der Nähe unseres Gehöftes. Dann sah ich Reinhart uns entgegenlaufen. Er stellte sich den Pferden entgegen, warf sich in die Zügel und brachte die aufgeregten Braunen zum Stehen. Dann stieg er zu mir in den Wagen und fuhr bis auf den Hof. Er schirrte die Pferde aus, während ich vom Wagen kletterte und ihm kurz erzählte, was geschehen war. Er sagte nichts, brachte nur die Pferde in den Stall.

Schmutzig, aber unversehrt, kam Walter eine Weile später nach Hause. Wir sprachen kein Wort über den Vorfall. Aber ich war geheilt von meiner Bewunderung für Walter. Nur — wie konnte ich es Reinhart sagen? In meinem dummen Trotz ging ich in mein Zimmer und heulte mich gründlich aus.

Am nächsten Morgen mußte Reinhart abfahren. Wir hatten uns nach dem Abendbrot verabschiedet. Ich schützte Kopfschmerzen vor und ließ mich nicht mehr sehen. Als ich am Morgen herunterkam, war er schon fort. Walter reiste auch in den nächsten Tagen ab, von mir ziemlich kühl verabschiedet.

So hatte ich beide Freundchaften verspielt. Tat mir die Sache mit Walter auch nicht mehr leid, so schmerzte es doch, mit Reinhart so auseinander gegangen zu sein.

Wer beschreibt mein Erstaunen, meine Freude, als nach einiger Zeit ein Brief von Reinhart kam! Darin bedankte er sich für ein Thymiansträußchen, das er am Abend vor seiner Abreise auf unserer Bank am Teich gefunden habe. Er habe es als ein Zeichen genommen, daß alles zwischen uns sei wie früher. Ich war so glücklich! Ich wußte zwar nichts von dem Strauß, erwähnte aber auch nichts davon und schrieb ihm in dem alten freundschaftlichen Ton zurück.

Als wir uns nach einem Jahr wiedersahen, fragte Reinhart, ob wir nun aufeinander warten wollten, bis er mit seiner Ausbildung als Lehrer fertig wäre. Das wollte ich von Herzen gern, und so sind wir nach dieser Zeit ein glückliches Paar geworden.

Ja, und mit dem Thymianstrauß war es so: Großmutter hatte ihn auf die Bank gelegt und später vergessen. Sie hatte abends noch ein Weilchen am Weidenbusch gesessen, um die Abendkühle zu genießen. Dann war Reinhart gekommen, um still für sich Abschied zu nehmen. Er hatte gehofft, mich dort anzutreffen. Er hatte das Sträußchen gefunden, es an sich genommen und war froh gewesen, wieder mit mir versöhnt zu sein.

Später habe ich ihm den kleinen Irrtum erklärt. Da hat er gelacht und gemeint, das wäre wohl ein Wink des Schicksals gewesen.

Als wir später als glückstrahlendes Brautpaar vor Großmutter standen und ihr erzählten, welche Zauberkraft ihr Sträußchen entfaltet hatte, leuchtete ihr freundliches Altfrauengesicht wie die liebe Sonne, sie zupfte mich am Ohr: „Siehst, Hellachen, ist doch ein wahres Sprichwort: Dat Ole ös good to behole!" Ich wurde rot bis unter die Haarwurzeln. Ob sie nun die altmodischen Kräuter oder etwas anderes gemeint hatte — ich habe nicht zu fragen gewagt.

Das Sträußchen Thymian blieb uns ein gutes Symbol. Großmutter verehrten wir mehr als je, und als sie von uns ging, haben wir ihr ein solches Sträußchen mitgegeben. Ihr Gesangbuch habe ich geerbt, und es ist mir aus all dem Erleben ein Vermächtnis und ein kostbares Andenken . . .

Rosemarie und Elke haben still zugehört. Dann sagte Rosemarie leise:

„Mutti, was habt ihr doch für eine reiche Jugend gehabt. Das Wort Heimat kann ich jetzt erst richtig verstehen . . ."



Unter Birken am See bei Rydzewen (Rotwalde)

Einfahren vom Sommergetreide in Jakunowken

Fotos: Rimmeck

Margarete Haslinger 80 Jahre alt

Seit dem Erscheinen des Ostpreußenblattes ist Margarete Haslinger ständige Mitarbeiterin und unseren Leserinnen und Lesern vor allem durch ihre Aufsätze auf der Frauenseite bekannt. Margarete Haslinger begeht in diesen Tagen, am Donnerstag, 6. August, ihren 80. Geburtstag; sie befindet sich zur Zeit auf Reisen.

Eine ausführliche Würdigung des Lebenswerkes von Margarete Haslinger bringen wir in der nächsten Folge des Ostpreußenblattes auf der Frauenseite.

Sein Herz gehörte Königsberg

Bogumil Goltz — ein heute fast vergessener ostpreußischer Schriftsteller

Wer kennt heute noch Bogumil Goltz? Nur sehr wenige werden es sein, denen der Name dieses ostdeutschen, einst in allen deutschen Landen wohlbekannten Schriftstellers ein Begriff ist. Im Jahre 1801 war er geboren in dem damals für ein paar Jahre preußischen Warschau, aber in jungen Jahren kam er nach Königsberg, und dieser Stadt mit ihrer Umgebung gehörte zeit seines Lebens sein Herz.

Sehr bekannt war in früheren Zeiten sein 1847 erschienenes „Buch der Kindheit", das einen starken Erfolg bedeutete und bis 1905 immerhin fünf Auflagen erlebte — dann war es zu Unrecht vergessen. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß ein bedeutender Verlag in einer Volksbuch-Reihe wertvoller Lebenserinnerungen auch Bogumil Goltz neu herausgebracht hat. Diese Erinnerungen an eine glückliche Kindheit sind anders angelegt als etwa Louis Passarges „Ostpreußisches Jugendleben". Sie enthalten keine fortlaufende Schilderung, sondern bestehen aus einzelnen thematisch gegliederten Stücken, in denen auch Naturschilderungen, Betrachtungen, Porträts eine große Rolle spielen, und sie vermiteln eine mit scharfer Beobachtungsgabe gesehene versunkene Welt, aus der es sich schon lohnt, dies oder jenes herauszugreifen. Insbesondere mag es das sein, was sich auf das damalige Königsberg bezieht, dem immer wieder seine tiefe Sehnsucht gilt, es schwebt ihm auch später immer wieder vor wie ein verlorenes Paradies.

Einfache Erziehung

Bogumil Goltz war, wie aus seinen Erinnerungen sehr deutlich hervorgeht, ebenso wie der aus Danzig stammende große Philosoph Schopenhauer, ein „Vaterkind", die Mutter tritt wenig in Erscheinung. Die Erziehung der Kinder ist damals einfach und streng. Der Vater, in Warschau Direktor des Stadtgerichts, gleichzeitig Rechtsanwalt und Notar, huldigt altpreußisch-patriarchalischen Grundsätzen, er redet z. B. alle jüngeren Leute mit „Du" und „meine Jungchen" an. Auch in gut-bürgerlichen, keineswegs ärmlichen Familien, wie bei den Goltzen, sind die Gabentische unter dem Weihnachtsbaum keineswegs üppig besetzt. Da gibt es für die kleineren Kinder als Hauptgeschenk ein karmesinrot oder grasgrün lackiertes Steckenpferd, dazu vielleicht noch ein Dutzend Bleisoldaten und eine Pfennig-Trompete. Wer einen Tuschkasten, eine Trommel oder gar eine Noah-Arche mit Tieren von der überschwenglichen Großmut des Heiligen Christ erwischte, der empfand den Himmel auf Erden. Ebenso einfach war der bunte Teller mit ein paar Pfefferkuchen, Rosinen und wenigen Stückchen Marzipan. Am Anzug waren das Prunkstück große blanke Knöpfe, an den Füßen verliehen kleine Schaftstiefel mit starken Hufeisen unter den Absätzen, „ein unabdingbares Gefühl von Tüchtigkeit, Kraft und Solidität". Allerdings waren diese massiven Hufeisen nicht überall am Platze, und als der kleine „Bugusch" einmal mit seinem Vater auf einem Schloß mit Parkettboden zu Besuch weilte, bekam er von seinem Vater zu hören: „Nun geh Er Schafzagel endlich beiseite und trample hier nicht zu viel im Saale herum, Er wird noch hinfallen mit seinen dummen Absätzen!" Mäntel und Kopfbedeckung gab es für Kinder so gut wie gar nicht.

Unter vielen andern Vorschriften für das Benehmen wurden die Kinder strengstens angehalten, sich auch dem damals noch sehr zahlreichen Hauspersonal gegenüber stets artig und bescheiden zu benehmen. Ein für allemal sollten sie empfinden, daß sie nirgends irgendeinem Erwachsenen gegenüber gleich stünden.

Als Preußen im Jahre 1807 nach dem Tilsiter Frieden Warschau räumen mußte, reiste die Familie Goltz, die nun außer der Stellung des Vaters ein kleines Landgut bei Warschau verloren hatte, nach Königsberg. Es ist Frühlingszeit, jener kühle ostpreußische Frühling, von dem ein älterer Bruder Bogumils behauptete, in dieser Jahreszeit könnten in Ostpreußen auch die Nachtigallen nur mit wollenen Strümpfen auftreten. Neun Tage dauert die Fahrt, und jeder Reisetag beginnt um 5 Uhr morgens und endet bei Sonnenuntergang. Der Königsberger Frachtfuhrmann, der seinen stolzen Rössern mehr Sorgfalt angedeihen läßt als seinen Fahrgästen, ist zugleich Spediteur und Reiseführer Nach der Ankunft in Königsberg, dessen an Türmen so reiche Silhouette in dem siebenjährigen Jungen helles Entzücken auslöst, nimmt der Fuhrmann in echt ostpreußischer Gastfreundschaft die ganze Familie in seiner Wohnung so lange auf, bis man ein passendes Quartier gefunden hat: es lag dann in der Vorderen Vorstadt, dicht nben dem Gasthof „Zum schwarzen Roß", und wenn die Erinnerung nicht täuscht, bestand ein Gasthof dieses Namens dort noch vor dem Ersten Weltkrieg.

Das „Schwarze Roß" war mit seiner weitläufigen Ausspannung ein Gasthof für Landbewohner und Fuhrleute und spielt nun eine große Rolle im Leben des mit recht offenen Augen begabten Knaben. Da ist zunächst der „Herbergsvater" in seinem „unverwüstlichen Gleichmut, in dem unveränderten Komfort eines bequemen Hausrocks, das Samtkäppchen auf dem Kopf, Fantoffeln an den Füßen und im Munde die nie ausgehende lange Pfeife, nicht zu vergessen die Tabakdose sowie die alten und neuen Redensarten, die er zugleich mit der Prise immer wieder an den Mann bringt". Im Gegensatz zu ihm die Wirtin, „ruhig, geschäftig, überall rasch und frisch, an ihrem Leibe proper und fest, die um sich herum alles abwischt, abkehrt, alles zurecht stellt, voller Genugtuung darüber, daß sie das Hausregiment führt. Immer wieder greift sie hinein in die unter der Schürze umgebundene Geldtasche und vergißt dabei auch nicht, manchmal den Spiegel zu befragen".

Manches, was auch wir im Westen immer wieder vermissen, fällt dem aus dem tiefsten Binnenlande kommenden Jungen sofort besonders auf: der vor allem am Morgen und Abend über die Stadt hinstreichende, erfrischende leichte Ostseewind, das Leben und Treiben auf den Schiffen am Hafen, die vielen Kontraste in der großen Stadt, an deren Ränder das Landleben so stark heranrückt, daß die Vorstädte das Aussehen ganz stiller Landstädte haben. Zur nahen Habergerger Kirche ziehen am Sonntag große Scharen, die Frauen mit einem Sträußchen aus Tannengrün neben dem dicken Gesangbuch in der Hand. Mit zerhackten kleinen Tannenzweigen werden im Winter am Sonntag auch die Gänge in der Kirche und die Wohnungen ausgestreut, im Sommer tritt dann der Kalmus aus den Pregelwiesen an deren Stelle. Kommt die Osterzeit heran und schmelzen die Berge von Schnee, die in den meisten Straßen so hoch waren, daß zwischen ihren aufgeschaufelten Wällen nur ein schmaler Hohlweg für Fuhrwerke und Menschen übrig blieb, dann bildete das Wasser aus den Rinnsteinen sprudelnde Bäche. Die Gassen wurden überflutet, und niemand fand auf den Mittelsteinen einen wasserfreien Weg. „Alle Welt mußte im Wasser umherkutschieren, umherstiefeln und fortplantschen." Für die Kinder sicher ein Hauptspaß.

Die Zeit kam heran, die für den kleinen Bugusch den Beginn der Schule bedeutete. In Frage kam wegen ihrer Nähe nur die Hospitalschule auf dem Haberberg. Dort residierte als Schulmonarch ein alter Kantor, glücklicherweise war er ein rechter Kinderfreund, und der für Schulzimmer vorgeschriebene Ochsenziemer hing über der Rechentafel weit mehr zur Abschreckung als zum wohltätigen Gebrauch. Nicht überall in den deutschen Schulen ging es damals so milde zu,



Bogumil Goltz
Foto: Staatsbibliothek, Bildarchiv (Handke)

denn ein Zeitgenosse Goltzens schreibt in seinen Jugenderinnerungen aus den gleichen Jahren: „In den Schulen galt das Prügeln als Hauptsache der Erziehung, und je mehr Geschrei aus der Schulstube erschallte, um so besser tat der Schulmeister seine Pflicht und um so besser war die Schule. Ob Junge oder Mädchen, das machte beim Prügeln nicht den geringsten Unterschied." Unter den kleinen Jungen herrschte ein reger Tauschhandel mit Frühstücksbrot, Obst und anderen Lebensmitteln, aber mehr noch mit blanken Knöpfen, sowie Muscheln mit Wasserfarben und Bildern. Besonders zur Weihnachtszeit waren die auf rotem Grund mit goldenen Buchstaben und Blumenkränzen bedruckten Weihnachtswünsche ein begehrtes Tauschobjekt. Aber es gab in dieser Schule trotz aller Freundlichkeit auch heute nicht mehr bekannte Strafen. Goltz spricht von langem Hinknien und Hungern. Nach guter alter Sitte war die Bibel das Hauptbuch beim Unterricht, und da sich der kleine Bogumil schon früh für Naturgeschichte interessierte, so konnte er die Schöpfungsberichte aus dem ersten Buch Moses bald völlig auswendig.

Ein Lieblingsspielplatz für die Jugend der Vorderen Vorstadt war der an der Haberberger Kirche liegende Friedhof. „Mich verdroß es eben nicht", schreibt Goltz, „wenn meine Kameraden auf den alten Leichensteinen allerlei Spielwerk trieben, denn es war gar zu hübsch, wenn man so mit Knöpfen, mit runden Feuersteinkieseln oder mit Stückchen einer Messerklinge an den geräumigen alten Steinplatten herumhantieren konnte." In der späteren Zeit des unglücklichen Franzosenkrieges hatten der Haberbergsche wie der Roßgärtische Kirchhof danz das Aussehen eines Dorffriedhofs. Außer wenigen alten Bäumen und ein paar gewaltigen Grabplatten war da nichts von Totenprunk zu sehen, nur hier und da erschien einmal ein einsamer Mensch." Anders war allerdings das Bild, als Goltz nach 40 Jahren wieder einmal sein geliebtes Königsberg besuchte, da waren die Friedhöfe wesentlich gepflegter.

Goltz läßt uns auch einen Blick tun in ein großbürgerliches Kaufmannshaus um 1800. Er macht einen Besuch bei einer 90jährigen Urgroßtante in Riesenburg, das ja damals noch zu Ostpreußen gehörte. Die alte Dame, gekleidet in die Mode längst vergangener Zeiten, „hat die Haltung eines Gardegrenadiers". Ihre Miene ist so feierlich, daß sie sich nur selten zu einem Lächeln verzieht. Der kleine Besucher bestaunt in den stetem Dämmerlicht liegenden hohen Räumen des Kaufmannshauses die kunstvollen Eichen- und Nußbaumschränke, sowie die mächtigen Kommoden mit ihren blitzblanken Messingbeschlägen; glatt gebohnt sind sie mit stark duftendem Terpentinwachs. Überall stehen Nürnberger Holzpuppen und zierliche Porzellane — „es war alles wie ein ehrwürdiger, alter dicker Zopf und wie zur Jugendzeit Friedrichs des Großen." Zu dem allen paßte vortrefflich neben dem riesigen Ofen ein gewaltiger Großvaterstuhl, ein 107 Jahre alter Mann mit grünsamtner pelzverbrämter Mütze, die Füße eingewickelt in dicke Flanelle. Es war ein „ehemaliger Großbürger und Altmeister der ehrbaren Tischlerzunft"; der kunstverständige Verfertiger all der schönen Möbel. Nun hatte die Urgroßtante ihrem einstigen Kunsthandwerker hochherzig einen Altersruhesitz in ihrem großen Hause eingeräumt. Viel sprach er nicht, aber er wußte sich doch noch genau zu erinnern an die mehrfachen Ostpreußenreisen Friedrich Wilhelms I. und seines Sohnes, des großen Friedrichs, die ja in der Regel über Riesenburg führten, an die Russen im Siebenjährigen Kriege, an die Pest und eine zum Glück einmalige ungewöhnliche Heuschreckenplage. Am Abend nahm den kleinen Besucher ein unwahrscheinlich großes „Gardinenbett" in einem mit Goldleisten verzierten Tapetenzimmer auf und am Frühstückstisch erwarteten ihn köstliche Thorner Pfefferkuchen, Katharinchen genannt, und Riesenburger Brezel von nie gesehener Größe.

Die Kosaken in Marienwerder

In das Ende der Jugenderinnerungen spielt schon die Zeit der Befreiungskriege hinein. Es ist Anfang 1813, „als die Trümmer von Napoleons großer Armee aus Rußland zurückkamen eine wunderliche und widerspruchsvolle Zeit", wie Goltz sie bezeichnet. „Man schimpfte auf die ganze französische Nation nach allem, was geschehen war, aber man war doch wieder mitleidig gegen den einzelnen, der Hilfe und Menschlichkeit suchte." Goltz' Vater hatte mittlerweise in Marienwerder eine neue Beamtenstellung erhalten. In der Stadt hatte nach dem Rückzug aus Rußland Eugen Beauharnais, der Vizekönig von Italien, nebst seinem notdürftig neu zusammengestellten Troß Quartier bezogen. Plötzlich hieß es mitten in einer Nacht: „Die Kosaken kommen!" Man kannte diese Sorte von Soldaten genugsam noch aus der Zeit vor sechs Jahren, als sie unsere sogenannten Verbündeten waren. So wurde im Hause Geld und Geldeswert schleunigst zur Seite geschafft, Bogumils Schwestern banden sich die silbernen Löffel auf den bloßen Leib, man war auf allerlei Plünderungen gefaßt.

Statt dessen aber hallten zunächst einmal die Straßen wider von Schüssen, der Vizekönig zwar war entkommen, aber sein Begleitkommando, badische Husaren, war noch in der Stadt. Nach kurzem Gefecht wurden die meisten der schlecht geführten Badener gefangengenommen und bis aufs Hemd ausgeplündert. Gleich darauf gab es einen regelrechten Jahrmarkt mit den goldbordierten roten badischen Husarenhosen, mit den gesattelten großen Pferden, mit Pistolen und Säbeln — mit solchen Sachen konnten die Kosaken nichts anfangen. Man kaufte eine Reiterpistole für einen Schnaps, ein Pferd für 5 Taler, Bogumils Bruder erhielt sogar eine jener Prachthosen geschenkt. Die von ihrer Angst befreiten Einwohner brachten den Russen Branntwein, Brot und Wurst auf den Markt. Alles erschien friedlich, aber da fiel es den Kosaken ein, nach den in Lazaretten liegenden verwundeten und entkräfteten Franzosen zu suchen. Jeder, in dessen Gepäck sie in Rußland erbeutetes Kirchengerät fanden, wurde ohne Erbarmen zu Tode gepeitscht, soweit er nicht schon vorher unter Schlägen seinen Geist aufgegeben hatte. Andere schleppten sie an das Flußufer und stießen sie unter das Eis. Auf ihre Überreste stießen die Kinder beim Baden noch im nächsten Sommer.

Zum Schluß noch ein paar kurze Worte über die weiteren sehr wechselhaften Schicksale Goltzens, der sich zeitlebens als Ostpreuße fühlte und bei hoher geistiger Begabung doch stets eine Art Sonderling war. Nach Besuch des Königsberger Friedrichskollegiums wurde er im Jahre 1815 Landwirt, jedoch mit recht wechselndem Erfolge. Nachdem er dann wieder einige Semester studiert hatte, kaufte er sich ein Gut im heutigen Wespreußen, saß auch einmal wegen eines Zweikampfes in Festungshaft und lebte schließlich als „Winkel-Philosoph", wie er sich selbst nennt, in dem kleinen Städtchen Gollub an der Drewenz. Er wurde ein fruchtbarer, recht gern gelesener Schriftsteller, gab ein Dutzend Bücher heraus und machte aus dem Erlös seiner Werke weite Reisen bis nach Ägypten.

Berühmte Männer, wie z. B. der Dichter Friedrich Hebbel, machten gerne mit ihm Bekanntschaft, in vielen Städten Deutschlands hielt er gut besuchte Vorträge über die verschiedensten Themen. Schließlich siedelte er nach Thorn über und dort ist er am 11. November 1870 gestorben.

W. Grosse



Der Altstädtische Kirchenplatz (Kaiser-Wilhelm-Platz) in Königsberg Anfang des 19. Jahrhunderts
Bild: „Königsberg im Spiegel alter Graphik", Verlag Rautenberg, Leer

Dina und die Pferde

Eine Erzählung aus der Heimat von Ernst von Kuenheim

8. Fortsetzung

Es war wieder Frühling geworden. Noch lagen die letzten Schneeflecken unter den Kronen der Bäume, als auch schon Schneeglöckchen, Krokusse und Osterglocken in der bei uns üblichen Reihenfolge aus dem Boden schossen. Mein Lehrjahr näherte sich seinem Ende. Trotz aller Keilversuche des Corps der Balten in Königsberg hatte ich mich entschlossen, in Bonn aktiv zu werden. Vater hatte erlaubt, daß My Girl mich begleitete. Überhaupt war er dafür, daß ich im Westen studierte. Nach bestandenem Examen ohne Semesterverlust winkte mir eine Reise nach Afrika. Seit meiner Kindheit lockte es mich in diesen damals noch sehr schwarzen Erdteil. Seine magnetische Anziehungskraft erwies sich als so stark, daß es mir gelang, mein Staatsexamen anstatt nach acht bereits nach sieben Semestern zu schaffen.

Das Schicksal übernahm die Regie. Vater traf im Union-Club in Berlin einen Freund, der für sein vor den Toren Kölns gelegenes Gestüt eine junge, pferdebegeisterte Dame suchte. „Eine Baltin wäre mir am liebsten, meine Frau sehnt sich nach heimatlichen Klängen." Da dachte Vater gleich an Dina, für die er eine Schwäche hatte. Als wir uns zur Jagd in Tarpuschken trafen, sprach er mit ihr. Sie fiel ihm um den Hals und küßte ihn voller Begeisterung. Diese Reaktion genoß mein Erzeuger mit voller Hingabe.

Nun führte meine Mutter, die mitgekommen war, Regie. Der Draht spielte zwischen Tarpuschken und Köln: der alte Postmeister, der nebenamtlich die Kolonialwarenhandlung des Ortes betrieb, klapperte vor Aufregung beim Sprechen so stark mit seiner Zahnprothese, daß man ihn kaum verstehen konnte. Zum Schluß hatte Muttchen erreicht, was sie sich vorgenommen hatte. Dina durfte zweimal in der Woche nach Köln fahren, um an der Akademie Malunterricht zu nehmen. Von der neu einsetzenden Kußkanonade Dinas zeigte sich Muttchen weit weniger begeistert als Vater.

Es hatte sich zwischen Dina und mir so eingespielt, daß nach dem Prinzip ‚Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft', wir uns gegenseitig Bücher schenkten. Sie fing mit dem ‚Kornet' Rilkes an, ich zog mit „Ariane' von Claude Anet nach. ‚Die Reitvorschriften für eine Geliebte' von Binding war mein nächstes. ‚Ritterliche Balladen und Lieder' von Bönies v. Münchhausen folgten. Von ihr bekam ich ‚In Stahlgewittern' von Jünger und ‚Ein Volk' von F. v. Gagern. Sie war entschieden für das Heldische, ich mehr fürs Gemüt. Um so erstaunter war ich, auf ihrem Nachttisch Arnim und Brentano vorzufinden.

„Es wird dich nicht interessieren", meinte sie, worauf ich ihr einige Gedichte von Brentano zitierte. Jetzt war das Staunen auf ihrer Seite.



Lovis Corinth: Charlotte Berend-Corinth im Liegestuhl (1904)

„Wie herrlich, du kennst meine Lieblingsdichter. Warum hast du mir nie etwas von ihnen geschenkt?"

„Was man liebt, verschenkt man nicht, mein Schatz", war meine Ausrede. In Wirklichkeit hatte ich mir überhaupt nicht vorstellen können, daß sie Verständnis für die beiden aufbringen könnte. Daß sie außerdem keinen Karl May anbrennen ließe, gestand sie mir später.

„Es kommt ganz auf meine Stimmung an", meinte sie, „ich bin mal wieder mit mir uneins, rette ich mich zu meinen Lieblingen, ist es nur Leere oder Langeweile, tut's auch Winnetou."

Sonst zeichnete sich Dina durch eine gewisse Reserve mir gegenüber aus, zum mindestens dann, wenn sie die Situation für brenzlig hielt. Und das hätte sie nicht tun sollen. Ein junger Mann von zwanzig Jahren, der sich über beide Ohren verliebt hat und der weiß, daß es seiner Coeur-Dame nicht besser geht, erwartet von ihr keine Reaktionen, sondern Aktionen. Es ist ihm noch nicht bekannt, daß eine Frau bei der Kunst des Hinhaltens unter Umständen mehr Freude empfindet als bei der des Hingebens. Männer tun nun einmal das, was sie lieber lassen sollten und suchen sich zu trösten.

Wunder geschehen zu ihrer Zeit, nämlich der falschen. Von Tarpuschken zurückgekehrt, fand ich bei Alix Ordensburg eine entzückende Freundin von ihr vor, die es verstand, meine sonst bei Dina weilenden Gedanken auf sich zu ziehen. Sie war kein unbeschriebenes Blatt und beim Flirt sagte man ihr erhebliche Qualitäten nach.

War es Zufall oder Instinkt — einige Tage später ritt Dina über die Parkwege auf die Terrasse zu. Ich entdeckte sie erst, als ihr Kopf über die mit Blumenkästen besetzte Einfassung sah. Ich balzte gerade erheblich. Natürlich eilte ich Dina sofort entgegen, um ihr das Pferd abzunehmen und in den Stall zu bringen. Ihre Blicke versprachen nichts Gutes. Die steile Falte stand wie ein drohendes Ausrufungszeichen über der Nasenwurzel und ihre Augen zeigten sich dunkel getönt, so wie ich sie gar nicht schätzte.

„Du Schuft!" war ihre hingezischte Begrüßung.

„Meinst du?" schmunzelte ich freundlich zurück. Ich wollte lieber den Schwerenöter als den Zerknirschten spielen. Spielen mußte ich sowieso beides, denn in Wirklichkeit freute ich mich bereits, daß sie da war. Mein obenherum vollreif angeordneter Flirt begann mich zu langweilen. Reize, die freigebig offeriert werden, verlieren schnell ihre Anziehungskraft. Das Schwierigste in solchen Fällen blieb für mich das Zurück. Manchmal mißglückte das. Es gibt im Leben Wege, die man zu Ende gehen muß, auch wenn sie in die Wüste führen.

Ich war neugierig, wie Dina gedachte, mich hier herauszumanövrieren. Daß sie es versuchen würde, daran zweifelte ich nicht einen Augenblick. Die Rivalinnen — die beiden Schwestern hatten sich zugesellt — sagten sich, als ich zurückkam, die reizendsten Artigkeiten und vergaßen dabei nicht, ebenso boshafte Nadelstiche anzubringen. Es lag Gewitterstimmung in der Luft. Ich bemühte mich so gut es ging, nicht selber zum Blitzableiter zu werden.

Ein untergründiges Lächeln ging von Dina aus, wenn sie mich einer Ansprache würdigte.

Sonst war sie immer so aufgebrochen, daß sie bei Dunkelheit wieder in Tarpuschken ankam; an diesem Sonnabend traf sie noch keine Anstalten dazu, obgleich die Sonne schon hinter den Bäumen des Parks verschwunden war. Wollte sie am Ende hier übernachten? Ich sollte sie unterschätzt haben. Plötzlich tat sie erschreckt und behauptete, gar nicht bemerkt zu haben, daß es schon dunkel geworden war. Dann erzählte sie von einem Zigeunerlager an der Angerappbrücke am Waldrand. Sie wollte wissen, ob es noch einen anderen Weg gäbe, sie hätte Angst, am Lager der unheimlichen Burschen vorbeizureiten. Natürlich war Frau von Ordensburg entsetzt und wollte nicht erlauben, daß Dina zurückritt. Sie müsse aber zurück, behauptete Dina, am nächsten Morgen werde sie dringend benötigt. Ein zuckersüßer Blick traf mich so unerwartet, daß ich aus meinen Grübeleien über ihre wahren Absichten aufschreckte.

„Ich glaube, gnädige Frau", sagte das artige wohlerzogene Mädchen, „es würde genügen, wenn Eich so nett wäre und mich bis über die Brücke begleiten würde."

Dieses Luder, dachte ich, sagen tat ich indessen: „Das ist eine gute Idee, selbstverständlich stehe ich zur Verfügung. My Girl liebt nächtliche Ritte und ist heute nicht bewegt worden."

Es war kurz vor Vollmond, die rechte Nacht, wo die Nachtigallen schlagen und Liebespärchen sich an einsamen Stellen tummeln. Schweigsam ritten wir durch die knisternde Atmosphäre. Schließlich begann ich:

„Wenn an der Angerapp tatsächlich Zigeuner lagern, schwöre ich, daß ich dableibe und bis zum Ende meines Lebens mit ihnen vagabundiere."

Fortsetzung folgt

Ein Mahner für unsere Zeit

Konrad Adenauer – Der Mann und seine Denkungsart

„In einer Zeit wie der unsrigen, die Veränderungen und Entwicklungen jeder Art — zum Guten und zum Schlechten — in rasendem Tempo bringt, braucht jeder einzelne feste, unabdingbare Normen für sein Leben, damit er Herr seiner selbst bleibt." Konrad Adenauer

Vor kurzem brachte die Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart ein bemerkenswertes Buch heraus, das vor allem die „Neuerer", die heute in Bonn regieren, aufmerksam lesen sollten. Es trägt den Titel „Meine Erinnerungen an Konrad Adenauer", stammt aus der Feder der Sekretärin des Rhöndorfers und schildert uns aus nächster Nähe den großen alten Mann, der über 14 Jahre lang die Richtlinien der Bonner Politik bestimmte und den sein sozialdemokratischer Widersacher Herbert Wehner einmal mit unverhohlener Bewunderung ein „politisches Urgestein" nannte. Wir müssen hier auf die Einzelheiten des Rahmens verzichten, in denen sich Adenauer bewegte. Es geht uns vielmehr darum, aus den Erinnerungen der Sekretärin, die sicher ein genaues Tagebuch führte, die Gedankengänge ihres Chefs herauszuschälen, die auch heute noch eine faszinierende Gültigkeit besitzen. Wir wollen daher im folgenden Adenauer häufig selbst zu Wort kommen lassen, und zwar zu jenen Problemen, die auch den wesentlichen Inhalt der Politik seiner derzeitigen Nachfahren darstellen.

Drei Bereiche

Immer wieder hat sich der Kanzler mit der Lage und den Absichten der Sowjets beschäftigt. Hierbei unterschied er die drei großen Bereiche: das Wettrüsten mit dem Westen, die Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Rotchina und die Hebung des Lebensstandards der russischen Bevölkerung. Laufend stellte er sich die Frage, ob die Wirtschaftskraft Rußlands der gleichzeitigen Erfüllung dieser gigantischen Aufgaben gewachsen sein könnte. Er hegte daran die ernstesten Zweifel. Einschränkend bemerkte er: „Ich will ja gar nicht, daß die Russen verhungern. Ich bin nicht grundsätzlich gegen Lieferungen von Weizen. Liebend gern, aber doch nicht ohne Gegenleistungen." Und er fuhr fort: „Politische Zugeständnisse gegen wirtschaftliches Entgegenkommen seitens des Westens, dies wäre doch wahrhaftig der einzige Weg zu einer friedlichen Lösung mit der Sowjetunion". Die Sekretärin berichtet hierzu, daß Adenauer bitter enttäuscht gewesen sei, weil es ihm nicht gelang, seine westlichen Bündnispartner in dieser Richtung zu bewegen.

Nicht minder aktuell sind die Überlegungen, die Adenauer über mögliche Truppenverringerungen und ein nachlassendes Interesse der USA an Europa anstellte. Der Kanzler gab sich keinen Illusionen hin. Nach seiner Meinung waren die europäischen Staaten nicht schuldlos hieran. In den USA, so betonte er, bemängle man die geringen Fortschritte bei dem europäischen Einigungsprozeß, außerdem übe man Kritik an der unzureichenden Bereitschaft der europäischen Staaten, Anstrengungen für eigene Verteidigungsmaßnahmen auf sich zu nehmen. Nun lägen bereits handfeste Nachrichten darüber vor, daß verschiedene Länder Europas ihre militärische Dienstzeit herabsetzen wollten, was die Begeisterung der USA kaum fördern könne, weiterhin Opfer für Europa zu bringen. Die finanzielle Leistungsfähigkeit Amerikas habe auch ihre Grenzen, die Belastungen durch ein weltweites Engagement seien enorm, die hohen Summen für Rüstungszwecke, für die Entwicklungshilfe und das Raumfahrtprogramm. Im übrigen glaube doch wohl niemand, daß der Abzug amerikanischer Truppen etwa durch eine Luftbrücke ausgeglichen werden könne, als ob die Russen es in einem kritischen Moment soweit kommen ließen und die hierfür notwendigen Flugplätze dann noch existierten. Die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa sei deshalb „der sicherste Schutz gegen einen eventuellen sowjetischen Angriff", denn die Stationierung von US-Streitkräften werde Moskau von einem derartigen Abenteuer aus Furcht vor dem westlichen Gegenschlag abhalten.

In dem Zusammenhang erfüllte den Kanzler lange noch nach seinem Rücktritt auch der Gedanke an eine mögliche Aufweichung des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses mit banger Sorge. Die NATO, so sagte er, sei 1948 unter dem unmittelbaren Eindruck der Vorgänge in der Tschechoslowakei und der Blokkade West-Berlins entstanden, doch hätten sich die Verhältnisse seitdem wesentlich verändert. Der Widerstandswille der Völker lasse nach und eine weitverbreitete Müdigkeit sei zu beobachten. Fast komme es ihm so vor, als habe man sich im Westen an die Gefahren gewöhnt, als sehe man sie gar nicht mehr. Leider sei die westliche Politik oft nur ausgerichtet von einer Wahlperode zur anderen, während die Sowjets auf weite Sicht planten und handelten. Außerdem dürfte man nicht außer acht lassen, daß der Kommunismus eine aggressive Weltanschauung darstelle. Und hierzu kämen noch die nationalistischen Gefühle der Russen, denn der alte Glaube an die Sendung Rußlands sei noch sehr lebendig. Der Leser wird sich fragen, ob diese Überlegungen Adenauers auch noch für die östlichen Anbiederungsversuche der heutigen Bonner Regierung gelten.

Besonders intensiv hat sich der große alte Mann mit der Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) befaßt, deren Erfolge er nicht bestritt, aber hervorhob,



Mit Chruschtschew (1955) in Moskau: die Forderung nach deutscher Einheit wurde nicht aufgegeben. Foto dpa

daß die Existenz der EWG auf die Dauer gefährdet werden müsse, wenn ihr nicht bald die politische Union folge. Adenauer erinnerte hierbei an die Präambel zum Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag, in der ausdrücklich von einer „Einigung Europas unter Einbeziehung Großbritanniens und anderer zum Beitritt gewillter Staaten" die Rede ist. Und er leitete hiervon die Frage ab, weshalb dann nicht neben England gleichzeitig auch die skandinavischen Staaten sowie Spanien und Portugal zur Mitwirkung aufgefordert werden könnten. Der Europa-Gedanke würde auf diese Weise einen mächtigen Auftrieb erhalten. Sehr im Unterschied hierzu vertritt die Bonner SPD-FDP-Regierung den ideologisch beschränkten Standpunkt, daß zumindest Spanien und Portugal noch lange auf einen EWG-Beitritt warten müßten, weil sie „faschistische Staaten" seien, während Brandt und Scheel den kommunistisch regierten Staaten des Ostblocks förmlich nachzulaufen beginnen.

Unbeirrbar den Weg bis ans Ziel gegangen

Wie immer auch Adenauer das weite Feld der für die Bundesrepublik anstehenden Probleme betrachtete, er räumte dem Zustandekommen freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland die oberste Rangordnung ein. Und er hat diesen wichtigsten Markstein seines Lebenswerkes zum Erstaunen seiner neunmalklugen Kritiker auch wirklich gesetzt. Illusionslos umriß er die Lage mit den Worten: „England will nicht, daß Frankreich Europa führt, und wir Deutschen können Europa auf Jahrzehnte hinaus nicht führen wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das würden die europäischen Länder nicht mitmachen. Bleibt übrig Frankreich mit seinen großen außenpolitischen Verbindungen, die es mehr hat als wir." Unter höchster Anspannung seiner Kräfte, mit Ausdauer, Geschmeidigkeit und bei vollem Verständnis des Generals de Gaulle ist Adenauer diesen Weg unbeirrt bis an sein Ziel gegangen. Die heutigen Herren in Bonn aber tun oft so, als beginne erst eigentlich mit ihnen eine „erfolgreiche" Außenpolitik, wofür sie den Beweis nach dem Rezept ihrer fragwürdigen „Denkpausen" erst noch erbringen müssen.

Realistische Betrachtung

Unablässig verfolgte Adenauer nach dem Zeugnis seiner Sekretärin Anneliese Poppinga die Haltung der Vereinigten Staaten. Hierbei zitierte er häufig die Rede Präsident Kennedys in der Frankfurter Paulskirche am 25. Juni 1963, in der es hieß: „Eine Bedrohung der Freiheit Europas ist eine Bedrohung der Freiheit Amerikas". Trotzdem sah Adenauer die Dinge realistisch. Für ihn gab es nur eine amerikanische Politik, eine europäische Politik der USA war für ihn nicht vorhanden. Tief hatte sich in ihm ein Gespräch mit dem damaligen Außenminister der USA, John Foster Dulles, eingeprägt, der ihm versicherte, Amerika treibe in Europa keine französische Politik, es treibe in Europa keine deutsche Politik, sondern es verfolge eine ausschließlich amerikanische Politik.

Wiewohl er dies genau wußte, machte Adenauer stets die Einschränkung: „Die Amerikaner müssen sich doch darüber im klaren sein, daß die Bedeutung u. die Macht Amerikas mit dem Schicksal Europas steht oder fällt. Was, wenn auch Westeuropa im Schlepptau Moskaus ist? Dann Gnade Gott den USA. Welche Möglichkeiten für Moskau, den Lebensnerv der USA allein durch einen Wirtschaftskrieg auf dem Weltmarkt zu treffen. Sie müssen doch erkennen, daß die wesentlichen Grundinteressen ihres Landes und Europas identisch sind, daß hier in Europa ihre verwundbarste Stelle liegt und nicht etwa in Asien." Demgegenüber reist Außenminister Scheel frischfröhlich in den Fernen Osten und erklärt nach seiner Rückkehr, daß sich die Bundesrepublik in diesem kommunistisch unterwanderten Gebiet weit mehr als bisher engagieren müsse. Man kann nur den Kopf schütteln ob soviel Naivität.

Hatte der Kanzler schon während seiner Amtszeit die Weltlage oft in düsteren Farben geschildert, so mahnte er erst recht nach seinem Rückritt, wobei es ihm gleichgültig war, wenn ihn deshalb seine Gegner, aber auch manche CDU-Politiker mit dem grollenden Bismarck im Sachsenwald verglichen. Aus Adenauers Sicht starrten die Amerikaner wie gebannt auf Vietnam. Sie mußten hier zwangsläufig in einen ernsten Gegensatz zu Rotchina geraten. Und dies wiederum schien sich für Adenauer in einer Annäherung zwischen den USA und der Sowjetunion auszuwirken, da ja auch Moskau in einem gespannten Verhältnis zu Peking stand. Hier witterte der Kanzler eine überaus gefährliche Entwicklung. Er befürchtete, daß sich ein Einvernehmen zwischen Washington und Moskau anbahnte oder gar etwa hinter den Kulissen schon getroffen worden sei, Vereinbarungen über den Kopf Europas hinweg, hier (sprich Europa) als zweitrangiges Gebiet zu betrachten: „Wenn sie von ihrem Krieg in Vietnam hypnotisiert bleiben, wird das amerikanische Volk die Nase voll bekommen. Es wird eine psychologische Grenze erreichen und sie zum Rückzug in den Isolationismus zwingen. Lassen sie sich nicht von den Dingen täuschen, wie sie heute aussehen, denken sie an morgen. Ich hoffe, daß sie rechtzeitig aufwachen." Nur weniges klingt für uns heute zeitnäher, als gerade eine solche Abwägung der Lage, über die man seit Monaten in Bonn das Pflaster eines durch nichts begründeten Optimismus kleben zu können glaubt.

Scharf ging Adenauer auch den Atomsperrvertrag an, den die Regierung Brandt inzwischen unterzeichnete. Hinter ihm, so meinte er, stehe die Absicht einer Neutralisierung des deutschen Wirtschaftspotentials, bedeute doch der Vertrag praktisch die Kontrolle jeder Forschung auf atomarem Gebiet, also auch der Forschung für friedliche Zwecke. Am Ende werde die Neutralisierung der Wirtschaftskraft und des Verteidigungspotentials von ganz Westeuropa stehen. Und damit würden die Sowjets genau das erreichen, was sie wollten, müsse doch dann dieses Westeuropa zwangsläufig in den Sog Moskaus geraten. Dies hindert aber das heutige Bonn nicht, in seiner fragwürdigen Ostpolitik auf Kosten des deutschen Volkes Vorleistungen zu erbringen, die dem Kreml auf die Dauer die Tore nach dem Westen aufstoßen werden.

Politiker und Philosoph

Besonders verletzt fühlte sich Adenauer durch die Behauptung der SPD, er habe mit einer allzu starken Annäherung an den Westen die Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands „verspielt". Dem hielt er immer wieder entgegen, daß es „total falsch" sei, dieses Problem nur als eine deutsche Frage anzusehen. Der Schlüssel zu ihrer Lösung lag seiner Meinung nach in Moskau und nicht in zweiseitigen Verhandlungen mit dem Ulbricht-Regime, wobei der Kanzler an einen Aufsatz Stalins vom Oktober 1952 erinnerte, in dem die Hoffnung des sowjetischen Diktators auf den Zerfall des kapitalistischen Weltsystems und auf den Sieg der bolschewistischen Weltrevolution mit brutaler Nacktheit zum Ausdruck kam. Adenauer, der erklärte Zivilist, hielt nichts von einer Neutraliserung Deutschlands oder einer Lösung, wie sie das kleine Österreich derweilen gefunden hatte. Wir hingegen, so mahnte er, könnten uns die Wiedervereinigung „nur um den Preis der Freiheit erkaufen". Ein neutralisiertes Deutschland werde automatisch zu einem Land zweiten, dritten Ranges herabsinken, mit dem man machen könne, was man wolle. Und unter diesen Umständen werde es ein vereinigtes Europa erst gar nicht geben, es sei denn unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel. Auch in dieser Hinsicht wirkt der Ausblick Adenauers überzeugend, denn die sture Haltung des Genossen Stoph in Erfurt und Kassel hat es eindeutig bewiesen.

Adenauer war auf dem Gipfel seines Greisenalters nicht nur Politiker, sondern auch nachdenklicher Philosoph. In den Wahlschlachten der CDU hatte er die Parole geprägt „Keine Experimente". Doch jetzt beschlichen ihn auf einmal Zweifel, ob nicht unser „Wirtschaftswunder" auch seine Schattenseiten habe. Das Kennzeichen unseres Zeitgeistes, so klagte er, sei Zerfall, ein Aufweichen der ethischen Grundlagen, ein wachsender Mangel an festen Maximen, mangelnde Achtung vor der Obrigkeit und ein Zerbrechen der Autoritäten, ein wachsendes Chaos der Werte. Sicher, das Materielle sei auch notwendig, doch materielle Sicherheit ohne geistigen Fortschritt bedeute gar nichts. Eine Lebenshaltung, die die materiellen Güter höher schätze als die geistigen und seelischen Werte, gefährde die Entwicklung der Persönlichkeit und münde in Vermassung. „Wie steht es mit unserem geistigen Wiederaufbau", so fragt er. „Ist da nicht einiges vernachlässigt worden? Erst der Sturz in das Chaos und dann plötzlich der große Wohlstand, das ist schwer verträglich." Eine gesunde geistige Verfassung des deutschen Volkes sei absolut notwendig, denn den Gefahren des Kommunismus könne man nur erfolgreich begegnen, wenn man hierzu die ideellen Voraussetzungen mitbringe. Wohlstand allein reiche dazu nicht aus. Oh, möchten doch an diese Mahnung insbesondere unsere Gewerkschaften denken, deren Forderungen die Preise nachlaufen, aber auch die Regierung Brandt-Scheel, die bei ihrem Machtantritt allen so gut wie alles versprach und heute schon in eine schier ausweglose Sackgasse ihrer Wirtschaftspolitik geraten ist. Sie behauptet, ein „schweres Erbe" angetreten zu haben, in Wahrheit jedoch gibt sie die vollen Kassen ihrer CDU-Vorgängerin aus.

So kann das fleißige Buch, das wir hier besprachen, SPD und FDP zur Selbstbesinnung, der CDU/CSU aber als Beweis dafür dienen, daß die Denkungsart Konrad Adenauers, der erst vor rund drei Jahren seine Augen schloß, auch heute noch in dieser turbulenten Zeit Richtschnur ist und ihre volle Gültigkeit besitzt. **Tobias Quist**

„Ostpreußen - das Wespennest des Preußentums"

Unsere Heimatprovinz und ihre Hauptstadt im Spiegel der sowjetischen Literatur — „Bedrohung für den Frieden der Welt"

„Zuständige Stellen" in der Sowjetunion verfolgen mit Argusaugen die Geschichtsschreibung in der freien Welt, insbesondere die des Zweiten Weltkrieges; ebenso argwöhnisch beobachten sie aber auch die Berichterstattung über ihr Land durch ausländische Journalisten oder Reiseschriftsteller. Sie reagieren geradezu allergisch, wenn die Rolle der sowjetischen Streitkräfte im Ringen gegen Deutschland für sowjetischen Geschmack nicht genug gewürdigt wird oder wenn die Presseberichte aus der Feder freier Journalisten über die Sowjetunion ohne die für die Sowjetpresse so typische Lobhudelei alles Sowjetischen, wohl aber offen, objektiv und kritisch ausfallen.

Die objektive Geschichtsschreibung über die Sowjetunion wird in der sowjetischen Presse als „Geschichtsfälschung" behandelt, wobei die Autoren und ihre Arbeiten entsprechend verrissen werden. Dasselbe Schicksal erleidet jeder Journalist, dessen Berichterstattung dem Kreml nicht paßt.

Wahrheit nicht gefragt

Daß aber die sowjetischen Autoren selbst es mit der historischen Wahrheit nicht übermäßig genau nehmen, ja, daß selbst Objektivität, sollte sie sich in die sowjetische Geschichtsschreibung und Berichterstattung einmal eingeschlichen haben, kritisiert und als „fehl am Platz" bezeichnet wird, erhellen einige sowjetische Darstellungen, die im Zusammenhang mit den häufigen Berichten über die heutige Lage und die „Errungenschaften" der vor 25 Jahren erfolgten Annektion Ostpreußens von besonderer Aktualität sind.

Das sowjetische Schrifttum, allen voran die Große Sowjetische Enzyklopädie, bezeichnet das annektierte Ostpreußen als „den in uralten Zeiten erworbenen rechtmäßigen Besitz der baltischen Slawen", der ihnen durch den Annektionsakt von 1945 lediglich wiedergegeben sei. Die Richtigkeit dieser Behauptung mag auf sich beruhen. Als Repräsentanten der „baltischen Slawen" und ihres Rückforderungsanspruchs kommen von den heute existierenden Gruppen lediglich noch die Litauer in Betracht. Das ostpreußische Gebiet ist nach 1945 aber nicht durch die angrenzende litauische Bevölkerung besiedelt worden, für die nach wie vor striktes Einwanderungsverbot besteht, sondern ausschließlich von kommandierten Großrußen, vornehmlich aus dem Nordosten der Sowjetunion; es ist bemerkenswert, daß das sowjetische Schrifttum die nationale Zusammensetzung der heutigen Gebietsbevölkerung verschweigt und sich mit der Angabe begnügt, daß das „Verwaltungsgebiet Kaliningrad mit Umsiedlern aus verschiedenen Gegenden der UdSSR bevölkert ist".

Besonders kraß kommt die Tendenz der Verschleierung und Fälschung in der sowjetischen Geschichtsschreibung die, um den sowjetischen Jargon anzuwenden, nicht als „bourgeoise" wohl aber als sowjetische Geschichtsfälschung anzusprechen werden verdient, in den meisten Schriften über „Kaliningrad" und das „Kalingrader Gebiet" zu Tage. Als besonders krasse Beispiele hierfür seien die beiden Arbeiten „Die Erstürmung Königsbergs" von Medwedjew und „Die Bernsteinküste" von Metelski genannt.

Beide Autoren sprechen unabhängig von einander aber doch einmütig von den „Bluthunden, den Rittern des teutonischen Ordens, den Ahnen der heutigen Faschisten, die hinter dicken Mauern der Burgen, Schlösser und Klöster saßen und in die düsteren Klosterkerker die slawischen Sklaven zusammentrieben, um von hier aus mit Kreuz und Gebet, mit Feuer und Schwert ihre räuberischen Überfälle ausführten". Die weiteren Darstellungen der beiden Autoren über die Geschichte Ostpreußens und Königsbergs weichen aber stark voneinander ab und widersprechen sich sogar zum Teil.

Medwedjew gibt von der Einnahme Königsbergs durch die Russen im Siebenjährigen Krieg folgende Darstellung: „. . . Regierung und Behörden hatten die Stadt verlassen. Das stolze, hochmütige Königsberg ging in die Knie. Abgeordnete der Stadt gingen den russischen Truppen entgegen und ließen sich unter tiefen Bücklingen auf die Knie nieder. Die Abordnung überreichte den Russen die Schlüssel der Stadt, darauf marschierten die russischen Truppen im Triumph in Königsberg ein. An den Häusern der preußischen Hauptstadt sah man russische Wappen, die Einwohner Königsbergs sagten sich von Friedrich II. los und begehrten Untertanen der russischen Zarin zu werden. Die Schlüssel Königsbergs wurden nach Petersburg gebracht. Die russischen Verbände säuberten Ostpreußen von den deutschen Truppen. Ostpreußen wurde Bestandteil des russischen Reichs. Friedrich II. stand am Rande einer Katastrophe. Nur dank dem Kaiser Peter III., der nach dem Tode seiner Mutter den Thron bestieg, diesem holsteinischen Sproß, der dem Preußenkönig tief ergeben und Friedrichs Agent auf russischem Thron war, konnte sich Friedrich II. trotz des russischen Sieges weiter behaupten."

Dieselbe Episode wird von Metelski wie folgt beschrieben:

„. . . Die Garnison Königsberg zog sich schon vor dem Eintreffen unserer Vorhuten eilig zurück. Die Stadt wurde ohne Verluste und ohne den geringsten Widerstand seitens der Bevölkerung eingenommen. Schon lange vor Beginn des Einzugs der russischen Truppen wurden in allen Kirchen der Stadt die Glocken geläutet. Alle Straßen, Fenster und Dächer waren von Neugierigen besetzt. Trompetenstöße von den Türmen begrüßten den russischen Oberbefehlshabber. Dieser begab sich sofort in seine Residenz, in die herzoglichen Gemächer, wo noch ganz vor kurzem der deutsche Generalfeldmarschall von Lewaldt residiert hatte. Der Wechsel der Gewalt hatte keinen großen Eindruck auf die braven Bürger Königsbergs gemacht. Die preußischen Behörden hatten ihnen beim Abzug geboten, sich streng den Befehlen der russischen Militärbehörden zu fügen. Die an Disziplin gewöhnten Einwohner Königsbergs hielten sich genau an diese Anordnung. Man begann sofort in Königsberg russische Zeitungen zu drucken und überall wurde die russische Trikolore gezeigt."

Im Kaiserreich Rußland jener Tage gab es nur einige wenige Zeitungen. Ihr Druck war mit soviel technischen Schwierigkeiten verbunden, daß die Behauptung von der Herausgabe russischer Zeitungen in eroberten Gebieten nur in das Reich der Fabel zu verweisen ist. Auf Anordnung des russischen Oberbefehlshabers erschien in Königsberg die „Gazette", die erste und einzige Königsberger Zeitung in französischer Sprache, keine russische Zeitung als Organ der Besatzungsmacht, sondern ein Blatt für die französierte russische Gesellschaft.

Auf die Geschichte Königsbergs und Ostpreußens in den napoleonischen Kriegen eingehend behauptet Medwedjew kurz und bündig: „Während des Krieges gegen Napoleon wurde Königsberg im Januar von den russischen Truppen unter Kutusow erneut gestürmt." Diese ebenso kühne wie falsche und tendenziöse Behauptung des sowjtischen „Historikers" soll offenbar dazu dienen, den sowjetischen Leser glauben zu machen, daß russische Soldaten schon einmal Königsberg „machtvoll und entscheidend" befreit haben". Tatsächlich aber verließen die letzten französischen Truppen Napoleons in der Nacht vom 4. zum 5. Januar 1813 kampflos die Stadt und wenige Stunden später zog ebenfalls ohne eine Schuß abgegeben zu haben die Russen in das von französischen Soldaten entblößte Königsberg ein.



Außenfiguren am Chor des Königsberger Doms. Foto Deutscher Kunstverlag

„Treffpunkt abgefeimter Schurken"

Nach den etwas eigenartigen Exkursionen in die Vergangenheit Königsbergs gibt Medwedjew in seinem Buch „Die Erstürmung Königsbergs 1945" einen allgemeinen Überblick über die Rolle Königsbergs in der Neuzeit. Man höre: „. . . Im Ersten Weltkrieg blieben Königsberg und Ostpreußen trotz des Ansturms der zaristischen russischen Heere den Deutschen erhalten. Ostpreußen, das Wespenest des Preußentums, die Erbpfründe der Großgrundbesitzer und Kulaken, die Brutstätte der Generalität der deutschen Armeen, entwickelte sich erneut zum Mittelpunkt der Vorbereitung und Planung eines neues Weltkrieges, der Propagierung von Welteroberungsideen und der Menschenverachtung. Hier in Königsberg und Ostpreußen trafen sich Generäle und abgefeimte faschistische Schurken, hier wurden die Pläne für die Unterwerfung der Sowjetunion und der ganzen Welt geschmiedet und propagiert.

In Ostpreußen und Königsberg wurden nicht nur die räuberischen Ideen der Teutonen, Friedrichs II. und der Hohenzollernkaiser sowie Hitlers geboren, hier hatten sich auch die Befestigungswerke vieler Jahrhunderte miteinander verflochten: die Burgen des Mittelalters, Befestigungen aus der Zeit des Siebenjährigen Krieges, aus den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts und die Festungsanlagen aus Beton und Eisen der Gegenwart.

Königsberg stellte von jeher eine Bedrohung für den Frieden der Welt dar. Königsberg war eine dunkle, schwarze Stadt. Düster erhoben sich die Umrisse der Befestigungsanlagen aus dem Grau der Nacht. Mächtige Forts schützten die Stadt von allen Seiten. Die Kette dieser Forts zog sich wie eine Steinmauer rund um die Stadt. In den Vororten Königsbergs standen die schweren Bunker wie Nieten in den Panzerplatten eines Schlachtschiffes. Ohne diese Befestigungswerke wäre Königsberg nicht Königsberg. Die Häuser, die Herrenhöfe, die Villen dieser Stadt waren mit den Befestigungswerken verschmolzen. Königsberg war die Brutstätte der Kriege und der deutschen Barbarei, diese Stadt war ein riesiges, unheilvolles Laboratorium des Krieges. . ."

Im Gegensatz zu diesem „Werk" steht ein anderes Buch, das ein Moskauer Verlag zum April dieses Jahres, dem Jahrestag der Erobertung Königsbergs unter dem Titel „Die Bernsteinküste" herausgab und das den Aufbau in dem von Moskau annektierten Gebiet Ostpreußens zum Gegenstand hat. Diese Arbeit wurde in der sowjetischen Presse heftig angegriffen, „weil der Autor zu viel von der Vergangenheit ‚Kalinigrads' schreibt und zu viel von der Gegenwart verschweigt". — „Es ist nichts dagegen einzuwenden" — sagt der Kritiker — „daß der Autor bei seinen Schilderungen des Kaliningrader Gebiets auch gelegentlich einen kleinen Ausflug in die Geschichte des Landes unternimmt, es kommt aber darauf an, wie dieses geschieht."

„Subjektives" Buch

Der Verfasser dieses Buches, Metelski, bedauert nämlich, daß kaum noch irgendwelche Baudenkmäler in Königsberg an die Vergangenheit dieser Stadt und Ostpreußens erinnern. Dieses wird dem Autor vom Kritiker sehr verübelt: „Er (Metelski) schildert das Schloß, seine Säle und Gemächer, er unterstreicht besonders, daß hier einst die preußischen Könige gekrönt wurden, er verliert aber kein Wort darüber, daß an der Stelle, wo jetzt noch die Überreste der ehemaligen Zitadelle des Preußentums stehen, ein vielstöckiger Palast der Sowjets aus Eisen, Glas und Beton gen Himmel ragen wird. Die Sowjetarmee hat dem Drang nach Osten und seinen preußischen Symbolen für immer ein Ende gesetzt. Warum verschweigt Metelski diese Tatsachen?"

Der Kritiker ist schockiert: „Ein bitteres Gefühl erwecken schon die ersten Seiten dieses Buches. Der Verfasser spricht von den guten Straßen und Wegen, die Stadt und Land unseres neuen Gebiets durchziehen, wobei er unterstreicht, daß der größte Teil schon „früher" gebaut wurde, und er hebt hervor, daß es in Kalinigrad viele Gärten gibt, aber doch noch viel weniger als „früher". Er spricht viel zu viel von „früher", ohne auf unsere Gegenwart einzugehen". Der Kritiker schließt erbost: „Ein Buch voll grober Fehler und Unzulänglichkeiten — ein subjektives Buch über unser Kaliningrader Gebiet."

BMc.



Kneiphöfsche Langgasse in Königsberg mit Blick auf das Grüne Tor um 1860 — Foto Erich Hermann

Aus den ostpreußischen Heimatkreisen . . .

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Heimattreffen 1970



15./16. August, **Lyck:** Jahrestreffen in Hagen.

15./16. August, Sonnabend/Sonntag. **Osterode:** Kreistreffenn in Osterode/Harz

16. August, Sonntag, **Memel, Heydekrug, Pogegen:** Heimattreffen in Hannover Casino-Säle

22./23. August, Sonnabend/Sonntag, **Angerburg:** Angerburger Tage 1970 in Rotenburg (Wümme)

23. August, Sonntag, **Angerapp:** Kreistreffen für norddeutschen Raum in Hannover Sophienstraße 2. Weinstube Künstlerhaus

29./30. August. Sonnabend/Sonntag **Lötzen:** Haupttreffen in Neumünster

29./30. August, Sonnabend/Sonntag, **Pr.-Eylau:** Kreistreffen in Verden Parkhotel Grüner Jäger

30. August, **Ebenrode:** Jahreshaupttreffen in Ahrensburg/Holstein, Hotel Lindenhof

30. August **Rastenburg:** Hauptkreistreffen in Wesel

Allenstein-Stadt

Stadthauptvertreter: Georg Mogk, 42 Oberhausen. Am Grafenbusch 5. Telefon 0 21 32 / 86 25 60.

Meine lieben Allensteiner, am 1. September erscheint unser zweites Bändchen in der Roten Reihe unter dem Titel „25 Jahre danach", Gedichte, Lieder und Geschichten Allensteiner Autoren. Es ist 44 Seiten stark und genau so ausgestattet wie „Heimat in uns" im vergangenen Jahr. Unser erstes Bändchen war sehr schnell vergriffen, und im stillen hoffen wir, daß dies bei dem zweiten ebenfalls der Fall sein wird. Auch dieses zweite erhalten Sie als Allensteiner Brief. Diejenigen von Ihnen, die es auf holzfreiem Papier in der Roten Ausgabe wünschen, mit einer Originalvignette von Siegfried Erdmann geschmückt, können es sofort bestellen. Es wird 5,— DM kosten. Der Versand erfolgt am 1. September ab Paderborn. Zahlkarte liegt dann bei, also bitte nicht vorher bezahlen. Wer dieses Bändchen zu Weihnachten verschenken will, der möge es ebenfalls schon jetzt bestellen, später ist es vielleicht nicht mehr erhältlich. Die Bestellungen können an Msgr. Paul Kewitsch, Paderborn, Domplatz Nr. 26, oder an meine Adresse gerichtet werden. Bitte unterstützen Sie die selbstlose Aktion unserer Autoren, die hier ihre Arbeiten honorarlos allen Allensteinern zur Verfügung stellen. Durch Ihre Bestellung ermöglichen Sie es uns, auch künftig weitere Bändchen zu planen und sie 2000 Empfängern des Allensteiner Briefes frei ins Haus zu schicken. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit an unser diesjähriges Jahrestreffen in Gelsenkirchen vom 2. bis 4. Oktober dieses Jahres: Georg Hermanowski, 53 Bonn-Bad Godesberg, Zeppelinstraße 57.

Bartenstein

Kreisvertreter: Willi Piehl, 237 Rendsburg, Alte Kieler Landstraße 25, Telefon 0 43 31 / 2 32 16.

Mehrere Anfragen über unsere Heimatstube, die bekanntlich im Kreishaus unseres Patenkreises Nienburg (Weser) untergebracht ist, geben mir Anlaß zu folgendem: Die Heimatstube kann immer besichtigt werden, natürlich nur in den Dienststunden der Kreisverwaltung. Vorherige Anfrage ist nötig. — Die Kreiskartei wird, wie schon oft gesagt, verwaltet von Bürgermeister a. D. Bruno Zeiß, 31 Celle, Hannoversche Straße 2. Sie ist nach Ortschaften geordnet, Anfragen nur an Lm. Zeiß.

Piehl

Kirchengemeinde Schönbruch: Liebe Gemeindeglieder, in Ergänzung zu der Voranzeige in Folge 24 des Ostpreußenblattes vom 13. Juni gebe ich zu unserem Treffen der Kirchengemeinde Schönbruch noch folgende Einzelheiten bekannt: 1. Beginn um 10 Uhr mit einem Gottesdienst und anschließender Abendmahlsfeier in der Blumläger St.-Georg-Kirche. 2. Gemeinsames Mittagessen in der nahe gelegenen Gastwirtschaft des Fleischermeisters F. Krohne. 3. Alle weiteren Veranstaltungen, Begrüßung, Kaffeetrinken und erneutes Anschauen alter und neuer Bilder aus der Kirchengemeinde in dem kirchlichen Gemeindezentrum Blumlage, welches dankenswerterweise wieder den ganzen Tag für unser Beisammensein zur Verfügung steht. 4. Zu erreichen sind Kirche und Gemeindezentrum vom Bahnhof Celle mit Buslinie 2. Bitte um unbedingt notwendige, rechtzeitige Anmeldung bis spätestens den 25. August bei Pfarrer Joh. Hundsdörffer, Pastor i. R., 3167 Burgdorf, Wilhelm-Henze-Weg 23, Telefon 0 51 36/53 84.

Gumbinnen

Kreisvertreter: Dietrich Goldbeck, 4812 Brackwede, Eichenstraße 14, Telefon 05 21/4 10 55.

Das Gumbinner Treffen in Salzburg veranstalten wir zusammen mit dem Salzburger Verein vom 11. bis 13. September. Freitag, 11. September, 20 Uhr, im Bräustübl, Salzburg-Mülln: Salzburger Heimatabend. Sonnabend, 12. September, 10 Uhr, Führung durch Salzburg ab ev. Christuskirche, Schwarzstr. 25, 15 Uhr allgemeines Treffen im Sternbräu, Griesgasse 23; Ansprache des Kreisvertreters, Lichtbildervortrag „Gumbinnen lebt". 19.30 Uhr Mozart-Kammerkonzert im Rittersaal der Residenz mit Pausenbuffet und Empfang durch Vertreter der Salzburger Landesregierung. Sonntag, 13. September, 9.30 Uhr, ev. Festgottesdienst, Christuskirche. 11 Uhr, Sternbräu, Gumbinner Fragestunde mit dem Kreisvertreter und Mitgliedern des Kreisausschusses. Anschließend gemeinsames Mittagessen. Nachmittags Gelegenheit zur Teilnahme am Omnibus-Ausflug in das Salzburger Land. Unterkunft vermittelt der Städt. Verkehrsverein A 5010 Salzburg. Anzahl der Teilnehmer bitte außerdem mit Postkarte anmelden bei Salzburger Verein e. V., 48 Bielefeld, Postfach 7206.

Friedrichsschule und Cecilienschule: Achtung! Terminänderung! Unser diesjähriges Treffen in Marburg findet nicht am 28. August, sondern am 18. September statt. Beginn 15 Uhr im Haus der Königsberger Burschenschaft Teutonia, Marburg, Schückingstraße 17.

Insterburg Stadt und Land

Kreisvertreter Stadt: Prof. Dr. Georg-Winfried Schmidt, Gießen. Kreisvertreter Land: Fritz Naujoks, Krefeld. Geschäftsstelle: 415 Krefeld-Fischeln, Kölner Straße 517, Telefon 0 21 51 / 63 26 55.

Hiermit geben wir allen Landsleuten davon Kenntnis, daß die Geschäftsstelle in der Zeit vom 14. August bis 7. September wegen Ferien geschlossen bleibt. Nur dringende Anfragen können während dieser Zeit erledigt werden.

Bermig, Geschäftsführer

Labiau

Kreisvertreter: Walter Gernhöfer, 2171 Lamstedt, Basbeker Straße 34.

Tag der Heimat am 12./13. September: Der Kreis Labiau begeht den Tag der Heimat im Patenkreis Land Hadeln gemeinsam mit dem BdV als Kreistreffen. Es ist nachstehende Tagungsfolge vorgesehen: 1. Sonnabend, 12. September, ab 15 Uhr, Besuch der Heimatstube des Kreises Labiau in Lamstedt in der Landwirtschaftsschule, Basbecker Straße 34. Anschließend gemeinsame Kaffeetafel in der Konditorei Hölling, Lamstedt. 20 Uhr Heimatabend im Lokal Waldschlößchen, Wingst, Dolrock. Anfahrt für Autofahrer Bundesstraße 73 bis zur Abzweigung nach der Wingst. Mit der Bahn bis Bahnstation Höftgmbe (Strecke Hamburg—Cuxhaven). Es werden am Heimatabend die Tonfilme Königsberg und Danzig gezeigt. 2. Sonntag, 13. September, vormittags, Heimatstunde im Waldschlößchen, Wingst, Dolrock. Nachmittags heimatliches Beisammensein. Wir laden unsere Kreisangehörigen schon heute herzlich ein und bitten um zahlreiches Erscheinen, auch besonders der Jugend. Übernachtungsmöglichkeiten stehen in der Wingst-Dolrock sowie in Cadenberge und Höftgrube zur Verfügung. Anmeldungen erbitten wir an den Verkehrsverein Wingst, das Bahnhofshotel Höftgrube oder an das Trefflokal Möller, Waldschlößchen, Wingst-Dolrock, zu richten. Also auf Wiedersehen im Patenkreis am 12./13. September.

Lötzen

Kreisvertreter: Dipl.-Ing. Werner Coehn, 23 Kiel, Graf-Spee-Straße 12, Telefon 04 31 / 4 68 74.

Jahreshaupttreffen am 29./30. August in Neumünster: Am 29. August fahren die Busse der Patenstadt um 11.30 Uhr vom Bahnhofsplatz Neumünster zum Plöner See, wo vor der Dampferfahrt in Bosau ein gemeinsames Mittagsmahl eingenommen wird. Um 20 Uhr beginnt ein heiterer Ostpreußenabend im Saal des Hotels Kaisereck am Bahnhof. Zu der Seenfahrt ist bis zum 8. August die Zusage notwendig. Aus Anlaß des 100. Stadtjubiläums haben wir auf Magistratsbeschluß eine einmalige Dotation erhalten. Diese soll den Fahrtkosten der entfernten Patenkinder zugute kommen. Auch deshalb und wegen der Hotel- oder Bürgerquartiere muß Frau N. Kawlath, Neumünster, Franz-Wieman-Straße 27a, umgehend die Teilnehmerzahlen haben. Sonntag vormittag spricht Lm. Milthaler, der Bundesgeschäftsführer der LMO in der „Reichshalle". Die räumlich und inhaltlich erweiterte Heimat-Ausstellung wird besonders interessieren. Kurt Gerber

Wiedersehen in Pyrmont: Immer wieder haben die Abiturjahrgänge 1941—43 der Oberschule für Mädchen in Lötzen daran gedacht, sich wiederzusehen. Eine Klasse traf sich vor Jahren zweimal in Bückeburg und verlebte mit Oberstudiendirektor a. D. Dr. Zellmer frohe Stunden. Wir hatten im Laufe der Jahre einige Adressen gesammelt und man wußte so mehr oder weniger voneinander. In einem großen Kreis sich wiederzusehen, das wäre doch viel schöner! Nun kam der Anstoß von Ursel Scheumann. Ursel übernahm Anfang 1969 die Leitung des Ostheims in Bad Pyrmont. Dort werden neben politischen und kulturellen Tagungen auch Treffen von ehemaligen Schülern und Lehrern durchgeführt. Also wollten wir auch den Versuch machen. Wir fühlten uns sehr wohl und Ursel Scheumanns unauffällige und umsichtige Fürsorge sowie die gute Küche ließen uns nichts vermissen. Fräulein Dr. Glage und Dr. Zellmer weilten von den ehemaligen Lehrkräften unter uns. Grüße bestellen konnten wir von Frau Schernus, Fräulein Rochow und Fräulein Koch, die gerne gekommen wären und es nächstes Mal gewiß tun wollen. Die Berichte, beginnend mit dem Abgang aus der Schule, waren sehr ernst und oft erschütternd. Und doch wurden sie von einigen mit einer Leichtigkeit erzählt und mit Humor verbrämt, daß wir oft hellauf lachen mußten. Hatte doch jeder Mut und Standhaftigkeit beweisen müssen und mancher öfter etwas Neues begonnen oder zwei Ausbildungen durchgemacht. Durch Zähigkeit, Ausdauer und Fleiß und nicht zuletzt Optimismus und Lebenfreude haben es alle zu einem lebenswerten Dasein gebracht. Je später es an diesem Abend wurde, desto heiterer erscholl das Lachen durch das ganze Haus und es war nicht nur der Wein daran schuld. Sollte diese Lachfreudigkeit eine spezielle ostpreußische Eigenschaft sein? Ich möchte widersprechen, war doch in unserem Kreis eine ehemalige Schülerin, die seinerzeit aus Dresden kam und ihr Lachen konnte man genauso hören. Der Kreis hatte sich am Sonntag merklich vergrößert und die fröhliche Stimmung hielt an. Kritiker könnten sagen: Na ja, wenn so viele Frauen beieinander sind, wird immer gelacht. Waren aber die sechs Ehemänner und ebenso viele Jugendliche und Kinder, unter denen der Jüngste sieben Jahre alt war, etwa nicht vergnügt? Wir fühlten uns in Gegenwart unserer Lehrer im Ostheim, das eine freundliche Atmosphäre hat, in unsere Jugend zurückversetzt und gaben uns ebenso ungezwungen wie damals.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Max Brenk, 328 Bad Pyrmont, Postfach 120, Telefon 0 52 81 / 22 92.

Unsere Ortsvertreter: Besondere Geburtstage begehen: Glaß, Wilhelm, aus Kleinheidenau, jetzt 4996 Heddinghausen Nr. 214, seinen 85. Geburtstag am 6. August. Pischon, Johann, aus Altkirchen, jetzt 3401 Wöllmarshausen über Göttingen, seinen 75. Geburtstag am 16. August. Kuczewski, Karl, aus Michelsdorf, jetzt 235 Neumünster, Sachsenring 55 (Wohnung 61), seinen 70. Geburtstag am 20. August. Ollech, Otto, aus Dimmern, jetzt 4901 Wülfer-Bexten, Post Werl-Aspe, Hellbrede 10, seinen 65. Geburtstag am 24. August. Pleines, Walter, aus Waldrode, jetzt 3304 Zweidorf, Post Wendeburg, über Braunschweig, Rodekamp, seinen 60. Geburtstag am 28. August. Der Kreisausschuß gratuliert sehr herzlich zum Geburtstag mit besten Wünschen für den weiteren Lebensweg.

Rudolf Salfeld, Grünflur †. Am 28. Juni ist Rudolf Salfeld, einer unserer alten und bewährten Mitglieder des Kreistages, im Alter von 76 Jahren von uns gegangen. Noch bis in die letzten Tage vor seinem Tod hat er sich mit Fragen seiner Heimatgemeinde und seines Amtsbezirks eingehend beschäftigt. Lm. Salfeld wurde in Grünflur geboren und ist dort aufgewachsen. Im Jahre 1922 heiratete er Wilhelmine Kiy aus Gr. Jerutten und übernahm gleichzeitig den elterlichen Hof von 200 Morgen. Mehr als 15 Jahre war er Bürgermeister seiner Heimatgemeinde und später auch Obmann auf dem landwirtschaftlichen Sektor. Nach der Vertreibung wohnte Salfeld mit seiner Familie bis 1963 in Herne und zog dann mit seiner Frau in das neuerbaute Haus seines ältesten Sohnes nach Cappel über Marburg (Lahn), Goethestraße 5. Seine Beisetzung erfolgte auf dem Südfriedhof in Minden (Westf). Rudolf Salfeld hat sich immer verdienstvoll für unseren Heimatkreis Ortelsburg und für die Allgemeinheit eingesetzt. Er wird bei uns unvergessen bleiben.

Brenk

Osterode

Kreisvertreter: Hans Strüver, 333 Helmstedt, Schützenwall 13, Telefon 0 53 51 / 27 40.

Kreistreffen in Osterode (Harz) am 15./16. August: Sonnabend, 15. August, 18 Uhr, Kranzniederlegung



Lebensversicherungen haben immer mehr an Bedeutung gewonnen. Jedoch wie stark die Versicherungsleistungen in den letzten Jahren angestiegen sind, ist weniger bekannt. Im Jahre 1955 betrugen z. B. die Leistungen der Lebensversicherungsunternehmen in der Bundesrepublik rund 392 Millionen D-Mark. 1969 lag die Summe der jährlichen Leistungen bereits bei 2,688 Milliarden D-Mark. Sie erhöhte sich also fast auf das Siebenfache.

Foto WB-Press

am Ehrenmal. Ab 20 Uhr zwangloses Beisammensein im Hotel Deutscher Kaiser. (Um 15 Uhr treffen sich bereits die Angehörigen der Kameradschaft des ehem. III. Btl. Inf.-Regt. 3 und des ehem. III. Btl. Inf.-Regt. Braunsberg im Hotel Deutscher Kaiser). — Sonntag, 16. August, 9.30 Uhr, ev. Gottesdienst in der Marienkirche, der von unserem Osteroder Landsmann, Pastor Marburg, gehalten wird; 10 Uhr kath. Gottesdienst in der St. Martinuskirche, Bergstraße. Das Treffen wird wieder in der Gaststätte „Städt. Kurpark" durchgeführt. Saalöffnung 9 Uhr. Beginn der Feierstunde 11.30 Uhr; es spricht der Vors. der Landesgruppe Niedersachsen unserer Landsmannschaft, Lm. Hein MdB. Ab 14.30 Uhr Unterhaltungs- und Tanzmusik. Liebe Landsleute, in diesem Jahr kommt den Heimattreffen besondere Bedeutung zu. Ich bitte daher, recht zahlreich zu diesem Kreistreffen in unsere Patenstadt zu kommen. Setzen Sie sich bitte mit Bekannten wegen gemeinsamer Fahrt in Verbindung und sorgen Sie alle dafür, daß auch dieses Treffen durch große Teilnahme wieder zu einem heimatpolitischen Erfolg wird.

Pr.-Eylau

Kreisvertreter: Gerhard Doepner, 24 Lübeck-Moisling, Knusperhäuschen 5, Telefon 04 51 / 80 18 07.

Kreistreffen 1970: Nachstehend gebe ich den Ablauf unseres Kreistreffens am 29. und 30. August in unserer Patenstadt Verden bekannt. Sonnabend, 29. August, 13 Uhr, findet im Sitzungssaal des Kreishauses eine Kreistagssitzung für alle Mitglieder statt. Um 14 Uhr Abfahrt vom Kreishaus zu einer Besichtigungsfahrt in den Kreis, mit anschließender Kaffeetafel. Hierzu ist unbedingt bis spätestens 25. August eine Anmeldung bei Alfred Wölk, 309 Verden, Buschbültenweg 25, erforderlich, damit die nötigen Plätze zur Verfügung stehen. Der Heimatabend beginnt, wie bisher, um 20 Uhr im Parkhotel Grüner Jäger, wobei u. a. Lm. Bruno Flasch Rezitationen in Natanger Platt bringen und der Verdener Schülerchor mitwirken wird. Für die weitere Unterhaltung wird außerdem eine Tanzkapelle sorgen. — Sonntag, 30. August, 11.15 Uhr, Feierstunde am Mahnmal im Bürger-Park. Die Festrede hält der Stellvertr. Sprecher der LMO, Gerhard Prengel. Quartierbestellungen bitte ich recht bald beim Verkehrsamt der Stadt Verden aufzugeben, da Unterkünfte nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung stehen. Ich hoffe, recht viele Pr.-Eylauer in Verden begrüßen zu können.

Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dr. Hans Reimer, Lübeck. Geschäftsführer: Gert-Joachim Jürgens, 314 Lüneburg, Schillerstraße 8, Telefon 0 41 31/4 23 16.

Die kleine Broschüre „Ragnit — ein Rundgang durch die unvergessene Stadt an der Memel" von H. G. Tautorat hat bei vielen unserer Landsleute großes Interesse gefunden. Wir bringen deshalb unseren Hinweis in Folge 25 nochmals in Erinnerung. Die Broschüre mit Ragniter Stadtplan wird für 2,— DM plus Versandporto von unserer Geschäftsstelle abgegeben. Es sind noch genügend Exemplare vorrätig. Bestellungen per Postkarte werden sofort ausgeführt. Darüber hinaus kann auch noch die Ausstellungsfestschrift „Tilsit — Stadt und Land" mit der großen Heimatkarte zum Stückpreis von 3,— DM zuzgl. Porto durch uns bezogen werden. Außerdem verfügen wir noch über einen kleinen Restbestand unseres diesjährigen Pfingstrundbriefes „Land an der Memel", den wir kostenlos bei entsprechender Anforderung beifügen.

Kamerad, ich rufe dich!

Pionier-Batallion 1

Die Kameradschaft Pi.-Btl. 1 hält ihr diesjähriges Treffen am 17. und 18. Oktober in Köln ab. Die Kameraden und Angehörigen der aus dem Pi.-Btl. 1, Königsberg Pr., hervorgegangenen Schwesterbataillone Pi. 11, 21, 41 einschl. der Kriegsformationen sind zu diesem Treffen herzlichst eingeladen. Treffpunkt ist das Kolpinghaus, St.-Apern-Straße (zwischen Breite- und Zeughausstraße), etwa 10 Minuten zu Fuß vom Hauptbahnhof. Beginn am 17. 10. um 15.00 Uhr. Ab 16.00 Uhr Jahresversammlung mit Bericht „Neues von den Pionieren". Für Angehörige in dieser Zeit Stadtbesichtigung. Ab 20.00 Uhr Beisammensein mit Tanz. Am 18. 10. um 10.30 Uhr Frühschoppen mit gemeinsamem Mittagessen und Ausklang. Auf die verbilligten Fahrten der Bundesbahn zu diesem Zeitpunkt wird hingewiesen.

Otto Metz, 5 Köln 91, Burgstraße 70

Eisenbahn-Panzerzug 6

Gesucht wird Kamerad Kuno Werle aus Heilsberg, Ostpreußen, von den Kameraden Erwin Schmitt, A 2345 Brunn am Gebirge, Österreich, Gattringerstraße 7, und Hubert Schwarz, 6720 Speyer/Rh., Albert-Einstein-Straße 4

Tag der Kavallerie in Lüneburg

Ausstellung ostpreußischer Regimenter im Jagdmuseum

Im Rahmen des in Lüneburg am 15. und 16. August stattfindenden „Waffentages der Kavallerie" wird im Ostpreußischen Jagdmuseum (Wild, Wald und Pferde Ostpreußens) Lüneburg, Salzstraße 25-26, eine Ausstellung ost- und westpreußischer Kavallerieregimenter gezeigt.

Neben zahlreichen Erinnnerungsstücken, Aufstellungen, Dokumenten, Bildern usw. werden Standarten, 25 Uniformen ost- und westpreußischer Kavallerieregimenter der Kaiserzeit sowie der Wehrmacht ausgestellt. So sind neben dem Kaiserpreis aus dem Großen Armee-Jagdrennen, Deutschlands schwerstem Offiziersrennen, u. a. auch die Uniformen des Generalfeldmarschalls v. Mackensen zu sehen.

Die Ausstellung wird am Sonnabend, 15. August, um 10 Uhr, eröffnet. Im Anschluß daran finden von 11 bis 11.30 Uhr reiterliche Vorführungen in der Schlieffenkaserne statt.

Das Ostpreußische Jagdmuseum ist an den genannten Tagen in der Zeit von 9 bis 12 Uhr sowie von 14 bis 16 Uhr geöffnet. L.

Flugreisen nach Berlin

Verzeichnis der Pauschal-Angebote

Um den Interessenten für eine touristische Berlin-Reise einen besseren Überblick zu geben, welche Büros heute Flugpauschalreisen ausschreiben, hat das Verkehrsamt Berlin (1 Berlin 12, Fasanenstraße 7-8) ein entsprechendes Verzeichnis herausgebracht. Mit diesem Verzeichnis, in dem rund 83 IT-Reise-Veranstalter zur Veröffentlichung gekommen sind, wurde das touristische Flug-Pauschal-Reiseangebot markttransparent gemacht. V. B.

Quirlen mahlten Mehl und Grütze

Altes Haushaltsgerät hielt sich in Ostpreußen bis ins 19. Jahrhundert

Im Königsberger Prussia-Museum, aber auch in den heimatgeschichtlichen Sammlungen der Kreisstädte, standen noch viele alte Handmühlen, die bei uns Quirlen, Quirdeln oder Querlen genannt wurden.

Seit wann das Korn mit diesen einfachen Drehmühlen gemahlen wurde, ist nicht bekannt. Wir wissen nur, daß die „Quernen", wie die Vorgeschichtsforscher sie nennen, bereits in der späten Bronzezeit bzw. in der frühen Eisenzeit, d. h. schon vor der Zeitenwende, die primitiven Reibemühlen ablösten, in denen die Körner noch mit einem runden Stein in einem großen muldenförmigen — meist Granitblock — zerrieben und zerquetscht wurden.

Auf das hohe Alter der Quernen deutet allein schon der Name, der sich vom gotischen Wort „Quairnus" ableitet (Er ist auch in dem Ortsnamen Quer[n]furt enthalten), sowie die weite Verbreitung im keltisch-germanischen Raum, und nicht zuletzt die häufige Erwähnung in den Sagen. So heißt es z. B. in der altisländischen Edda von den Riesenmädchen:

Sie ließen erknirschen die knarrende Mühle...
Laßt uns richten die Kasten und drehen die Steine...
Die Mädchen mahlten mit mächtiger Kraft...
Die Stangen bebten, es stürzte der Kasten.

Den uns überlieferten Beschreibungen nach, aber auch auf Grund der Funde aus frühester Zeit wissen wir, daß jene Mühlen genauso gebaut waren wie die Quirlen in unseren Museen.

Ob die Preußen die Drehmühlen schon vor den Goten, die ja ihre Nachbarn waren, übernahmen (eine in Breslau-Hartlieb gefundene Kastenmühle stammt eindeutig aus dem 1. Jh. nach Chr.), läßt sich nicht mehr überprüfen, ist aber anzunehmen, zumal der Einfluß ihrer Kultur auf anderen Gebieten ebenfalls erkennbar ist. Spätestens brachten jedoch die Wikinger sie ins Land, denn aus Ausgrabungen in Haithabu wissen wir, daß sie solche besaßen. Bestätigt wird diese Annahme durch eine Stelle in der Handschrift über das Leben der heiligen Barbara (aufbewahrt in der Nicolaikirche zu Elbing), in der wir erfahren, daß die Handmühlen zu Beginn des 13. Jahrhunderts in Preußen schon allgemein bekannt waren.

Doch auch die Siedler, die den Kreuzherren ins Preußenland folgten, führten ihre Mühlen mit sich, so daß zu Beginn der Ordenszeit wahrscheinlich die meisten Familien in Stadt und Land solche besaßen.

Im Großen Ämterbuch des Deutschen Ordens z. B. werden im Inventarverzeichnis von Angerburg „2 stein czu eyner Quirlle" aufgeführt. Vielleicht sollte mit ihnen im Falle einer längeren Belagerung der Burg das Korn gemahlen werden.

Die Zahl der Handmühlen verringerte sich jedoch sehr rasch, als der Orden um die Mitte des 15. Jahrhunderts in dem ihm verbliebenen Gebiet den Mahlzwang einführte, der die Bevölkerung, namentlich die deutschen Einwanderer, verpflichtete, ihr Getreide auf einer bestimmten Mühle mahlen zu lassen. Natürlich traf der Landesherr die Maßnahme nicht um der Müller willen, die dadurch erhebliche Mehreinnahmen hatten, sondern weil er die Mühlen jetzt mit einer Steuer belegte, die dem Staat einen gleichmäßigen und recht einträglichen Gewinn brachte.

Die Herzöge, die diese Pfründe in der Folgezeit übernahmen, gingen sogar noch einen Schritt weiter, wie eine Urkunde der Stadt Insterburg vom 10. Oktober 1583 beweist. In ihr wird nämlich nicht nur festgelegt, daß das Getreide ausschließlich auf der Schloßmühle, oder wenn dort kein Wasser ist, in Georgenburg oder Saalau gemahlen werden muß, sondern auch, daß die Querlen abgeschafft werden sollen. Ebenso verbot im Jahr 1617 Kurfürst Johann Siegismund den Königsberger Bürgern und Brauern die Benutzung der Quirlen zur Aufbereitung des Malzes. (Malzquetschen gab es damals noch nicht).

Wieweit diese Verordnungen befolgt wurden, mag hier dahingestellt bleiben. Auf dem Lande waren die Handmühlen jedenfalls das ganze 17. Jahrhundert weiter in Gebrauch, wurden aber konzessioniert und mit Abgaben belegt. Die Überwachung dieser Maßnahme war natürlich umständlich, denn es mußten zunächst die Quirlenbesitzer ermittelt, die Namenslisten immer wieder berichtigt und schließlich die vielen kleinen Beträge abgerechnet werden, aber insgesamt lohnte sich die Arbeit, denn sie brachte, wie wir aus den alten Rechnungsbüchern ersehen, einige tausend Taler je Jahr.

Da die Zahl der Wasser- und Windmühlen im Lauf der Jahrhunderte erheblich zunahm und deren Leistung noch gesteigert werden konnte, schaffte die Verwaltung im 1714 auch das Konzessionssystem ab und verbot die Benutzung der Handmühlen in allen Städten, in deren Mauern oder Umgebung Mühlenwerke lagen. Lediglich die ärmere Bevölkerung konnte nach Lösung eines Steuerzettels weiterhin mit der Handmühle mahlen. Diese war aber auf dem Amt abzuliefern und durfte dort nur zwischen 7 Uhr morgens und 8 Uhr abends in der Mahlstube benutzt werden.

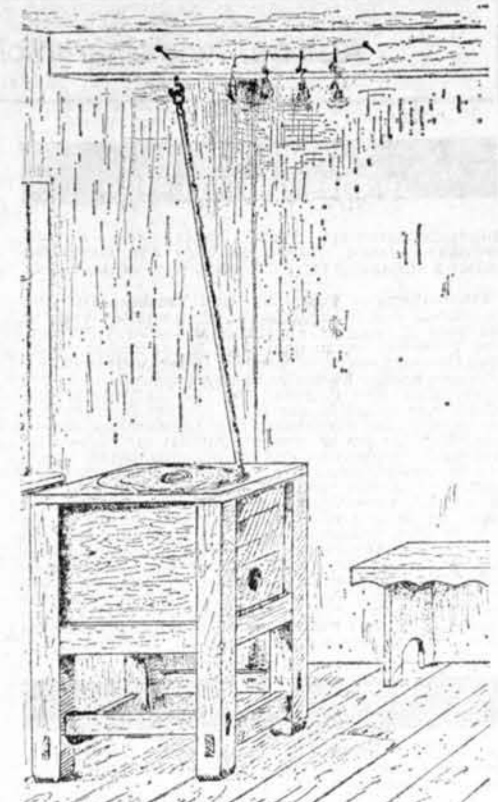
Noch weiter ging das „Edikt wegen völliger und gäntzlicher Abschaffung der sogenannten Querlen oder Handmühlen in Ostpreußen" vom 24. November 1731. Es verbot deren Gebrauch vollkommen und ordnete den Bau weiterer motorischer Mühlen an. 1786 und 1799 wurde das Verbot wiederholt, doch duldete die Regierung die Handmühlen in den entlegenen Dörfern, wie z. B. in Preußisch-Litauen, zumal sie hier eine Entlastung der Mühlenwerke bedeuteten. Der Landesherr war also in allen Jahrhunderten trotz des großen Interesses an einem hohen Steueraufkommen darum bemüht, Härten zu vermeiden und der ärmeren Bevölkerung zu helfen. Aus diesem Grunde gab es, wie uns C. F. W. Dieterici in seinem 1846 erschienenen Buch „Der Volkswohlstand im preußischen Staat" berichtet, im Jahre 1806 in 90 Prozent der litauischen Dörfer noch Handmühlen. Ein Beweis dafür, daß es zwar gelungen war, ihre Zahl in einigen Gegenden einzuschränken, sie aber niemals ganz abgeschafft werden konnten.

Ergänzend mag an dieser Stelle erwähnt werden, daß es im Ermland derartige Verbote bzw. Konzessionen der Handmühlen nicht gab, wohl aber in anderen Ländern. Doch auch dort lenkten die Regierungen bei berechtigtem energischem Einspruch stets ein. Als Beispiel hierfür sei Ostfriesland angeführt, wo die weitere Benutzung der „Handquernen" gestattet wurde, weil es dort viele einzeln liegende Gehöfte gab, von denen bei schlechtem Wetter, namentlich im Winter, die gewerblichen Mühlen nicht erreicht werden konnten.

Als 1808 das Mühlenregal und der Mahlzwang aufgehoben wurden, änderte sich hierdurch kaum etwas. Die Masse der Verbraucher hatte sich daran gewöhnt, das Getreide zur Mühle zu bringen und blieb dabei, denn inzwischen waren durch den Fortschritt, den die technische Entwicklung der Mühlen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts nahm, die Ansprüche an die Mühlenprodukte gestiegen. Quirlen konnten nur Hafer- und Gerstengrütze, bestenfalls Schrotmehl für ein grobes Bauernbrot liefern. Das genügte jetzt nicht mehr. So gerieten die Handmühlen schon in kurzer Zeit in Vergessenheit und wurden höchstens in Notzeiten noch einmal hervorgeholt.

In dem hochinteressanten Buch „Masuren, Skizzen und Bilder von Land und Leuten", Berlin 1915, schreibt Dr. Heß von Wichdorff: „Noch vor wenigen Jahren besaß fast jedes Haus in Masuren ein solches Gerät. Jetzt sind sie fast alle verschwunden, und die meisten von ihnen sind auf dem Hausboden zur Untätigkeit verurteilt... Da auch in Masuren die letzten Handmühlen verschwinden werden, erscheint es angebracht, dieses alte Hausgerät in einer Zeichnung (siehe Abbildung) wiederzugeben. Man sieht, daß der obere Mahlstein durch eine Stange, die in einem Haken am Deckenbalken befestigt ist, gleichmäßig gedreht werden kann, während der untere konisch eingreifende Mahlstein unbeweglich ist. Die Mahlsteine sind in der Mitte durchbohrt mit einer oben weiten, unten spitz zulaufenden Öffnung, durch die der zu mahlende Stoff eingeschüttet wird. Die beiden Mahlsteine liegen in einem ihrer Schwere entsprechenden festen Holzgehäuse, das nur den oberen Stein von oben erkennen läßt. Unten im Kasten befindet sich ein Loch, durch das das Mehl in einen darunter gestellten Behälter abläuft."

Die Mühlsteine wurden von den Quirlenbesitzern meist selbst aus Feldsteinen zugehauen, wie zahlreiche Funde, aber auch die Mühlen in den Museen erkennen lassen. (In alter Zeit wurden sogar die Steine der gewerblichen Mühlen z. T. noch oft aus Findlingen hergestellt, und weil diese nicht so groß waren, aus Stücken aneinandergesetzt und mit einem Eisenreifen zusammengehalten). Sie standen in ihrer Qualität den Sandsteinen, die die Müller lange Zeit hindurch aus Pirna bezogen und deshalb bei uns „Perner" hießen, in keiner Weise nach.



Alte ostpreußische Handmühle

Fast tausend Jahre hatten unsere Vorfahren ihr Korn in unterschiedlicher Menge auf den keltisch-germanischen Quernen gemahlen, dann ging die Zeit über sie hinweg. Doch nicht nur die Handmühlen wurden von dieser Entwicklung betroffen, sondern auch die vielen kleinen Wasser-, Wind- und Roßmühlen, die nach dem gleichen Mahlprinzip arbeiteten. Auch sie verschwanden in kurzer Zeit oder wurden, wo es möglich war, zu Sägemühlen umgebaut.

Kapital und Technik und nicht zuletzt ein verändeter Konsumbedarf ermöglichten dem Großbetrieb den Siegeszug in der Müllerei

Dr. H. Trunz

Nach der Trauung folgte das Wagenrennen

Alte Hochzeitsbräuche in Ostpreußen — Die Braut flocht sich Silbergroschen ins Haar

Jeder Ostpreuße wird sich gerne der großen Landhochzeiten erinnern, deren wohl ein jeder einmal Zeuge geworden ist. Ob in den Kreisoder kleinen Landstädtchen, ob in den Kirchdörfern im Samland oder Masuren, überall war es das gleiche Bild bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wenn die ländlichen Fuhrwerke in langen Kolonnen zur Kirche rollten. Die besten „Kutschen" waren dazu aufgeboten, bespannt mit den schönsten Trakehnern und geschmückt zumeist mit Rosengirlanden aus Seidenpapier oder zur Sommerszeit mit dicken Blumenketten. Denn eine Hochzeit auf dem Lande — das war in allen Teilen Ostpreußens das bedeutsamste Familienfest, bei dem es nicht nur hoch herging, sondern auch der Umwelt bewiesen werden sollte, in welcher soliden und wohlhabenden Verfassung sich die Brauteltern befanden.

Wochen zuvor hatte der Großknecht oder auch ein Sohn des Hochzeitshauses feierlich die Einladungen in die Nachbarschaft überbracht und diese rüstete zum großen Ereignis, von dem man überzeugt war, daß es wie jede gute Landhochzeit in Ostpreußen wenigstens drei Tage dauern würde. Es soll früher sogar Bauernhochzeiten in Ostpreußen gegeben haben, die eine ganze Woche währten.

Kam dann der große Tag herbei, stellten sich die Jagdwagen, die Landauer, die Spazierwagen der geladenen Gäste schön herausgeputzt auf dem Hochzeitshof ein, wo noch schnell ein deftiges Frühstück eingenommen wurde. Dem Korinus, dem Kirsch- oder Prunelle-Likör wurde zumeist ganz tüchtig zugesprochen, ehe man die Fuhrwerke zur Kirchfahrt bestieg, deren Reihe die Brautkutsche beschloß. Die Heimfahrt von der Trauung vollzog sich in manchen Teilen der Provinz wie in Masuren und in Natangen wenig feierlich und wurde vielfach zu einem ausgesprochenen Wagenrennen. Kaum hatten die Fahrzeuge die freie Chaussee gewonnen, galoppierte die jetzt anführende Brautkutsche davon und die übrigen Wagen folgten, ja suchten sie sogar zu überholen. Da gab es Speichen- und auch Radbrüche, aber das gehörte dazu und ist eigentlich niemals gefährlich ausgegangen. So kam man schon in hoher Stimmung im Hochzeitshaus an, wo die Tafel festlich gedeckt war.

Es war nicht selten, daß zur Bauernhochzeit ein Rind, zwei fette Schweine, mehrere Kälber, dazu Gänse, Enten und Hühner in Massen ihr Leben lassen mußten. Berge von weißfleischigen Kartoffeln dampften und aus Achteln floß endlos das Bier. Drei oder vier Stunden dauerte das Hochzeitmahl bestimmt und dann war es bald Zeit, noch Kaffee zu trinken mit Mengen von Torten, Fladen und Mohnkuchen. Wenn die jungen Frauen und Mädchen die Garderobe gewechselt hatten, ihre frisch geschneiderten Hochzeitskleider glänzen ließen, dann konnte der Tanz beginnen, der vor Morgengrauen nicht aufhörte. Die alten Bauern spielten Skat, Omas ging der Stoff beim Familien- und Dorfklatsch nicht aus und die Jugend feierte.



Mit dem Boot zur Kirche: Hochzeitsgesellschaft auf der Memel. Foto Archiv

Zwei Tage Hochzeit erlaubt

Seit alters her haben in Altpreußen nicht nur die Landbewohner, sondern auch die Bürger der Städte auf die Ausgestaltung der Hochzeitsfeiern den größten Wert gelegt. Der Aufwand, der dabei getrieben wurde, war in den Städten nicht nur nicht geringer als auf dem flachen Lande, sondern übertraf an Luxus in der Kleidung und in der Festgestaltung oft das gebotene Maß. Die gestrenge Obrigkeit sah solche Übertreibungen und Prassereien nicht gerne, weil sie um ihre Steuertaler fürchtete. So erließen die Räte der drei Königsberger Städte 1445 bei hoher Strafe die Anordnung, daß Hochzeiten nur noch zwei Tage gefeiert werden dürften. Es sollten auch bei Hochzeit und Kindlbier in einem reichen Haushalt nicht mehr als 15 Schüsseln aufgetragen werden, der „gemeine Freie" durfte seinen Gästen höchstens sechs Schüsseln vorsetzen. Dazu muß man wissen, daß der Inhalt einer Schüssel für vier Personen berechnet war, so daß diese behördlich eingeschränkte Bewirtung immerhin noch als recht reichlich gelten konnte.

Im ostpreußischen Oberland war es noch bis zur Jahrhundertwende bei Hochzeiten üblich, das Brautpaar „zu besprengen". Wenn sich das Hochzeitsmahl dem Ende zuneigte, trat die erste Brautjungfer vor das junge Paar mit einem wassergefüllten Teller hin, in dem ein Sträußchen vom Lebensbaum schwamm. Nach einem Gedichtspruch besprengte das Mädchen die jungen Eheleute mit den Tropfen, die an dem grünen Strauß hingen, und überreichte ihm ein Geschenk. In diesem Brauch ist uralter Fruchtbarkeitssegen enthalten, wobei die immergrünen Zweiglein die Lebensrute symbolisieren, wie es zu Ostern die Birkenreiser tun, mit denen man die Mädchen stäubt. Diese Sitte entsprach auch der Volksmeinung, daß es reichen Kindersegen gibt, wenn es auf dem Wege zur Kirche der Braut auf den Kranz regnet.

Aus der Ordenszeit stammt die Sitte, daß die Bräute einen Kranz von duftenden Rosmarinblüten im Haar trugen. Diese kleinen, blaßblauen Lippenblüten verhießen nach dem Volksglauben das Glück gesunder Kinder. Die immergrüne Myrte für den Brautkranz zu benutzen, ist im Preußenland erst recht spät allgemeiner Brauch geworden. Zwar galt schon seit den Anfängen des Christentums die Myrte als Symbol der Liebe und Keuschheit, doch wurde sie erst in der Mitte des 16. Jahrhunderts in Deutschland zum Hochzeitssymbol. In Altpreußen hat sie das Rosmarin erst vor knapp 200 Jahren verdrängt und wir hören, daß 1893 im Kreise Tilsit das Myrtensträußchen für den Brautkranz nur an einem Gründonnerstag umgetopft werden durfte.

Bedient man sich heutzutage der Heiratsanzeige oder eines der Institute, die Ehen anbahnen, so glaube man nur nicht, daß zu Zeiten unserer Vorfahren kein Bedürfnis zu solchen Nachhilfen der Eheschließung bestand. Madame Luise Adelgunde Viktoria Gottsched (1713 bis 1762), die literarisch tätige Gattin des in Juditten bei Königsberg Anno 1700 geborenen Johann Christoph Gottsched, der als deutscher Lateraturpapst galt, setzte sich 1733 sehr nachdrücklich für die Gründung eines Heiratskollegiums ein. Es sollte nach ihren Vorstellungen tausend Personen männlichen und weiblichen Geschlechts umfassen, von denen jeder als Heiratskandidat sieben Taler in einen Fonds entrichten sollte, aus dem die Verwaltungskosten bestritten wurden.

Wer wird Herr im Haus?

Bei ostpreußischen Hochzeiten haben manche *Landsleute genau darauf geachtet, ob der Bräutigam* oder die Braut sich richtig verhielt. Schwenkte sie ihn beim *Fortgang vom Altar herum, so würde sie künftig das Regiment im* Hause führen. Professor Toeppen hat in seinem *1867 erschienenen Buch „Aberglauben aus Masuren"* hiervon schon berichtet und er wußte auch, daß während der Trauung die Braut dem Bräutigam auf den Fuß treten oder auf seinem Rock knien mußte, um ihn zu beherrschen. Die Braut hat sich vielleicht auch einen Silbergroschen ins Haar geflochten, von dem sie sich später einen Schnaps kauft und ihn austrinkt, *damit ihr Mann nie mehr als für einen Silber*groschen Alkohol tränke.

Aus der landsmannschaftlichen Arbeit in . .

GEMEINSCHAFT JUNGES OSTPREUSSEN

Bundesgruppenwart Hans Linke, 4618 Kamen, Breslauer Platz 6, Telefon 0 23 03 / 7 13 27. Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Postf. 8047, Tel. 04 11 / 45 25 41.

Internationales Volkstanz- und Trachtenfest: Der Landkreis Rotenburg/Wümme veranstaltet vom 20. bis zum 23. August ein internationales Volkstanz- und Trachtenfest, zu dem etwa 20 in- und ausländische Gruppen erwartet werden. Unterkunft und Verpflegung erfolgt kostenlos in Privatquartieren in den Gemeinden des Kreises. Die Heimatkreisgemeinschaft Angerburg in der LMO fürt im Rahmen dieses Festes als Patenkreis des Landkreises Rotenburg/Wümme am 22. und 23. August ihr Haupttreffen durch. Landkreis und Kreisgemeinschaft haben die Bundesspielschar der GJO dazu eingeladen. Mit folgenden Auftritten ist zu rechnen: Sonnabend 22. August. vormittags und abends, Sonntag, 23. August, ab Mittag (Festumzug), letzte Veranstaltung um 20 Uhr. Eventuell müßte der 21. als Anreise- und der 24. August als Abreisetag genommen werden. Eilmeldungen an den Leiter der Bundesspielschar, Kurt Olschewski, 243 Neustadt/Holstein, Hainholz 5, erbeten: Wer nimmt teil? Zahl der Teilnehmer, An- und Abreisetag, Höhe der Fahrtkosten: erfolgt Reise mit PKW, Bus oder Bahn? Wieviel Instrumente werden mitgebracht?

BERLIN

Vorsitzender der Landesgruppe Berlin: Kurt Jurkowski, 1 Berlin 61, Stresemannstr. 90—102 (Europahaus). Telefon 03 11 / 18 07 11.

22. August, Sbd., 16 Uhr, Heimatkreis **Osterode:** Kreistreffen im Haus der ostdeutschen Heimat, Stresemannstraße 90, Kasino.

22. August, Sbd., 17 Uhr, Heimatkreis **Johannisburg:** Kreistreffen im Hotel Ebershof, Schöneberg, Ebersstraße 68, am S-Bahnhof Schöneberg (Bus Nr. 65, 73, 75, 83 und 48).

23. August, So., 16 U hr, Heimatkreise **Gumbinnen-Memel,** Kreistreffen mit Musik und Tanz im Parkrestaurant Südende, Steglitzer Damm 95.

25. August, Di., 19.30 Uhr, **Ostpreußische Jugend:** Treffen mit Volkstanz im Haus der ostdeutschen Heimat, Stresemannstraße 90, Raum 118.

TAG DER HEIMAT

Großkundgebung

in der

Berliner Waldbühne

Sonntag, 6. September

um 10.30 Uhr

Kein Ostpreuße darf fehlen!

30. August, So., 14 Uhr, Heimatkreise **Samland-Labiau:** Ausflug nach Frohnau, Treffen Bus 12, Zeltinger Platz oder S-Bahn Frohnau, Wanderung Edelhofdamm zur Besichtigung des Buddha-Tempels. Kaffeetrinken. Evtl. Besichtigung der Kriegsversehrten-Siedlung oder Wanderung nach Hermsdorf oder Tegel, Bus A 15, oder Berliner Stadtforst nach Schulzendorf, Bus A 14.

5. September, Sbd., 20 Uhr, **Bunter Abend:** Europa singt, tanzt und lacht. Großer Folklore-Abend im Prälaten, Schöneberg.

6. September, So., 10.30 Uhr, **Tag der Heimat:** Großkundgebung in der Berliner Waldbühne.

HAMBURG

Vorsitzender der Landesgruppe Hamburg: Eberhard Wiehe, 2 Hamburg 62, Am Ohlmoorgraben 14, Telefon 04 11 / 5 20 77 67. Geschäftsstelle: 2 Hamburg 13, Parkallee 86, Telefon 04 11 / 45 25 42. Postscheckkonto Hamburg 96 05.

Landesgruppe — Sonntag, 13. September, wird der Tag der Heimat festlich begangen. Nähere Angaben in den nächsten Folgen des Ostpreußenblattes. — Am Vortag, Sonnabend, 12. September, in der Festhalle von Planten un Blomen, fröhlicher Abend der Landsmannschaften mit Tanz nach dem kulturellen Teil. Eintrittskarten ab sofort bei der Geschäftsstelle und bei den Bezirksgruppen.

NIEDERSACHSEN

Landesgruppe Niedersachsen e. V.: 1. Vorsitzender Alfred Hein MdB, 332 Salzgitter-Lebenstedt, Hint. Ostertal 44, Telefon 0 53 41 / 4 44 26; 2. Vorsitzender Fredi Jost, 457 Quakenbrück, Hasestraße 60, Telefon Nr. 0 54 31 / 5 17; 3. Vorsitzender Friedrich Wilhelm Raddatz, 318 Wolfsburg, Am Stemmelteich 24, Telefon 0 53 61 / 40 45.

Cadenberge — Donnerstag, 20. August, 14.30 Uhr, in Eylmanns Hotel, nächste Zusammenkunft der Frauengruppe. — Sonntag, 13. September, wird der Tag der Heimat auf Kreisebene unter Mitwirkung der Frauengruppe begangen. — Auf der Zusammenkunft der Frauengruppe im Juli berichtete Vorstandsmitglied Frau von Glinski aus eigener Erinnerung über den Abstimmungstag vor 50 Jahren, den sie in Lyck erlebt hatte.

HESSEN

Vorsitzender der Landesgruppe Hessen: Konrad Opitz, 63 Gießen, An der Liebighöhe 20, Telefon Nr. 06 41 / 3 81 47

Gießen — Gemeinsam unternahmen die Kreisgruppen der Ostpreußen und der Westpreußen eine Fahrt ins Blaue. Beim ersten Halt der beiden Busse auf Burg Staufenberg gab der Vors. Thiel einen Abriß der Besiedlungsgeschichte der Umgebung. Durch den Ebstorfer Grund ging es ins schöne Lumdatal. Jung und alt erfreuten sich am Tagesziel in Treis/Lumda an verschiedenen Unterhaltungsspielen und bei Volkstänzen. Für musikalische Einlagen sorgte die Mandolinengruppe des BdV in Treis. Mit humoristischen Vorträgen unterhielten die Landsleute Siegfried Knorr, Frau Knorr, Frau Schneider und Frau Thiel.

BAYERN

Vorsitzender der Landesgruppe Bayern: Walter Baasner, 8 München 23, Clemensstraße 48/IV li., Telefon 08 11 / 30 46 86

München — Der langjährige Kassierer der Bezirksgruppe, Lm. Erich Klotz, beging vor kurzem seinen 65. Geburtstag. Seit fünfzehn Jahren versieht er sein Ehrenamt in der landsmannschaftlichen Arbeit.

Die Welt, in der die Frauen heute leben

Die für Anfang September festgesetzte 22. Frauenarbeitstagung mußte um eine Woche verschoben werden.

Sie findet nun in der Woche vom 7. bis 13. September im Ostheim in Bad Pyrmont statt.

In das Gesamtthema „Die Welt, in der wir Frauen heute leben" sind die Einzelthemen der Vortragenden und Veranstaltungen eingefügt. Gemeinsames Singen und musische Veranstaltungen bringen viele Anregungen und Erlebnisse.

Der Frauenkreis der Landsmannschaft Ostpreußen wendet sich mit seiner Einladung zur Teilnahme an dieser inhaltsreichen Arbeitstagung vornehmlich an alle Gruppenleiterinnen und Mitarbeiterinnen im landsmannschaftlichen Bereich, darüber hinaus aber auch an alle am politischen Geschehen interessierten Frauen. Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir angesichts der anstrengenden Tagesordnung das Höchstalter für die Teilnahme auf 70 Jahre festsetzen müssen.

Der Eigenanteil beträgt jeweils 42,— DM, die Kosten für eine Rückfahrkarte vom Wohnort nach Bad Pyrmont werden erstattet. Unterkunft und Verpflegung im Ostheim sind frei.

Anmeldungen nimmt Frauenreferat bei der Bundesgeschäftsführung, 2 Hamburg 13, Postfach 8047, entgegen.

Walter Schories 75 Jahre alt

Ein Leben im Dienst der Musik

Am 11. August gilt es eines Mannes zu gedenken, der als Musikerpersönlichkeit und Pädagoge von 1924 bis 1944 an ostpreußischen Schulen, vorwiegend am Tilsiter staatlichen Gymnasium und von 1942 am Gymnasium Allenstein, wirkte und bis heute seiner Heimat in Treue verbunden blieb. Es ist Studienrat i. R. Walter Schories, Hamburg-Lokstedt, Lokstedter Steindamm 3. Er wird an diesem Tage 75 Jahre alt.

Walter Schories entstammt einer ostpreußischen Lehrerfamilie. Dem Rat seines Vaters folgend, wandte er sich ebenfalls dem Lehrerberuf zu. Doch seine besondere Begabung für Musik erweckte in ihm den Wunsch, einen seinen musikalischen Neigungen und Fähigkeiten gemäßen Beruf auszuüben. Sein Lieblingswunsch ging in Erfüllung, als er von 1922 an die Akademie für Kirchen- und Schulmusik in Berlin besuchen konnte. Hier wurden die Professoren Egidi, Kurt Schubert, von Baußnern und Fritz Jöde seine Lehrer. Als er 1924 die Musikakademie verließ, wurde ihm in Tilsit ein vielseitiges und musikalisch interessantes Arbeitsfeld geboten. Seine Schulkonzerte in den Jahren seiner Tätigkeit am Gymnasium zeichneten sich durch stilreine Programmgestaltung und musikalisch hohes Niveau aus, sie zeigten zugleich, welch ein gewichtiger Platz der Musik als Erziehungsfaktor in dieser wie in vielen anderen ostpreußischen Schulen eingeräumt wurde.

Neben seiner schulischen Arbeit übernahm er die Leitung des Tilsiter Sängervereins und den Organistendienst an der Kreuzkirche. Krönung der kirchenmusikalischen Arbeit bedeutete der Ruf ins Kantorenamt der ehrwürdigen Deutschordenskirche, das im Laufe von mehr als drei Jahrhunderten von markanten und bedeutenden Musikern wahrgenommen wurde. Die Aufführung des „Deutschen Requiems" von Johannes Brahms im Jahre 1941 ist all denen ein unvergeßliches Erlebnis in bitterer Kriegszeit geworden, die an der Gestaltung dieses Werkes unter Leitung von Walter Schories mitwirkten.

Als Schories 1942 einer Berufung nach Allenstein folgte, wußte er auch hier dem Musikleben der kulturell so lebendigen Stadt neue Impulse zu geben. Die Aufführung des großen oratorischen Chorwerkes „Segen der Erde" des kürzlich verstorbenen Komponisten Hermann Grabner im Jahre 1944 oder ein Konzert mit eigenen Liedkompositionen sind nur einige Zeugnisse einer fruchtbaren Schaffenszeit in Ostpreußen.

Nach dem Krieg, der ihm diesen erfolgreichen Wirkungskreis nahm, fand er in Hamburg seine neue Heimat. Seit 1945 bis zu seiner Pensionierung war er als Musikstudienrat am Heinrich-Hertz-Gymnasium tätig. Lange Jahre leitete er, immer neben seiner Schultätigkeit, die Chorvereinigung Hamburg-Lokstedt-Niendorf und den Männergesangverein der Polizei der Stadt Hamburg, mit dem er erfolgreiche Konzertreisen nach Frankreich, Schweden und Finnland unternahm. In den letzten Jahren schrieb er die Kantate „Von Sonne, Dünen, Haff und Meer" für Solostimmen, Chor und Orchester nach einem Text von Dr. Otto Losch. Diese Komposition, bei mehreren Ostpreußentreffen aufgeführt, ist ein starkes und ausdrucksvolles Bekenntnis zu seiner geliebten ostpreußischen Heimat.

Daß ihm noch Jahre in Gesundheit und weiterer Schaffenskraft geschenkt sein mögen, ist der Wunsch all derer, die mit ihm ein Stück seines Lebensweges zurücklegen durften.

Gerhard Reich

100 Jahre alt

wurde am 2. August 1970 Frau Auguste Doberleit. Sie stammt aus Angerburg und lebt heute in Mitteldeutschland. Zu erreichen ist sie über ihren Sohn Adalbert, der in Angerburg in der Rheinlandstraße 8 eine Autovermietung besaß und heute in 7154 Althütte, Im Wolfsgarten Nr. 19, wohnt. Die Redaktion des Ostpreußenblattes wünscht der Jubilarin weiterhin alles Gute und sendet über die trennende Demarkationslinie hinweg herzliche Grüße. *st*

Tips für junge Berlin-Besucher

Informationsschrift mit wertvollen Hinweisen

Das zunehmende Interesse in- und ausländischer Reisebüros, Berlin-Reisen für junge Menschen auszuschreiben, hat das Verkehrsamt Berlin veranlaßt, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Jugend und Sport einen Prospekt „Tips für jugendliche Berlin-Besucher" herauszubringen. Diese Informationsschrift enthält u. a. Angaben zu folgenden Fragen: Wohnen- Jugend-Gästehäuser, Jugend- und Studentenheime, Camping- und Zeltplätze, Jugendherbergen, Stadtrundfahrten, Ausgehen, Boutiquen, Sport. **V. B.**

Wir gratulieren...

zum 99. Geburtstag

Priddat, Anna, geb. Hermann, aus Bahnfelde, Kreis Gumbinnen, jetzt bei ihrem Sohn Adolf, 2391 Bistoft, am 8. August

zum 98. Geburtstag

Drews, Barbara, aus Sturmhübel, Kreis Rößel, jetzt 46 Dortmund-Bodelschwingh, Kösterstraße 2, am 4. August

zum 96. Geburtstag

Schröder, Julius, Schneidermeister, aus Liebenfelde, Kreis Labiau, jetzt bei seinem Pflegesohn Arno Kauhs, 3261 Buchholz, Neue Straße 7, am 7. August

zum 95. Geburtstag

Kalkstein, Lydia, aus Warchallen, Kreis Neidenburg, Brückendorf, Kreis Osterode, und Elbing, jetzt bei ihrer Tochter, 28 Bremen, Hauptmann-Böse-Weg 28, am 15. August

zum 94. Geburtstag

Bromberger, Berta, geb. Brehm, aus Schwarzwiesen, Kreis Schloßberg, jetzt 216 Stade, Kärntener Str. 9, am 29. Juli

zum 93. Geburtstag

Westenberger, Anna, geb. Toleikies, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, jetzt 53 Bonn-Bad Godesberg, Büchelstraße 22, bei Gudatke, am 11. August

zum 91. Geburtstag

Krajewski, Luise, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, jetzt 2443 Großenbrode, Dorfstraße 16, bei A. Witt, am 11. August

Wölk, Auguste, aus Georgenthal, Kreis Mohrungen, jetzt 233 Eckernförde, Auf der Höhe 26, am 7. August

zum 90. Geburtstag

Kutschelis, Albert, Landwirt, aus Burbein, Kreis Insterburg, jetzt 475 Unna, Obere Husemannstr. 17, am 9. August

Thomas, Marie, aus Pr.-Holland, Apothekerstraße, jetzt bei ihrer Tochter Else Elter, 2 Hamburg 50, Eimsbütteler Straße 98, am 6. August

Wiese, Auguste, aus Krakau, Kreis Labiau, jetzt 24 Lübeck, Medenbreite 5, am 3. August

zum 89. Geburtstag

Herrmann, August, Schmiedemeister, aus Ripkeim, Kreis Wehlau, jetzt 6 Frankfurt (Main)-Bornheim, Burgstraße 79, am 14. August

Hundrieser, Paul, Landrat der Kreise Sensburg und Heilsberg, jetzt 3261 Rinteln-Todenmann, am 26. Juli

zum 88. Geburtstag

Mahl, Emilie, geb. Marx, aus Königsberg, Tragheimer Pulverstraße 31, jetzt 1 Berlin 37, Lupsteiner Weg 69a, am 15. August

zum 86. Geburtstag

Fornacon, Karl, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt 3 Hannover-Döhren, Donaustraße 32, am 11. August

Witte, Wilhelm, aus Zargen, Kreis Wehlau, und Lipa (Südostpreußen), jetzt 34 Göttingen-Weende, Fichtenweg 17, am 13. August

zum 85. Geburtstag

Faust, Auguste, geb. Kantinn, aus Königsberg, Yorckstraße 86, jetzt 2085 Quickborn, Jahnstraße 63, am 11. August

Käwitz, Marie, aus Elbing, jetzt 2427 Malente-Gremsmühlen, Bahnhofstraße 66, am 19. Juli

Royek, Karl, Feuerwehrführer, aus Seehag (Jablonken), Kreis Neidenburg, jetzt zu erreichen über Fr. Kalau, 7141 Großbottwar, Birkenstraße 2, am 4. August

Scheuermann, Maria, Wittwe des Oberst Günther Scheuermann, aus Königsberg, jetzt 8132 Tutzing, am 11. August

Stamminger, Wilhelm, aus Warkallen, Kreis Allenstein und Gumbinnen, Erich-Koch-Straße 1, jetzt bei seiner Tochter Frieda Scheffler, 326 Rinteln, Alte Todenmanner Straße 1, am 9. August

Vallentin, August, aus Blaudiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt 2216 Schenefeld, Mühlenstraße 10, am 7. August

zum 84. Geburtstag

Bechler, Ida, geb. Gronmeyer, aus Schwenten, Kreis Angerburg, jetzt 7101 Offenau, Salinenstraße 6, am 15. August

Damerau, Max, Bauer, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt 35 Kassel, Vaakerstraße 18, am 14. August

Gnadt, Helene, geb. Neumann, aus Groß Budschen, Kreis Angerburg, jetzt 465 Gelsenkirchen, Bogenstraße 23, am 13. August

Gutzeit, Karl, Privatförster i. R., aus Parnehnen, Kreis Wehlau, jetzt 5 Köln 80, Semmelweißstraße 34, am 4. August

Scharfietter, Therese, aus Memel, Wiesenstr. 20, jetzt 205 Hamburg 80, Lohbrügger Weg 3, am 2. August

zum 83. Geburtstag

Jonat, Hermann, aus Königsberg, Rippenstraße 30, jetzt 24 Lübeck, Große Gröpelgrube 3, am 11. August

Karnbach, Paul, Justizsekretär i. R., aus Allenstein, Herrenstraße 20, jetzt 707 Schwäbisch-Gmünd, Albstraße 64, am 9. August

Köhn, Ida, geb. Masuhr, aus Kanitz, Kreis Angerburg, jetzt in Mitteldeutschland, zu erreichen über Franz Jordan, 213 Rotenburg, Mittelweg 37, am 14. August

Nittka, Adolf, aus Birkenhöhe, Kreis Angerburg, jetzt 8301 Fuhrt, Am Bachfeld 12, am 12. August

Schwittay, August, aus Arys-Süd, Kreis Johannisburg, jetzt 24 Lübeck, Butterstieg 7, am 14. August

Wiersbitzky, Maria, aus Allenburg, Kreis Wehlau, Allestraße 106, jetzt 219 Cuxhaven-Groden, Eduard-Karstens-Weg 27, am 6. August

zum 82. Geburtstag

Kaleyta, Auguste, aus Abbau Lyck, jetzt 24 Lübeck-Siems, Böhmskamp 43, am 14. August

Pöpping, Auguste, geb. Liedtke, aus Jakunen, Kreis Angerburg, jetzt 475 Unna, Danziger Straße 5a, am 10. August

Posdziech, Karoline, geb. Jorkowski, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt 5138 Heinsberg, Mühlenstraße 16, am 31. Juli

Repold, Hermann, aus Ortelsburg, jetzt 312 Wittingen, Barhausenstraße 42, am 15. August

Sakowski, Marie, geb. Czygan, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt 244 Oldenburg, Ostlandstr. 35, am 13. August

Strahl, Erna, aus Königsberg, Vorstädtische Langgasse, jetzt bei ihrem Sohn Werner, 562 Velbert, Zum Jungfernholz 5, am 26. Juli

Thiel, Albert, aus Angerburg, jetzt 5561 Binsfeld, Alte Trierer Straße 52, am 11. August

zum 81. Geburtstag

Kalski, Rosa, geb. Klein, aus Schmolainen, Kreis Heilsberg, jetzt 2401 Lübeck-Schönböcken, Kleeanger 26, am 9. August

Kröhn, Hermann, aus Groß Skirlack, Kreis Darkehmen, jetzt 5408 Nassau, Nassauer Hof, am 11. August

Mantwill, Gustav, aus Gerdauen, Neuendorfer Str. 9, jetzt 244 Oldenburg, Ostlandstraße 16, am 4. August

Marewski, Marie, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt 5628 Heiligenhaus, Werkhofplatz 4, bei Velbert, am 12. August

Mosbach, Ida, aus Ortelsburg, jetzt 56 Wuppertal-Barmen, Ferdinand-Thun-Straße 14, am 9. August

Prostka, Julie, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, jetzt 4136 Rumeln-Kaldenhausen, Liebigstraße 3, am 14. August

zum 80. Geburtstag

Baranski, Hedwig, geb. Thews, aus Königsberg, Karl-Baer-Straße 5, jetzt 6092 Kelsterbach, Waldstr. 77, am 14. August

Hellwich, Erich, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, jetzt 1 Berlin 52, Auguste-Victoria-Allee 58, am 14. August

Hecht, Helene, aus Wehrkirchen, Kreis Goldap, jetzt 347 Höxter, Schlesische Straße 32, am 1. August

Katzschke, Elise, geb. Gettkowsky, aus Königsberg, jetzt 1 Berlin 19, Brombeerweg 40, am 30. Juli

Kowalewski, Elisabeth, geb. Aßmus, aus Kleinpreußenbruch, Kreis Gumbinnen, jetzt 61 Darmstadt, Berliner Allee 18, am 3. August

Krogoll, Gustav, aus Hirschfeld, Kreis Pr.-Holland, jetzt 244 Oldenburg, Königsberger Straße 44, am 4. August

Lewald, Ernst, Fleischermeister und Landwirt, aus Königsberg, Lauth und Gut Szydellen, Kreis Memel, jetzt 4994 Pr.-Oldendorf, Eininghauser Weg 29, am 9. August

Ley, Ferdinand, aus Allenstein, Bahnhofstraße 14, jetzt 235 Neumünster, Veilchenweg 4, am 15. August

Noack, Margarete, geb. Lessmann, aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, jetzt 3406 Bovenden, Am Weinberge 17, bei Bader, am 11. August

Oschlies, Elise, geb. Endruweit, aus Groß Warkau, Kreis Insterburg, jetzt bei ihrer Tochter Eva Buss, 6834 Ketsch, Heidelberger Straße 15, am 10. August

Quehl, Margarete, geb. Knuth, aus Kreis Labiau und Kreis Lötzen, jetzt 355 Marburg, Am Rabenstein 18, am 1. August

Roch, Henriette, aus Kreis Johannisburg, jetzt zu erreichen über Karl Roch, 46 Dortmund-Hörde, Hörder Kampweg 33, am 10. August

Rosigkeit, Heinrich, aus Ostau, Kreis Angerburg, jetzt 2309 Selent, am 15. August

Sabokat, Anna, geb. Reinecker, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt 1 Berlin 27, Schubartstraße 76, am 10. August

Scheyda, Klara, aus Königsberg, jetzt 497 Bad Oeynhausen, Brüderstraße 4, am 12. August

Swalina, Helene, aus Gutenwalde, jetzt 5429 Katzenelnbogen, Alten- und Pflegeheim Elisabethstift, am 15. August

Syska, Gustav, aus Ortelsburg, jetzt 62 Wiesbaden, Karl-Josef-Schlitt-Straße 30, am 9. August

Wiese, Elisabeth, geb. Domnick, aus Schönfließ, Kreis Rastenburg, jetzt 2427 Malente, Marktstraße 14, am 24. Juli

Wiese, Elisabeth, aus Hermenhagen, Kreis Bartenstein, jetzt 2427 Malente-Gremsmühlen, Marktstraße 14, am 24. Juli

zum 75. Geburtstag

Dignat, Gustav, Lehrer, aus Packus und Skirwieth, Kreis Elchniederung, und Platen, Kreis Insterburg, jetzt 2071 Bünningstedt, am 14. August

Fahlendiek, Hilda, aus Ostseebad Cranz, Plantagenstraße 1, jetzt 244 Oldenburg, Breslauer Str. 5, am 4. August

Glahs, Elise, geb. Freundt, aus Buddern, Kreis Angerburg, jetzt 468 Wanne-Eickel, Bergstraße 7, am 10. August

Hollenbeck, Hermann, aus Oppen, Kreis Wehlau, jetzt 4551 Achmer, am 13. August

Krause, Gustav, aus Königsberg, Drugehner Weg 46, jetzt 205 Hamburg 80, Binnenfelderedder 52, am 6. August

Kullack, Margarete, geb. Rohrmoser, aus Luisenberg und Insterburg-Sprindt, Bismarckstraße 139, jetzt 7012 Fellbach, Eberhardstraße 89, am 13. August

Milautzki, Albert, aus Königsberg-Juditten, Röderstraße, jetzt 24 Lübeck-Dornbreite, Steppanplatz 2, am 12. August

Neumann, Martha, geb. Thorner, aus Suleyken, Kreis Treuburg, jetzt 465 Gelsenkirchen, Bismarckstraße 33, am 12. August

Nowitzki, Marie, aus Bunhausen, Kreis Lyck, jetzt 3221 Brüggen, Hauptstraße 80, am 11. August

Petrikowski, August, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt 3381 Lengde, Hauptstraße 29, am 9. August

Rehberg, Artur, Polizeiobermeister i. R., aus Tilsit, Lützowstraße 38, jetzt 51 Aachen, Im Mariental 23, am 9. August

Richter, Ernst, aus Königsberg, Tragheimer Kirchenstraße 17, jetzt 24 Lübeck, Hundestraße 6, am 10. August

Rüdiger, Margarethe, geb. Kaeber, aus Allenstein, Hindenburgstraße 17, jetzt 309 Verden, Am Meldauer Berg 89, am 8. August

Schaefke, Fritz, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, jetzt 7612 Haslach, Schafsteg 8, am 12. August

Stadie, Gertrud, geb. Fahlke, aus Angerburg, jetzt 3261 Hattendorf 85, am 12. August

Totzek, Emil, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, jetzt 722 Rastatt, Hindenburgstraße 25, am 13. August

zur diamantenen Hochzeit

Modzel, Hermann und Frau Wilhelmine, geb. Nikulla, aus Friedrichshof, jetzt 491 Lage, Hardisser Str. 23, am 11. August

zur Ernennung

Sziedat, Gerda (Sziedat, Hans und Frau Ida, aus Ragnit, Kirchenstraße 19), jetzt 8398 Pocking, Hartkirchener Straße 25, wurde zur Oberlehrerin ernannt

zum Examen

Baltz, Rüdiger (Baltz, Herbert und Frau Ella, geb. Engelke, aus Inse, Kreis Elchniederung), jetzt 288 Brake, Rosenburgring 65, hat sein Staatsexamen an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel als Diplom-Volkswirt mit Prädikat bestanden

Schulz, Carla-Regine (Schulz, Emil, Bauingenieur, und Frau Christel, geb. Herold, aus Königsberg und Elbing), jetzt 4005 Meerbusch 3, Wasserstraße 55, hat an der Gutenberg-Universität in Mainz ihr Examen als Diplom-Psychologin mit „sehr gut" bestanden

Rundfunk und Fernsehen

HÖRFUNK

Sonntag, 9. August 1970

7.15 Uhr, Süddeutscher Rundfunk, 1. Programm: Volkslieder und Tanzweisen.

9.30 Uhr, Norddeutscher Rundfunk, 2. Programm: Aus unserem mitteldeutschen Tagebuch.

13.45 Uhr, Westdeutscher Rundfunk, 2. Programm: Strelno. Juwel der Romantik in Polen: Reisebericht.

17.45 Uhr, Westdeutscher Rundfunk, 2. Programm: Die Volksliederrunde.

19.30 Uhr, Westdeutscher und Norddeutscher Rundfunk, 1. Programm: Opole 70. Das 8. polnische Liederfestival in Oppeln.

20.30 Uhr, Westdeutscher und Norddeutscher Rundfunk, 1. Programm: Jazz aus Polen.

Montag, 10. August 1970

9.00 Uhr, Radio Bremen, Hansawelle: Paragraphen in Ost und West. Das Familienrecht im geteilten Deutschland (Schulfunk).

9.45 Uhr, Norddeutscher und Westdeutscher Rundfunk, 1. Programm: Volksmusik.

17.30 Uhr, Deutschlandfunk: Parlamentarismus in Deutschland: Die Ära Adenauer.

19.30 Uhr, Radio Bremen, Hansawelle; Deutsche Volkslieder.

21.15 Uhr, Deutschlandfunk: Blick nach drüben. Aus mitteldeutschen Büchern.

Dienstag, 11. August 1970

10.10 Uhr, Deutschlandfunk: Ohne Namen — ohne Gesicht. Ein Augenzeuge berichtet über Treblinka.

15.00 Uhr, Radio Bremen, 2. Programm: Zum Beispiel Bitterfeld. Der 17. Juni 1953 (Schulfunk).

Mittwoch, 12. August 1970

16.45 Uhr, Westdeutscher Rundfunk, 2. Programm: Zwischen Rhein und Oder. Die Bevölkerungsverschiebung durch die Vertreibung.

18.50 Uhr, Deutsche Welle: Berliner Brief. Neun Jahre Mauer in Berlin.

21.15 Uhr, Westdeutscher Rundfunk, 2. Programm: Stimmt unser Arbeitsrecht noch? Darstellung und Kritik.

Donnerstag, 13. August 1970

15.05 Uhr, Deutschlandfunk: Die Kriegsschuld von 1870. Vor 100 Jahren: Deutsch-französischer Krieg.

20.30 Uhr, Hessischer Rundfunk, 1. Programm: Junge Nachbarn im Osten (III). Unser Staat — das sind wir: Ein Bericht über die Jugend in der „DDR".

Freitag, 14. August 1970

14.05 Uhr, Deutschlandfunk: Von den Antifa-Jugendausschüssen zur FDJ.

14.05 Uhr, Norddeutscher und Westdeutscher Rundfunk, 1. Programm: Volkslieder und Tänze.

15.15 Uhr, Süddeutscher Rundfunk, 2. Programm: Heimat im Wandel. Reisepause in Siebenbürgen: Urlaubstips für Rumänienfahrer.

17.10 Uhr, Deutschlandfunk: Deutsche Volkslieder.

FERNSEHEN

Sonntag, 9. August 1970

18.30 Uhr, ZDF: Das grüne Telefon. Beispiele der Nachbarschaftshilfe.

19.55 Uhr, ZDF: Drüben. Informationen und Meinungen über Mitteldeutschland.

Dienstag, 11. August 1970

21.50 Uhr, ZDF: Konfuzius im Exil. Impressionen aus Taiwan.

Mittwoch, 12. August 1970

17.40 Uhr, ARD: Für Sie getestet — Bügelmaschinen.

17.45 Uhr, ZDF: Mosaik. Für die ältere Generation.

21.00 Uhr, ARD: Familie Bergmann. Der 60. Geburtstag. Taktik der Betriebsfunktionäre in der „DDR".

21.00 Uhr, ZDF: Peenemünde. Dokumentarspiel, Teil 1: Die Wunderwaffen.

Donnerstag, 13. August 1970

20.15 Uhr, ZDF: Berlin-Geflüster. Zwei junge Menschen in einer jungen Stadt.

Freitag, 14. August 1970

20.15 Uhr, ZDF: Peenemünde. Dokumentarspiel, Teil 2: Das Wunder findet nicht statt.

Kennen Sie die Heimat wirklich? (G 43)



Heute bringen wir ein neues Bild aus unserer Serie „Kennen Sie die Heimat wirklich?" Dazu stellen wir wieder die fünf Fragen:

1. **Was stellt dieses Bild dar?**
2. **Wann ungefähr ist das Bild entstanden?**
3. **Welche bemerkenswerten Einzelheiten erkennen Sie auf dem Bild?**
4. **Was wissen Sie darüber?**
5. **Welche persönlichen Erinnerungen verbinden sich für Sie mit diesem Bild?**

Die aufschlußreichste Antwort wird wieder mit 20,– DM honoriert. Betrachten Sie das Bild genau und schicken Sie Ihre Antworten auf die Fragen mit der Kennziffer G 43 spätestens in zehn Tagen, also bis Dienstag, 18. August 1970, an

Das Ostpreußenblatt 2 Hamburg 13, Parkallee 84

Unruhe geschaffen

MdB Hein schrieb an Ministerpräsident Kubel

Über die vertriebenenfeindliche Haltung der neuen niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion und der neuen Landesregierung hat das Ostpreußenblatt in Folge 31 auf Seite 16 („Ein Affront gegen Vertriebene") berichtet. In einem Schreiben namens der Landesgruppe Niedersachsen der LMO protestiert der Bundestagsabgeordnete Landsmann Alfred Hein, Salzgitter, gegen die Aufhebung des niedersächsischen Vertriebenenministeriums und die Beseitigung des Ausschusses für Zonengrenzfragen, Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„An den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen

Herrn Alfred Kubel MdL

3 Hannover
Hohenzollernstraße 47

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Für den Landesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Niedersachsen e. V., darf ich Ihnen Glückwünsche zur Übernahme des hohen Amtes entbieten. Sicher wird die Übernahme dieses hohen Amtes für Sie die Krönung Ihrer langen politischen Tätigkeit sein.

Wir wünschen Ihnen für die kommende Arbeit Glück und das Geschick verbunden mit den notwendigen Einsichten, die sich in Ihrem politischen Leben bisher weitgehendst gezeigt haben.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit im Anschluß Ihnen die Sorgen vortragen, die den Vorstand meiner Landsmannschaft auf seiner letzten Sitzung beschäftigt haben.

Der Vorstand hat mit Bedauern und mit Bestürzung davon Kenntnis genommen, daß das Niedersächsische Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte nicht mehr besteht. Darüber hinaus ist auch der korrespondierende Fachausschuß nicht wieder gebildet worden.

Beide Maßnahmen sind dazu angetan, nicht nur in den Vorständen, sondern auch in den Kreisen der Vertriebenen und Flüchtlinge Unruhe zu schaffen, weil schließlich nicht zuletzt in den Stellungnahmen des bisherigen Ministers, Herrn Hellmann MdL, immer wieder Tatsachen festgehalten worden sind, die die Notwendigkeit beider Institutionen rechtfertigen.

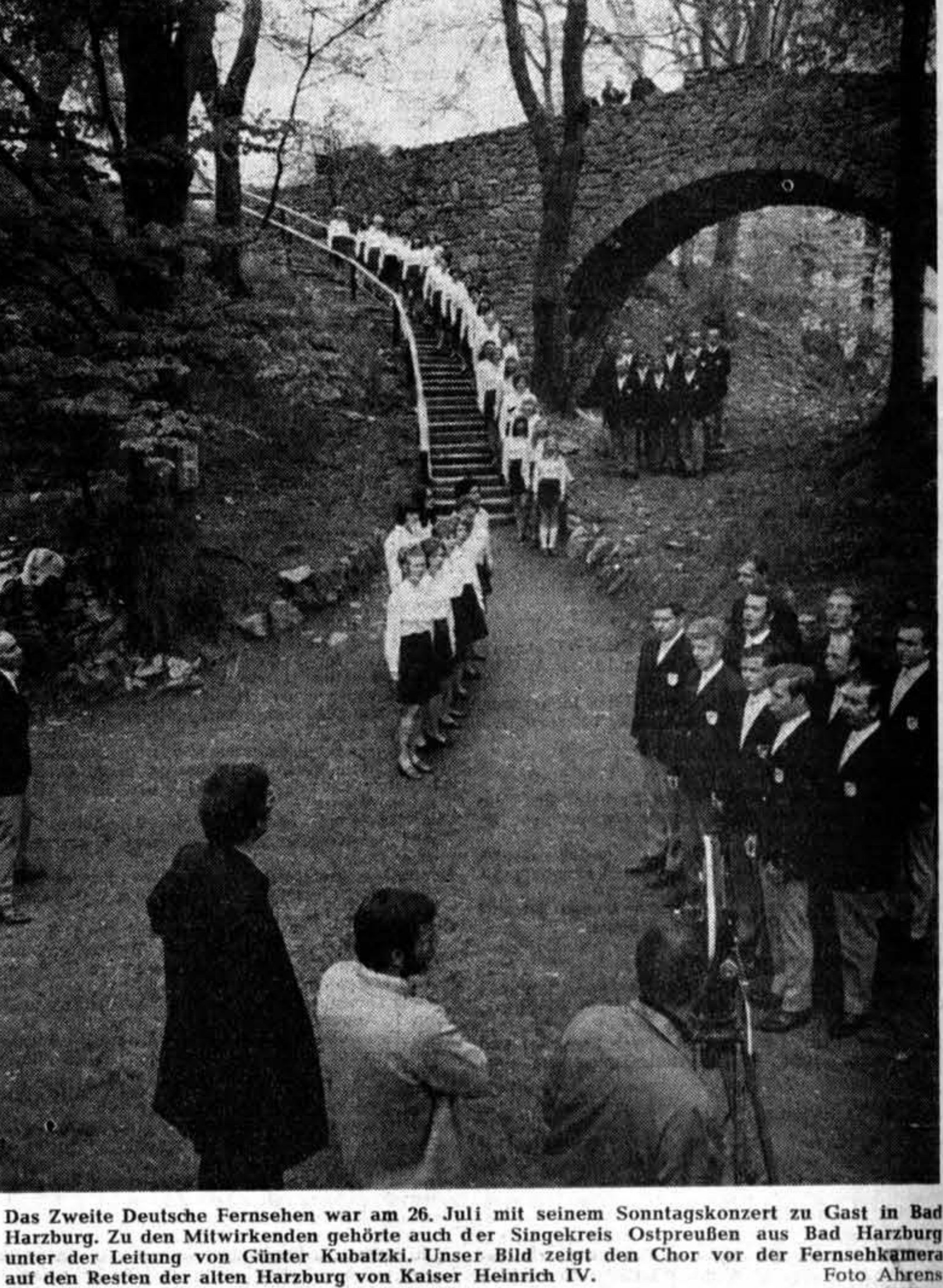
Ich darf hier insbesondere auf die Debatten im Niedersächsischen Landtag und dabei wiederum auf die Reden zum Haushalt durch den zuständigen Fachminister und die Beiträge der Fraktionen hinweisen.

Die Sachlage ist eindeutig so, daß die Arbeit auf diesem Gebiet fortgesetzt werden muß. Es muß also wundern, wenn trotz der Feststellung, daß die Arbeit weiterhin notwendig ist, in der Form selbst durch die Aufhebung des Ministeriums und des Ausschusses andere Auffassungen aufgezeigt werden.

Ich darf namens des Vorstandes zum Ausdruck bringen, daß wir hoffen und wünschen, daß mindestens in der sachlichen Arbeit keine Veränderung eintritt. Es wird dann unserer Landsmannschaft um so leichter sein, durch solche Beweise unseren Menschen klarzumachen, daß sich in der Grundeinstellung gegenüber den Vertriebenen und Flüchtlingen der Regierung unseres Landes nichts geändert hat.

Ich hoffe sehr, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, daß die Zusammenarbeit in Sachfragen materieller Art in der Betreuung und bei der Erhaltung des Brauchtums und der kulturellen Güter fair und loyal wie bisher fortgesetzt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung grüßt
Alfred Hein MdB
Landesvorsitzender



Das Zweite Deutsche Fernsehen war am 26. Juli mit seinem Sonntagskonzert zu Gast in Bad Harzburg. Zu den Mitwirkenden gehörte auch der Singekreis Ostpreußen aus Bad Harzburg unter der Leitung von Günter Kubatzki. Unser Bild zeigt den Chor vor der Fernsehkamera auf den Resten der alten Harzburg von Kaiser Heinrich IV. Foto Ahrens

Nicht Vorreiter – sondern Nachtrab

Professor Dr. Gause zum Thema Günter Grass

In der Kulturpolitischen Korrespondenz, die vom Ostdeutschen Kulturrat herausgegeben wird, erschien unter dem Stichwort „25 Jahre danach — Angst vor dem Thema Deutscher Osten?" eine Artikelreihe, in der unter anderen auch der Danziger Günter Grass, Erfolgsautor unserer Tage, zur Wort kam. Unter den vielen Zuschriften, die der Redaktion zugingen, befand sich auch eine unseres Mitarbeiters Prof. Dr. Fritz Gause, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Prof. Gause schreibt:

Über die Herrn Grass zugebilligte „epische Meisterschaft" möchte ich nicht streiten. Man kann durchaus anderer Meinung sein. Es ist bekannt, daß sein Bild Ostdeutschlands in vieler Hinsicht dem entspricht, von dem Polen und Sowjets wünschen, daß wir es uns aneignen sollen . . . Bedauerlich ist aber, daß Günter Grass von den schon mehr als 20 Jahre andauernden Bemühungen vieler Institute, Arbeitskreise und Kommissionen, das zerstreute ostdeutsche Kulturgut zu sammeln und zu bewahren, anscheinend überhaupt nichts weiß. Es mag dahingestellt bleiben, woran das gelegen hat, daß Herr Grass an diesen Dingen bisher keinen Anteil genommen hat; daß er es von jetzt ab tun will, ist erfreulich, aber er darf nicht glauben, daß es nur seines Anrufes bedürfe, damit „in letzter Stunde" etwas geschieht. In dieser Bewegung ist Günter Grass nicht Vorreiter, sondern Nachtrab. Was speziell meine ostpreußische Heimat angeht, so darf ich auf die wissenschaftlichen Arbeiten der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, auf das Altpreußische Wörterbuch, das nach jahrelanger Sammelarbeit demnächst erscheinen wird, und auch auf die Sammlungen im „Haus Königsberg" in Duisburg hinweisen.

In Preußisch-Holland läuft die Jugend davon

Preußisch-Holland Einen kritischen Bericht über „unerfreuliche Zustände" in Preußisch-Holland veröffentlicht die Zeitung „Gazeta Olsztynska". Wörtlich schreibt das Blatt: „Die Zahlen des statistischen Jahrbuches sind in ihrer Aussage grausam. Der Kreis Preußisch-Holland nimmt mit seiner jährlichen Industrieproduktion im Wert von etwa 300 Millionen Zloty (50 Millionen Mark) in der Wojewodschaft Allenstein den vorletzten Platz vor Angerburg ein." Dabei könne Preußisch-Holland — im Gegensatz zu Angerburg — nichts vom Tourismus erwarten. Industrie gebe es in der Stadt auch nicht. „Vor allem ist es hier schwer, Arbeit zu bekommen. Etwa 200 Frauen warten auf Beschäftigung. Am schlimmsten jedoch ist die Tatsache, daß die Jugend und diejenigen Menschen mit Unternehmungsgeist aus der Stadt und dem Kreisgebiet davonlaufen . . ." Preußisch-Holland sei nicht attraktiv genug, um die Fachkräfte zu halten oder gar aus anderen Gegenden „anzulocken". Dies wirke sich in der Bevölkerungszahl aus. Im Jahre 1968 beispielsweise war die Einwohnerzahl von Preußisch-Holland „um ganze drei Personen gestiegen". Man habe zwar vielversprechend angekündigt, daß in der Stadt zwei Industriebetriebe gebaut würden, was jedoch bis zum heutigen Tage nicht erfolgte. Dies habe „die ohnehin gespannte Stimmung unter den Einwohnern" weiterhin verschlechtert. **jon**

I. Wagner-Andersson zum Gedenken

Mitten aus ihrem Schaffen hat der Tod sie kurz vor Vollendung ihres 65. Lebensjahres gerissen. Ingrid Wagner-Andersson wurde nach schwerer Krankheit von ihrem Leiden erlöst. Sie kehrte in die ewige Heimat zurück.

Ihr Leben war ganz ihrer Kunst gewidmet. Sie setzte ihren Willen durch und besuchte die Königsberger Kunstakademie und wurde Meisterschülerin von Prof. Partikel. Ihr hohes Können führte sie von Erfolg zu Erfolg, schon in der ostpreußischen Heimat ihrer Kindheit, später im Hunsrück. Ihre Bilder werden in Museen und Privathäusern weiterleben; ein nahezu geschlossenes Werk. Von den ersten Skizzen bis zu ihren letzten Gemälden hat die Künstlerin es zusammenzuhalten gewußt und über die Tage der Katastrophe und Flucht hinweggerettet. Es wird weiterhin von ihrem Schaffen Zeugnis ablegen. Noch einige Tage vor ihrem Tode hat sie selbst ein Bild für die Ostdeutsche Galerie in Regensburg ausgewählt, in die ihr Werk als das erste eines Allensteiner Künstlers aufgenommen werden wird.

Die Gemeinschaft der Allensteiner Kulturschaffenden, der sie begeistert angehörte, dankt ihr für alles, was sie zur Ehre ihrer Stadt getan und geleistet hat. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten. Sie war eine von uns in schweren und schwersten Tagen; wir werden sie nie vergessen. **Georg Hermanowski**

„Verdammt hohe Stufe!"

Eine wahre Begebenheit aus dem Kreise Schloßberg (Pillkallen)

Um die folgende Erzählung verständlicher zu machen, möchte ich zuerst eine kurze Beschreibung der Bockwindmühlen unserer Heimat geben: Die ganze Mühle ruhte auf einem etwa 3,5 bis 4 Meter hohen und ungefähr 80 Zentimeter dicken senkrecht stehenden Ständer, der durch sehr starke Streben gesichert war. Alles war mit einem soliden Fundament verankert und verbolzt. Auf dem dicken Ständer in der Mitte ruhte drehbar die zwei-etagige Bockwindmühle. Die erste Etage, der unterste Arbeitsraum, lag also etwa vier Meter über dem Erdboden, und man gelangte von unten in den Raum über eine entsprechend hohe Treppe und dann durch eine Tür. Neben dieser Eingangstür befand sich eine gut 1,5 Meter hohe und einen Meter breite Luke, durch welche der Müller die Säcke hineinnahm (oder herausgab), während sie eine Winde darüber hochzog (oder herunterließ). Solche Winden und Luken kann man auch heute noch mitunter bei Hafenspeichern sehen.

In einem Nachbarort meiner Heimatgemeinde im Kreise Schloßberg (Pillkallen) betrieb ein ehrbarer Müllermeister in einer Bockwindmühle vor dem Ersten Weltkrieg sein Gewerbe. Nun mußten die Windmüller auch oft in der Nacht mahlen, um den passenden Wind auszunutzen, dabei besuchte der Nachbar, Ohm Karl, oft unseren Müllermeister, teils um ihm in der Nacht Gesellschaft zu leisten, teils um ihm bei der Arbeit zu helfen. Der Meister, der selbst auch gern einen trank, revanchierte sich durch fleißiges „Zuprosten". Eines Herbstabends war wieder mal fleißig gemahlen und getrunken worden, und als sich Ohm Karl gegen Mitternacht verabschiedete, verwechselte er Türe und Luke: Er öffnete die Luke, trat hinaus und fiel etwa vier Meter hinab. Entsetzt sprang der Müller zur Luke, denn er glaubte, daß nun sein Freund schwer verletzt unten läge. Ohm Karl zog aber nur etwas mühselig Beine und Arme aus dem tiefen Dreck und rief ärgerlich nach oben „Verdammt hoche Stuff!" (Verdammt hohe Stufe) und ging unverletzt nach Hause.

Der Zufahrtsweg zur Mühle war nämlich nicht befestigt und bei dem starken Fuhrwerksbetrieb und dem Regenwetter im Herbst waren der Weg und die unmittelbare Umgebung der Mühle nur tiefer Dreck („Bött anne Achs!"), und der Dreck hatte den Absturz des Ohm Karl so weich aufgefangen, daß es keinen Knochenbruch und keine Verstauchungen gab. Der Abgestürzte, der auch schon über 60 war, erfuhr erst bei seinem nächsten Besuch, daß er im Rausch die falsche Tür benutzt hatte. „Donnerwetter! Mott eck aber besoape gewese sönn!" war seine Erwiderung. **Franz Maerker**

Fragwürdige Zukunft

Rößel — Im 3400 Einwohner zählenden Städtchen Seeburg, Kreis Rößel, sei in den vergangenen 25 Jahren „kein einziger Betrieb" gebaut worden, der die hier vorhandenen arbeitslosen Frauen beschäftigen könnte, kritisiert die Allensteiner Zeitung „Gazeta Olsztynska". Auf die Frage von Journalisten, wie sich die Einwohner von Seeburg ihre Stadt im Jahre 2000 vorstellen, fiel die Antwort: „Das wird ein großes Dorf mit einem Platz in der Mitte sein, der mit Rosen bepflanzt ist." Ein örtlicher Parteifunktionär meinte dazu: „Uns ist klar, daß wir aus Seeburg keine Metropole machen können . . . Wir haben jedoch immer noch die Hoffnung, daß Seeburg nicht zum großen Dorf wird." **jon**

Gedenkmedaille für Angerburg

Angerburg Im kommenden Jahr werde Angerburg sein 400jähriges Stadtjubiläum begehen, meldet die Zeitung „Gazeta Olsztynska". Aus diesem Anlaß plane man unter anderem, eine Gedenkmedaille herauszugeben, auf der die Jahreszahlen 1571—1971 und eine Inschrift „Wir waren, wir sind und wir werden hier sein" eingraviert sind. **jon**

Keine Zeit für Goethe

Umfrage ergab: Junge Leser lieben Tatsachen statt schönen Geist — Information ist Trumpf

Goethe und Schiller sind tot, um Jahrhunderte jüngere Schriftsteller ebenfalls. Doch Werke über die Werke der Poeten — die leben weiter. So jedenfalls steht die Jugend im Ruhrgebiet zum Büchernachlaß der Großen. „Schöngeistiges ist nicht mehr gefragt, höchstens Sekundärliteratur als Ergänzung zum Schulunterricht", teilen Buchhandlungen und Stadtbüchereien auf die Frage [illegible], was junge Leute freiwillig lesen.

Doch Groschenhefte und Krimis stehen auch nicht an der Spitze. „Die jungen Leute sind heutzutage beruflich derart eingespannt, daß sie für Unterhaltungsliteratur keine Zeit mehr haben", beobachtete die Leiterin der städtischen Jugendbücherei Essen bei 14- bis 17jährigen. Berufsschüler lesen Berufskundliches. Bücher über Elektrotechnik, Modellbau und Naturwissenschaften zum Beispiel.

17- bis 20jährige informieren sich über Briefmarkenkunde, Radiobasteln und Zeitgeschichte. Bücher über Antisemitismus standen vor zwei Jahren auf der Bestsellerliste, jetzt sind es Informationen über die Tschechoslowakei und die „DDR".

Oberschüler greifen ebenso nach Fachbüchern. Manche verlangen auch Böll, Biermann, Hemingway. Kafka und Sartre. Auch Siegfried Lenz' „Die Deutschstunde", ist ab und zu begehrt. Im übrigen suchen sie lieber nach Werken aus der Literaturkunde, die für ihre Deutschstunde in der Sch[illegible] wichtig sind.

Mit dem Leseeifer junger Leute sind Bibliothekare und Buchhändler recht zufrieden. Etwa 40 v. H. der Leser in der Stadtbücherei sind Jugendliche.

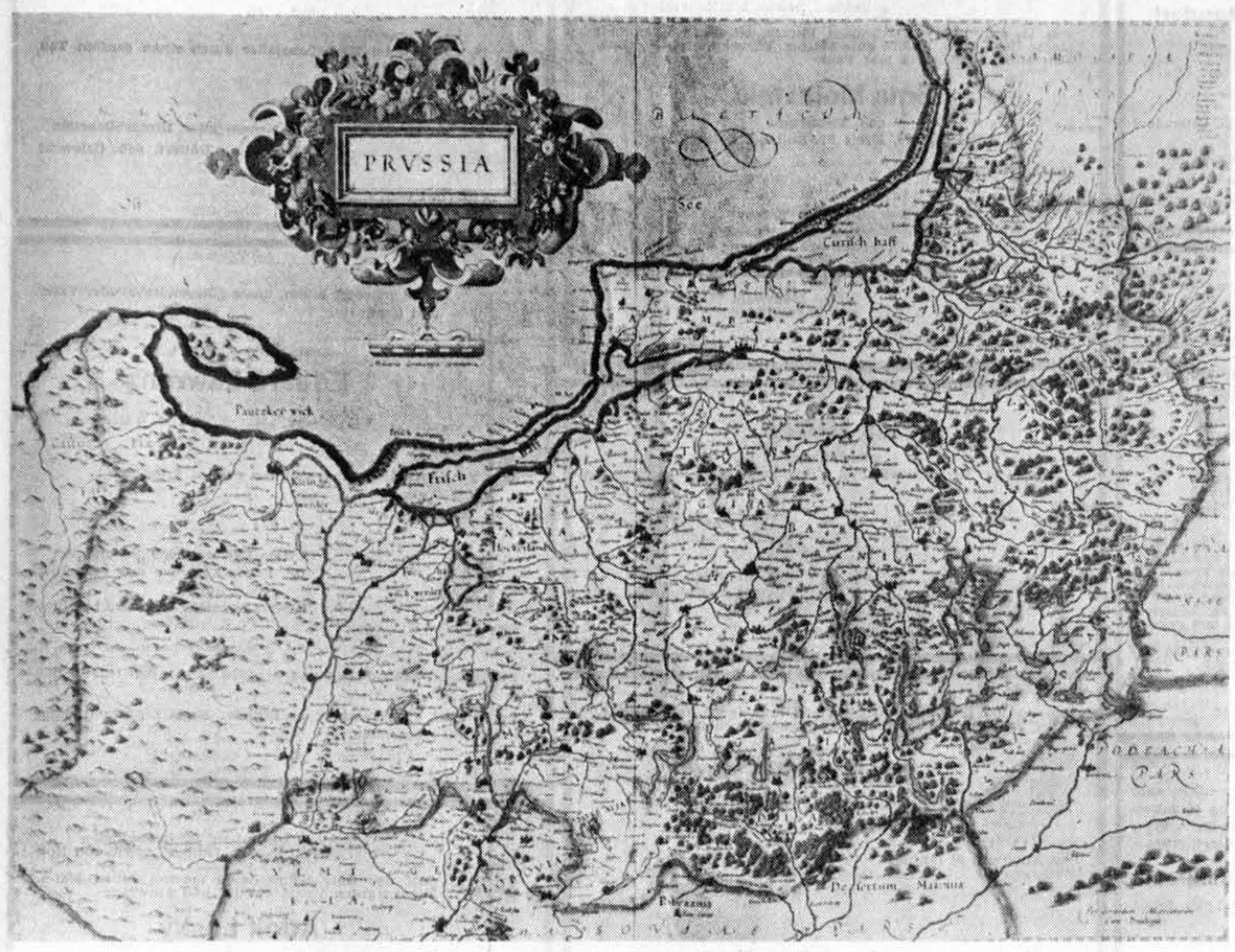
Beim Kauf im Fachgeschäft wird natürlich meist, dem Taschengeld angemessen, zum preiswerten Taschenbuch gegriffen. „Romane wollen sie nicht mehr. Das muß schon richtig passiert sein", berichtet der Leiter einer Buchhandlung. Tatsachenberichte, Reiseschilderungen und immer wieder technische Bücher, dafür leeren sie gern ihr Portemonnaie.

Doch keine Angst wegen dieser realistischen Neigungen! Die Zweckgebundenheit der Jugendlichen ist nur zeitgebunden. Wenn sie den Kampf um die eigene Existenz ziemlich bewältigt haben, beobachteten die Fachleute, lebt auch die schöngeistige Literatur für sie wieder auf. Wenn auch nicht gerade Goethe.

So seufzte eine 17jährige Schülerin, die wir im Park beim Studieren einer Fachzeitschrift trafen: „Ich möchte so gerne Grass lesen, wenn ich mal wieder Zeit habe. . ." **Maria Comfère**

Gerhard Mercators Karte von Preußen

Eine Münze ehrt den großen Kartographen — Er wirkte in Königsbergs Patenstadt Duisburg



Die 1595 gestochene Preußenkarte von Gerhard Mercator

Zur nicht geringen Freude der Münzensammler erfolgte kürzlich die Edition einer neuen Gedenkmünze im Zahlungswert von fünf Deutschen Mark. Die Münze trägt auf der Vorderseite das bärtige Haupt eines Mannes mit der Umschrift „1512—1594 Gerhard Mercator". Die Kehrseite zeigt wie üblich den deutschen Adler als Hoheitszeichen der Deutschen Bundesrepublik. Die Randschrift lautet „TERRAE DESCRIPTIO AD USUM NAVIGANTIUM" d. i. Erdbeschreibung zum Gebrauch für die Seefahrt.

An sich hätte die Gedenkmünze bereits im Dezember letzten Jahres ausgegeben werden sollen, denn die Auslieferung der Münze sollte zur Erinnerung an die 375. Wiederkehr des Todesjahres jenes bedeutenden Mannes erfolgen. Aus nicht bekannten Ursachen aber hat sich die Edition um etwa sieben Monate verzögert.

Gerhard Mercator wurde am 5. 3. 1512 zu Rupelmonde in Flandern geboren. Schon im Jünglingsalter verließ er seine Heimat und begab sich nach Duisburg, wo er nach einem sehr erfolgreichen Leben am 2. 12. 1594 im Alter von 82 Jahren starb. Sein richtiger Name lautete schlicht Kremer. Das war dem weltoffenen Manne jedoch zu einfach, darum folgte er der Mode seiner Zeit und nahm die ins Lateinische übertragene Form des Familiennamens an.

Gerhard Mercator war Geograph und Mathematiker. Als er 28 Jahre alt war, gestaltete er für Kaiser Karl V. eine neuartige Erd- und Himmelskugel, eine Leistung, welche die Aufmerksamkeit der Fachwelt auf sich lenkte. Weltruf erlangte er durch die große Karte von Europa, die er im Jahre 1554 im Maßstab 1:360 000 schuf.

Fünfzehn Jahre später erschien sein wohl bedeutendstes Werk auf dem Gebiete der Landkartenherstellung, das den lateinischen Titel „Nova et auckta orbis terrae descriptio . . ." trägt. Als grundlegend Neues wandte Mercator darin die Zylinderprojektion an, seine eigene Erfindung, die auch heute noch nach ihm den Namen hat. Da diese Art und Weise der Kartendarstellung eine winkelgetreue Kartographierung ermöglicht, wurde sie vor allem bei der Herstellung von Seekarten angewandt und ist auch heute noch darin wegweisend.

Seit dem Jahre 1575 arbeitete Gerhard Mercator an einem Sammelwerk von Landkarten, das ein Jahr nach seinem Tode als „Atlas" — der Name dafür stammt von ihm — der Nachwelt übergeben wurde.

Arnold und Rumold, seine beiden Söhne, sowie sein Enkel Johann Mercator folgten den Spuren des berühmten Vorfahren und setzten das von ihm begonnene Werk zielstrebig fort.

Ostpreußen verdankt Gerhard Mercator eine verhältnismäßig frühe, vor allem aber genaue Landkarte. Darum erscheint es angebracht, daß wir an dieser Stelle des weltberühmten Kartographen gedenken.

Das obenstehende Bild zeigt eine Landkarte von Gerhard Mercator aus dem im Jahre 1595 erschienenen „Atlas". Das Doppelblatt ist aus einem Folianten herausgelöst worden und gelangte auf einer Auktion zur Versteigerung. Als ich die Karte vor einigen Jahren erwarb, ahnte ich nicht, welch wertvolles Stück damit in meinen Besitz überging; denn der Name des Herstellers, der zudem noch unrichtig angegeben wurde, besagte mir nicht viel. Den übrigen zahlreichen Auktionsteilnehmern erging es darin offenbar ähnlich wie mir; wie hätte ich sonst das wertvolle Doppelblatt damals so preisgünstig erwerben können.

Die Karte hat die Ausmaße 48,5 x 29 Zentimeter und zeigt das Preußenland, bestehend aus Ostpreußen und Westpreußen mit dem Memelland und dem Gebiet um Soldau. Mercator hat sich einer sehr anschaulichen Weise der geographischen Darstellung bedient: Hügel, Waldungen und Burgen hat er bildlich wiedergegeben. Die Karte enthält ferner eine beachtliche Zahl stehender und fließender Gewässer. Alle zu jener Zeit bereits vorhandenen Städte und eine nicht geringe Zahl von Dörfern hat er zwischen Hügeln und Wäldern eingezeichnet, wobei es besonders bemerkenswert erscheint, daß die Entfernungen auf der Karte maßstabgerecht der Wirklichkeit entsprechen. Landschaften bzw. altpreußische Gaue findet man auf der Karte vermerkt, Namen, die zum Teil längst nicht mehr gebräuchlich sind, höchstens noch dem Historiker und Ethnologen können sie einiges Interesse abgewinnen.

Die Kolorierung der Karte ist erstaunlich frisch geblieben, so daß sich das schöne Blatt trefflich unter Glas als Wandschmuck eignen würde.

Während der lateinisch wiedergebene Name des Preußenlandes in einer für die Renaissance bezeichnend verschnörkelt schönen Kartusche in der linken oberen Ecke des Blattes augenfällig wird, ist der Name des Herstellers der Karte links unten am Fuße der Karte zu finden. Nur bei genauem Hinsehen wird man den Vor- und Zunamen des Gelehrten entdecken.

Auf der Rückseite des Blattes berichtet ein in Französisch gehaltener Text über Lage, Volkstum, Kultur, Geschichte und Wirtschaft im Preußenland. Daraus geht hervor, daß der Verfasser eine für seine Zeit erstaunliche, ins Detail gehende Kenntnis über das Preußenland gehabt hat.

Was wir Matthäus Merian auf dem Gebiet der bildlichen Darstellung von Stadtansichten verdanken, das schulden wir Gerhard Mercator auf dem Gebiete der Kartographie, nur daß Merian durch seine schönen und volkstümlichen Kupfer allgemein bekannter geworden ist als der Kartenstecher Gerhard Mercator.

Josef Sommerfeld



Die Mercator-Münze — Fotos Sommerfeld



Mein geliebter Mann und treuer Lebenskamerad
Fleischermeister und Landwirt

Ernst Lewald

aus Königsberg Pr.-Lauth und Gut Szydellen, Kr. Memel
jetzt
4994 Pr. Oldendorf, Kr. Lübbecke, Eininghauser Weg 29

feiert am 9. August 1970 seinen 80. Geburtstag.

Es gratuliert herzlichst und dankt für alle Liebe seine Ehefrau Sofie Lewald

---



Am 10. August 1970 feiert unsere liebe Oma

Anna Sabokat

geb. Reinecker
aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode
jetzt
1 Berlin 27, Schubartstraße 76

ihren 80. Geburtstag.

Es gratulieren herzlichst
die Enkelkinder
Cordula, Brigitte, Fred und Horst



Mit Gottes Hilfe vollendete am 30. Juli 1970 Frau

Wilhelmine Lordan

aus
Henriettenhof, Kr. Rastenburg

im Kreise ihrer Lieben ihr 83. Lebensjahr.

Ihre dankbaren Kinder
Enkel und Urenkel

2102 Hamburg 93
Neuenfelder Straße 71

Heute entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Elisabeth Witt

geb. Kehler
aus Camstigall und Neuhäuser

im 77. Lebensjahre.

In stiller Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Traute Bruns, geb. Witt

2390 Flensburg, den 30. Juli 1970
2000 Hamburg 71, Hirsekamp 20

Am 20. Juli 1970 nahm Gott meine liebe Frau, unsere Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, Frau

Luise Erzmoneit

geb. Lau

nach langem, schwerem Leiden zu sich in die Ewigkeit.

In Grambowischken bei Memel geboren und in Königsberg, Nordenburg, Saalfeld und Tapiau zu Hause, war Wuppertal-Elberfeld die letzte Station ihres Lebens.

In tiefer Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Max Erzmoneit

56 Wuppertal-Elberfeld
Gartenheim 13

Plötzlich und unerwartet verschied am 23. Juli 1970 unsere herzensgute Schwester, Schwägerin, Tante, Großtante und Kusine

Elfriede Oltersdorf

im Alter von 66 Jahren.

In tiefer Trauer
Betty Werner, geb. Oltersdorf
Erich Werner
und alle Angehörigen

644 Bebra, Goethestraße 12

Am 31. Juli 1970 verstarb nach langer Krankheit, fern ihrer lieben Heimat, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Wilhelmine Czerwanski

geb. Anbau

im Alter von 86 Jahren.

In stiller Trauer
Friedrich Czerwanski
Josef Kassel und Frau Marie, geb. Czerwanski
Luise Bubrowski, geb. Czerwanski
Walter Niedorf und Frau Friedel, geb. Czerwanski
Josef Ramacher und Frau Hedwig, geb. Czerwanski
Erich Czerwanski und Frau Margarete, geb. Flörkemeier
Bernhard Lastering und Frau Gretel, geb. Czerwanski
Kurt Czerwanski und Frau Eva, geb. Möricke
Enkel, Urenkel u. Anverwandte

437 Marl-Drewer
Kinderheimstraße 52

Am 18. Juli 1970 verstarb nach langer Krankheit im Krankenhaus Alsfeld meine liebe Frau, Mutter und Schwiegertochter

Margarete Ambrosy

aus Wittingen, Kr. Lyck, Ostpr.

im Alter von 45 Jahren.

In stiller Trauer
Herbert Ambrosy
Helmut, Heide, Silke
Opa Ambrosy

6311 Burg-Gemünden,
den 24. Juli 1970

Die Beerdigung fand am 21. Juli 1970 auf dem hiesigen Friedhof statt.

Gott gefiel es, nach einem rastlosen und pflichterfüllten Leben unseren lieben Bruder und Schwager

Friedrich David

geb. am 8. 12. 1909
in Alt-Rudowken
seit 1928 Hammerbruch,
dann Mertinsdorf, Kr. Sensburg

im 60. Lebensjahre aus diesem Leben heimzurufen.

Karl David
Ernst David und Frau

Rheinhausen, den 17. Juli 1970
Friedrich-Ebert-Straße 74

Nach schwerer Krankheit entschlief heute meine liebe Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Elfriede Thomar

geb. Littek

* 26. 8. 1910 † 18. 7. 1970

aus Ortelsburg

In stiller Trauer
Ernst Thomar
Luise Cerwinski, geb. Littek
Erna Kaltweit, geb. Littek
Bruno Lange und Frau Hildegard, geb. Littek

334 Wolfenbüttel, Kommißstraße 9, den 18. Juli 1970



Du bist befreit von Leid und Schmerz,
geliebtes, treues Mutterherz!

Am 17. Juli 1970 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Erna Mehrwald

geb. Teßmann
aus Reichwalde, Kreis Pr.-Holland, Ostpreußen

im 70. Lebensjahre.

In stiller Trauer
Hermann Mehrwald
Gerhard Mehrwald und Frau Eva, geb. Hirschle
Erich Mehrwald und Frau Hanna, geb. Wesemann
Alfred Mehrwald
und Enkelkinder

2161 Neuland 93, Kreis Stade

Ida Müller

geb. Oelberg
aus Altchristburg, Kreis Mohrungen

* 27. 6. 1881 † 27. 7. 1970

In stiller Trauer
Eduard Lippross

46 Dortmund, Märkische Straße 193

Für uns alle unfaßbar entschlief fern ihrer lieben Heimat meine liebe Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante

Maria Wolff

aus Königsberg-Ponarth, Buddestraße 12

im Alter von 64 Jahren.

In stiller Trauer
Grete Bendig-Wolff
Kurt Bendig
Gerda Wolff-Scharnowsky
Peter Wolff und Frau Christel
mit Thomas

675 Kaiserslautern, Pariser Straße 136, den 19. Juli 1970

Nach langer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit entschlief unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Charlotte Tolkmitt

geb. Schirmacher
Rauschbach, Kreis Heiligenbeil

geb. 15. 12. 1898 gest. 22. 7. 1970

In stiller Trauer
Gertrud Schirmacher
Walter Schirmacher und Frau Charlotte
Walter Dagott und Frau Anna
und alle Verwandten

2081 Borstel-Hohenraden, Roffloh 60

Die Beerdigung hat auf Wunsch der Verstorbenen in aller Stille auf dem Friedhof in Kummerfeld stattgefunden.

Nach schwerer Krankheit verstarb am 14. Juli 1970 mein lieber Sohn, Neffe, Schwager, unser lieber Vater, Bruder und Onkel

Erwin Newiger

aus Tapiau, Kreis Wehlau, Ostpreußen

Er folgte seinem am 27. Juni 1963 verstorbenen Vater

Schmiedemeister

Friedrich Newiger

aus Tapiau

in die Ewigkeit.

In stiller Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Auguste Newiger, geb. Hellmig

783 Emmendingen, Roethestraße 15

Gott der Herr nahm meinen geliebten und stets um mich besorgten Mann, unseren lieben Schwager, Onkel, Vetter und Freund

Benno Döllert

Lehrer i. R.
aus Tilsit

am 18. Juli 1970 im 76. Lebensjahre durch einen sanften Tod aus dem Leben.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Margarethe Döllert, geb. Orlowski

35 Kassel, Wolfsangerstraße 92 a

Mein geliebter Mann, unser gütiger, liebevoller Vater und Großvater

Lehrer und Kantor i. R.

Eduard Lawrenz

* 15. 1. 1881 † 14. 7. 1970

ist heimgegangen in den ewigen Frieden.

Emma Lawrenz, geb. Schumacher
Dr. Erwin Lawrenz und Frau Ilse, geb. Schwarz
Diplomingenieur Wolfhard Lawrenz

4784 Rüthen, Grabenweg 9 und Brandisstraße 1, den 14. Juli 1970

Er hat auf dem Friedhof in Rüthen, Kreis Lippstadt, seine letzte Ruhe gefunden.

Nun hab' ich überwunden
Kreuz, Leiden, Angst und Not.

Gott der Herr nahm heute meinen lieben Mann, meinen guten Vater, Bruder und Schwager

Adolf Lesky

* 2. 7. 1893 † 23. 7. 1970

aus Birklacken, Kreis Insterburg

nach langer, schwerer, mit großer Geduld ertragener Krankheit zu sich in sein Reich.

In stiller Trauer
Frieda Lesky, geb. Eichler
Helmut Lesky
und Anverwandte

2243 Albersdorf, Neuer Weg 11, den 24. Juli 1970

Die Trauerfeier fand am Montag, dem 27. Juli 1970, in der Kirche zu Albersdorf statt.

Heute entschlief nach längerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein über alles geliebter Mann, unser gütiger Onkel, Schwager, Neffe und Vetter

Dr. med. Kurt Milewski

prakt. Arzt

Er verließ uns im Alter von fast 59 Jahren nach einem erfüllten Leben für die Seinen und seine Patienten.

In tiefem Schmerz
Marta Milewski, geb. Gau

5039 Rondorf/Köln, Stolpweg 14—16

Gott der Herr nahm plötzlich und unerwartet meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa, Bruder, Schwager und Onkel

Emil Steinert

aus Königsberg Pr.

im Alter von 77 Jahren zu sich in die Ewigkeit.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen
Elise Steinert, geb. Deim

7612 Haslach i. K., Eisenbahnstraße 20, den 23. Juli 1970

Nimmer vergeht,
was Du liebend getan!

Oberkrankenpfleger

Paul Schlemminger

aus Wehlau, Vogelweide 21

* 3. 10. 1900 † 12. 7. 1970

In Dankbarkeit und Liebe

Antonie Schlemminger, geb. Meyer
Horst Schlemminger
Schwester Gertrud Schäfer, geb. Schlemminger
und Enkelkinder Jörg, Heike und Frank
nebst allen Angehörigen

233 Eckernförde, Breslauer Straße 7

Seine Liebe und Treue gehörten seiner Familie und seiner Heimat Ostpreußen

Gerhard Borkowski

geb. 4. 1. 1919 in Gebürge, Kreis Johannisburg
gest. 20. 7. 1970 in Aachen

Durch einen tragischen Unglücksfall verlor ich meinen lieben Mann, meinen herzensguten Vater, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel.

In stiller Trauer

Edith Borkowski, geb. Sdunzik
Ursula Borkowski
und alle Anverwandten

51 Aachen, Düppelstraße 84

Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten, was man hat
muß scheiden.

Mein geliebter, herzensguter Mann und bester Lebenskamerad, mein lieber Papi, unser lieber Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Onkel, Vetter und Neffe, Herr

Josef Mateblowski

Abteilungsleiter
aus Gr.-Mertinsdorf bei Allenstein

wurde heute durch einen tragischen Unglücksfall im Alter von 47 Jahren aus unserer Mitte gerissen.

In tiefer Trauer

Hildegard Mateblowski, geb. Grünke
Sohn Joachim
Albert Mateblowski und Familie
sowie alle Anverwandten

517 Jülich, Lohfeldstraße 30, den 19. Juli 1970

Die Beisetzung erfolgte am Samstag, dem 25. Juli 1970, um 10.00 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Nach längerem Leiden ist am 17. Juli 1970 mein geliebter Vater, unser lieber Großvater, Onkel, Großonkel und Vetter

Mittelschullehrer i. R.

Erich Gisewski

aus Königsberg Pr., Bachstraße 17

im 85. Lebensjahre aus diesem Leben abberufen worden.

In tiefer Trauer

Irene Gisewski, geb. Gisewski
Dipl.-Kfm. Inge Just, geb. Gisewski
und Städt. Oberrat Oskar Just
Dipl.-Kfm. Frank Gisewski
und Lehrerin Gundel Gisewski, geb. Meyer

34 Göttingen-Grone, Bürgermeister-Hampe-Weg 5

Im 100. Lebensjahre ist am 22. Juli 1970 unser lieber, guter Onkel

Hans John

Regierungsamtmann i. R.
aus Königsberg Pr.

für immer von uns gegangen.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Margarete Schirrmacher, geb. John

2091 Marxen 156

Am 27. Juli 1970 entschlief unerwartet, für uns alle unfaßbar, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Schwager

Heinrich Poerschke

aus Friedland, Ostpreußen

im fast vollendeten 78. Lebensjahre.

In stiller Trauer

Frieda Poerschke, geb. Rieck
Johann-Hermann Henningsmeier
und Frau Ursula, geb. Poerschke
Werner Poerschke
und Gertrud Rieck

215 Buxtehude, Ostfleth 18

Nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben entschlief am 27. Juli 1970 im Alter von 82 Jahren unser lieber Vater

Michael Mainus

letzter Bürgermeister und Standesbeamter
der Gemeinde Karkeln, Kr. Elchniederung

In stiller Trauer

Willi Mainus
Helene Knappertz, geb. Mainus

4131 Rheinkamp-Bornheim, Rheinberger Straße 270

Er fand auf dem Friedhof in Rheinkamp-Repelen seine letzte Ruhestätte.

Nach einem erfüllten, arbeitsreichen Leben entschlief heute unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Landwirt

Gottfried Kossack

Gr.-Schrankhaim, Kreis Rastenburg, Ostpreußen

im 95. Lebensjahre.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Fritz Kossack und Frau

2060 Bad Oldesloe, Pölitzer Weg 2 a, den 29. Juli 1970

Kaufmann

Paul Königsmann

geb. 9. 5. 1898 gest. 29. 7. 1970

aus Allenstein, Ostpreußen, Morgen-Kaserne

Fern seiner geliebten und unvergessenen Heimat verstarb mein treuer Lebensgefährte, unser gütiger Vater und liebevoller Großvater.

In stiller Trauer
im Namen aller Hinterbliebenen
Anna Königsmann, geb. König

498 Bünde-Ennigloh, Ravensberger Straße 16

Am 16. Juli 1970 nahm Gott der Herr meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, den früheren

Landwirt

Erwin Steiner

geb. am 14. 1. 1901
in Szameitkehmen, Kreis Pillkallen, Ostpreußen

zu sich.

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Ruth Steiner, geb. Juedtz
und Kinder

3401 Reinhausen über Göttingen



Aus der Lieben Kreis geschieden,
aus dem Herzen aber nie,
weinet nicht, er ruht in Frieden,
doch er starb uns viel zu früh.

Ein tragisches Geschick entriß uns meinen lieben Mann, unseren herzensguten Vater und Schwager, den

Posthauptsekretär
beim Fernmeldeamt F.A. 3 Hannover

Georg Albert Seewald

* 30. Juni 1916 † 19. Juni 1970

In stiller Trauer
für alle Angehörigen

Magdalena Seewald, geb. Klein
Hans-Dieter und Helga-Gabriele als Kinder

3011 Luftkurort Egestorf (Deister), An der Teilwiese 6
früher Worglitten, Kreis Pr.-Eylau, und Landsberg (Warthe)



Die Bezirksgruppe Farmsen der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Hamburg, betrauert den Tod ihres treuen Mitgliedes und Kassierers

Wilhelm Franz

Wir werden seiner gern gedenken.

Bezirksgruppe Farmsen
Eva Müller, Bezirksgruppenleiterin

Dieser Tag voll bitterstem Herzeleid
unvergessen auf Lebenszeit.

Zum Gedenken!

Mein lieber Lebenskamerad

Ernst Kaminski

Pol.-Oberm. i. R.
geb. 19. 12. 1899
Jagdhaus Rominten, Kreis Goldap
zuletzt Beckum, Westfalen

hat am 7. August 1969 seine lieben Augen für immer geschlossen.

Er folgte seinen lieben Eltern

Gottlieb Kaminski
gest. 1955 in Diestedde, Kreis Beckum

Charlotte Kaminski
gest. 1945 in Berlin
aus Wittenwalde, Kreis Lyck

und seinem lieben Bruder

Erich
vermißt 1945
Heilsberg — Königsberg Pr.

In tiefem Schmerz
im Namen der Angehörigen
Erna Kaminski, geb. Szogas

235 Neumünster, Karl-Feldmann-Straße 5

Am 23. Juli 1970 entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit unser lieber, treusorgender Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel

Bundesbahnobersekretär i. R.

Friedrich Thiel

aus Gumbinnen, Walter-Flex-Straße 11

im Alter von 84 Jahren.

Es trauern um ihn

Familie Lippert
Familie Nagorny
und Anverwandte

214 Bremervörde, Gorch-Fock-Straße 6

Die Beerdigung fand am 27. Juli 1970 statt.

Am 25. Juli 1970 erlöste der Tod meinen lieben Vater

Leo Alf

* 15. 6. 1892 in Gora, Kreis Znin, Provinz Posen

von langem, standhaft getragenem Leiden.

Er folgte seiner Frau

Mieze
geb. Schmalz

nach einem halben Jahr in die ewige Ruhe.

Für die Hinterbliebenen
Inge-Maria Alf

aus Insterburg, Soldauer Straße 6
jetzt 3588 Homberg, Bezirk Kassel, Altenwohnheim

Die Beerdigung fand am 30. Juli 1970 in Homberg auf dem Neuen Friedhof statt.

Raub und Mord bestimmten das Geschehen

Die Zustände in Ostpreußen nach Kriegsende – Ausplünderung durch kriminelle Elemente

Es sei nicht unmöglich, daß sich hinter dem Eisernen Vorhang, der gegenwärtig Europa in zwei Hälften teile, „eine Tragödie unvorstellbaren Ausmaßes" abspiele, erklärte der nunmehrige Oppositionsführer Winston Churchill am 16. August 1945 im britischen Unterhaus. Churchill wies mit Nachdruck auf das Schicksal der Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie und im Sudetenland hin. Er sei beunruhigt über durchgesickerte Berichte, denn „über ungeheuer große Ziffern von Deutschen liegt keine Rechenschaft vor". Inzwischen haben sich die wissenschaftlichen Archive mit Berichten der Überlebenden gefüllt, auch liegen einige Veröffentlichungen vor, in denen aus diesen und anderen Quellen Licht in das Dunkel gebracht wird, das noch immer über jene Tragödie gebreitet ist — wenigstens für das allgemeine Bewußtsein.

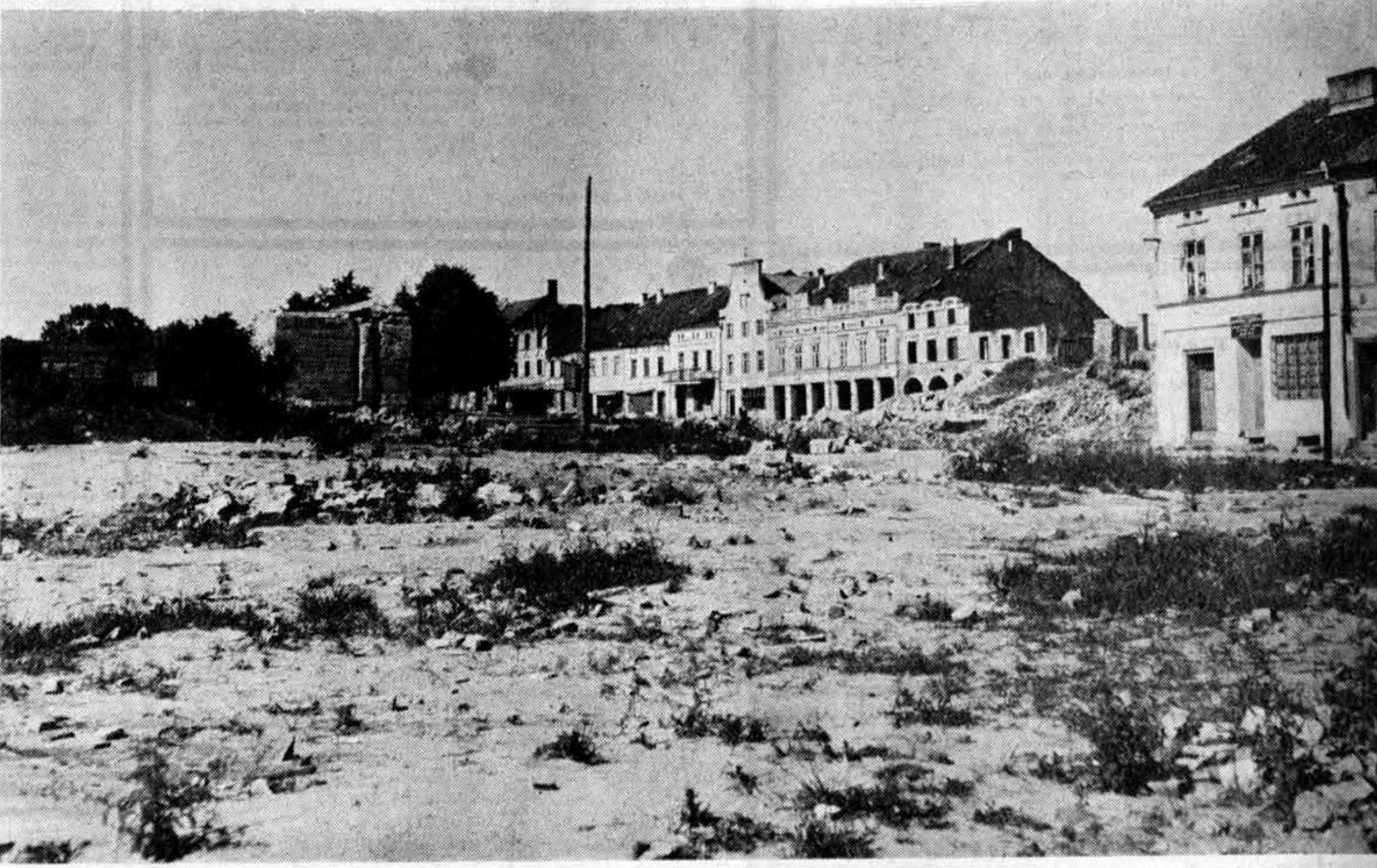
„Humane" Vertreibung?

Es gibt Leute, welche für das Vergessen plädieren. Manche tun das auf Grund eines schlechten Gewissens. Diejenigen, welche es damals zugelassen haben, daß Millionen unschuldiger Menschen verfolgt, ausgeraubt, vertrieben und umgebracht wurden, erklärten bald, daß sie diese Untaten nicht gewollt hätten, sondern an eine „ordnungsgemäße und humane" Vertreibung gedacht hätten. Glauben sie wirklich, sich mit dieser Ausrede ihre Hände in Unschuld waschen zu können? Vertreibung bleibt Vertreibung und ist ein anachronistischer Rückfall in jene Zeiten, da es noch keine Menschenrechte gab. Sie gesellen sich mit dieser Ausrede an die Seite der Täter, welche bis heute mit unverfrorener Dreistigkeit ihre Grausamkeit als den Vollzug historischer Gerechtigkeit, sogar auch als eine moralisch begründete Tat hinstellen und verteidigen. Immer wenn Menschen große Worte im Munde führen, dann haben sie meist etwas zu verbergen.

Nun erheben auch bei uns zu Lande Menschen ihre Stimme, welche jenen Leuten eifrig helfen, ihr schlechtes Gewissen zu tragen. Einige reden mit theologischen Zungen und übertreten die Grenzen ihres Amtes, wenn sie nicht nur Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie die Kraft zur Vergebung predigen, sondern mit unfrommer Geschäftigkeit sogar auch jene grausame Tragödie in ein selbst verschuldetes Gericht herunterzureden trachten. Statt die Überlebenden zu trösten und sie mit der Gnade des Gebetes zu stärken, ereifern sie sich denen gegenüber, welche die Gräber der Opfer nicht mit dem Sand des Vergessens zugescharrt wissen wollen, sondern sich ihnen mit dem Streben nach Gerechtigkeit verpflichtet haben, einer Gerechtigkeit, welche nicht eine Rache Zahn um Zahn will, sondern ein gemeinsames Tun hüben und drüben, um die Gewalt und ihre vergiftenden Folgen zu überwinden. Denn mögen auch die Täter die Grabsteine und Kreuze auf den Gräbern der Opfer und ihrer Vorfahren mit frevelnder Hand umgeworfen haben, so wird damit doch Geschehenes nicht ungeschehen gemacht.

Andere reden heute verstärkt davon, daß der verlorene Krieg nicht nachträglich gewonnen werden könne, weshalb seine Folgen hinzunehmen seien. Unrecht bleibe Unrecht, sagen sie und empfehlen gleichzeitig eine „Verständigung" mit jenen Tätern, welche noch immer mit frecher Stirn darauf beharren, daß das von ihnen geraubte fremde Gut ihnen rechtmäßig zustehe. Natürlich muß man in der Politik oft mit Übeltätern verhandeln, doch verliert man dabei nur dann nicht das eigene Gesicht, wenn der „Partner" nicht auch noch zu der Schlußfolgerung kommen kann, er sei in allem seinem Tun nun auch noch von den Opfern gerechtfertigt worden. Die Zukunft und der Frieden würden aber auf eine trügerische Grundlage gestellt werden, wenn sich Räuber und Mörder als Vollzugsbeamte der Gerechtigkeit fühlen dürften.

Der verlorene Krieg kann nicht nachträglich gewonnen, aber der Frieden verspielt werden. Alle Opfer dieses Krieges mahnen gemeinsam zur Umkehr. Die Chronologie kann dabei keine Rolle spielen, auch nicht die Motive der Täter. Denn Rache für erlittene Gewalttat ist kein edleres Motiv als die Begründung für die Gewaltat selber. Die Nachkommen dieser und jener Opfer haben keinen Anlaß zu gegenseitiger Anklage, vielmehr zur versöhnenden Einsicht, daß eine erfrorene ostdeutsche Mutter mit ihrem Kind ebenso ein Mensch war wie eine in der Gaskammer umgebrachte jüdische Frau mit ihrer Tochter. Für die einen gibt es Gedenkstätten und -feiern, für die anderen noch nicht. Nur manchmal wird — fast verlegen — bei offiziellen Anlässen auch der Opfer der Vertreibung gedacht. Damit wird jene unmenschliche Qualifizierung nun mit umgekehrten Vorzeichen fortgeführt, welche die Anhänger des Rassenwahns praktizierten, nämlich die Unterscheidung zwischen wertvollen und nicht wertvollen Menschen, zwischen „Herrenmenschen" und „Untermenschen". Wie sollen die Lebenden zusammenfinden, wenn sie ihre Toten in die alten Frontstellungen zwingen oder verschweigen oder gar als Alibi für Unrecht und Gewalt mißbrauchen.



Einst eine blühende Stadt: Das verödete Heilsberg nach Kriegsende

Foto Archiv

Zerstörungen erst nach Schluß der Kämpfe

Unrecht und Gewalt endeten in Ostdeutschland nicht, nachdem die Kanonen schwiegen. Raub, Vergewaltigung und Mord bestimmten das Geschehen. Nur vereinzelt versuchten sowjetische Kommandostellen für eine gewisse Ordnung zu sorgen, die sie auch gegen polnische Banden durchzusetzen sich bemühten. Selbst neuere polnische Darstellungen geben zu, daß es vorwiegend kriminelle Elemente waren, welche in die ostdeutschen Gebiete einströmten, um sich dort zu bereichern. Die historische Wahrheit ist, daß es für diese Gewalttaten kein vielleicht verständliches Motiv gibt, sondern daß es sich um schlicht kriminelle Akte handelte. Als Beispiel seien Ausschnitte aus Berichten aus Ostpreußen wiedergegeben.

So ist in den Aufzeichnungen eines Ostpreußen aus dem Kreis Sensburg zu lesen: „Da die ankommenden Polen gar nichts hatten, stahlen sie sich alles zusammen. Sie ließen sich dabei von den Russen helfen. Die Russen schossen nachts in die Häuser. Wenn die Frauen dann in die Felder flüchteten, nutzten die Polen die Zeit aus, um mitzunehmen, was ihnen gefiel. Sie stahlen selbst die Kleider, die die Frauen zum Schlafen ausgezogen hatten und die sie in der Eile nicht mehr hatten anziehen können."

Eines Tages fuhr der Mann in die Kreisstadt Lötzen, um dort die Rückgabe eines gestohlenen Pferdes zu erreichen: „Aber in Lötzen kamen wir richtig an — besoffene, gröhlende Polen, wohin man blickte. Eine polnische Stelle schickte mich auf die andere. Überall hatte man für mich nur ein höhnisches Lächeln und Achselzucken. Schließlich hielt mir ein besoffener Pole eine Pistole vors Gesicht und sagte: ‚Ich schieße die Deutschen immer nur in die Augen'. Da machten wir, daß wir aus Lötzen herauskamen.

Immer wieder wird von der polnischen Propaganda behauptet, die ostdeutschen Gebiete seien Polen in verwüstetem Zustand übergeben worden. Natürlich gab es in den Landesteilen, in denen Kämpfe stattgefunden hatten, zerstörte Dörfer und Städte. Aber die eigentlichen Verwüstungen sind erst durch die Plünderungen entstanden, welche entweder durch polnische Marodeure durchgeführt wurden oder von sowjetischen Kommandostellen in Form von Beschlagnahmung von Beutegut vorgenommen wurden. Anschaulich heißt es in einem Augenzeugenbericht: „Unser Nachbardorf Groß-Bürgersdorf lag wie ausgestorben da. Die letzten Männer und Frauen hatten die Russen auf das Nachbargut H. zum Arbeiten geholt. Aus dem leerstehenden großen Dorf holten die sich nun immer mehr ansammelnden Polen alles Brauchbare heraus. Hausrat, Möbel, Holz usw., alles nahmen die ankommenden Polen, die gar nichts hatten, für sich in Beschlag.

Suchstöcke

Eine Frau aus dem Kreis Lyck berichtete: „Nun kamen nach und nach polnische Familien ins Dorf, die sich auf den einzelnen Höfen festsetzten. Die Plünderungen und Gewalttaten nahmen ein immer größeres Ausmaß an. Uns wurden die Betten gestohlen, während wir darunter schliefen. Die Polen hatten besondere Stöcke mit einer Spitze am unteren Ende, mit deren Hilfe sie alles fanden, was versteckt oder vergraben war, so daß wir jetzt auch den letzten kärglichen Rest unserer Habe los wurden."

Gewalttaten an Frauen blieben auf der Tagesordnung, wie die Lyckerin ebenfalls aus eigenem Erleben erzählt: „An einem Augustabend kam eine alte Frau mit einem jungen Polen auf unseren Hof und verlangte die ‚junge Frau' — das war ich — zu sprechen. Als ich arglos aus dem Haus kam, verlangte der Pole ich solle ‚fünf Minuten mit ihm fortgehen'.

Jetzt erst merkte ich, daß das Dorf völlig ausgestorben war. Die meisten Leute waren fortgelaufen oder hatten sich versteckt, also mußte bereits etwas vorgefallen sein, wovon ich keine Ahnung hatte. Ich wehrte mich mit Händen und Füßen, aber der Pole ließ nicht locker. Er schlug mich mehrfach mit den Fäusten nieder und stieß mit den Füßen nach mir. Meine Mutter, die mir zu Hilfe eilte, wurde von dem Polen hinausgeworfen. Als sie dann noch einmal wiederkam, schleppte der Pole sie in den Hausflur und schlug die alte Frau wie ein Besessener halbtot. Ich war inzwischen fortgelaufen, um womöglich Hilfe herbeizuholen. Meine Jüngste hatte ich durch das Fenster in den Garten gesetzt, damit sie sich verstecken konnte. Meine ältere Tochter sollte bei der Großmutter bleiben und um Hilfe rufen. Nachdem der Pole meine Mutter niedergeschlagen hatte, kam er mir wieder nachgelaufen. Ich war so zerschlagen, daß ich mich kaum weiterschleppen, geschweige denn laufen konnte, so holte er mich schnell ein. Er schlug in vollster Wut mit Händen und Füßen solange auf mich ein, bis ich die Besinnung verlor."

Daß vor allem der staatliche Besitz des besiegten Gegners als Beutegut behandelt wird, ist allgemein üblich. Aber der direkte Zugriff zum Privateigentum steht auch der weitherzigsten Auslegung des Kriegs- und Siegerrechts entgegen. Die Sowjets legten sich keine Schranken auf, sondern transportierten lebendes und totes Inventar nach Rußland ab. In allen Berichten aus dieser Zeit werden diese Maßnahmen immer wieder geschildert. Da wird geschildert, wie große Viehherden durchgetrieben werden, wobei die Deutschen zur Pflege der Tiere herangezogen wurden.

Eine Frau aus dem Kreise Pr.-Holland erzählt: „Allmählich zog sich der Russe zurück und überließ das Gebiet bis Braunsberg den Polen. Alles, was wir noch hatten, wurde beschlagnahmt, sogar unsere mühselig gezogenen Kartoffeln." Eine andere Frau berichtet aus Rößel: „In Rößel sah es furchtbar aus; alle Häuser mit offenen Türen, ohne Fenster, die Stuben durchwühlt, alle Betten aufgeschlitzt, alle Polster abgerissen. Die Straßen waren durch Deutsche leidlich in Ordnung gehalten; aber auf allen Höfen lagen riesige Haufen von zerbrochenem Hausrat und Unrat . . . Alle brauchbaren Möbel hatten die Russen auf Autos geladen (das deutsche Arbeitskommando mußte einpacken), und wochenlang hörten wir die Lastautos das geraubte Gut über die Chaussee ostwärts fahren. Ebenso kamen die großen Rinderherden vorbei. Die armen Tiere verkamen zum Teil bei den Transporten."

In einem anderen Bericht steht: „Es war deutlich zu erkennen, daß die Russen noch so viel wie möglich aus dem Gebiet herausholen wollten, bevor die Polen es endgültig besetzten. Von unserem Gut hatten die Russen alle Maschinen und Traktoren schon lange weggeholt. Die letzten Tage im August brachten die Russen 30 Männer mit Sensen, die das Korn mähen mußten. Es waren Männer aus Oberschlesien, die schon an vielen Orten zur Ernte eingesetzt waren. Sie wurden bewacht und wußten nicht, was mit ihnen noch alles geschehen würde."

Diese Berichte über die systematische Ausplünderung der ostdeutschen Gebiete durch die Sowjets liegen auch für Pommern und Schlesien vor. Wenn sich also die polnische Propaganda besonderer Aufbauleistung rühmt, um damit ihren Anspruch auf Ostdeutschland zu begründen, so richtet sich diese Argumentation in Wirklichkeit gegen das „sozialistische Brudervolk" im Osten. Mit dieser Methode kann Warschau gegenüber Deutschland keine Rechnung aufmachen.

Bereits im Frühjahr 1945 begannen die polnischen Verwaltungsstellen auch Menschen als „Beutegut" zu behandeln. Man übte einen Druck insbesondere auf die Deutschen in Südostpreußen aus, um sie zur Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit zu veranlassen. Wie man dabei vorging, wird in einem Bericht aus Osterode in Ostpreußen geschildert: „Wenn der Deutsche Anspruch auf Schutz und Arbeit erhob, so mußte er den sogenannten Masurenschein annehmen. Das war ein Quartblatt mit den Personalangaben des Inhabers. Den erhielt jeder, der ihn haben wollte . . . Gedruckt standen unten die Worte: Przyznaje, ze z polskiego narodu pochodze! (Ich erkenne an, daß ich aus dem polnischen Volk hervorgegangen bin.)" So setzt die Polonisierung ein.

Dieser sogenannte Masurenschein wurde dann im Herbst 1946 für ungültig erklärt und durch einen neuen Schein ersetzt, der ein anderes Format hatte, nämlich Halbbogengröße. Auf ihm stand nun der Satz: Ja przyznaje, ze do polskiego narodu naleze! (Ich erkenne an, daß ich zum polnischen Volk gehöre!). In ihrer Not haben in der Heimat verbliebene Ostpreußen diesen Schein angenommen, um damit die Vorbedingung für bezahlte Arbeit zu erfüllen. Allein der Selbsterhaltungstrieb und die Sorge für die Familie haben sie zu diesem Schritt gezwungen.

Unter den durch Hunger geschwächten Menschen verbreiteten sich Krankheiten. Insbesondere der Typhus forderte viele Opfer. In den Berichten fehlte niemals die Aufzählung der Namen von Nachbarn und Verwandten, welche an Mangelkrankheiten und Seuchen gestorben sind. Ärztliche Versorgung gab es nur selten, auch fehlte es an Medikamenten. Die Deutschen wurden als „Freiwild" behandelt — dieser Ausdruck taucht in den Berichten immer wieder auf.

Eine Dokumentation im 25. Jahr der Vertreibung (XXVIII)